



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

1

# Staatsrechnung

Bericht zur Bundesrechnung

2007

## **Impressum**

### **Redaktion**

Eidg. Finanzverwaltung  
Internet: [www.efv.admin.ch](http://www.efv.admin.ch)

### **Vertrieb**

BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern  
[www.bbl.admin.ch/bundespublikationen](http://www.bbl.admin.ch/bundespublikationen)  
Art.-Nr. 601.300.07d

## Wichtige Hinweise

*Strukturbruch durch NRM:* Mit Einführung des Neuen Rechnungsmodells (NRM) im Jahr 2007 erfolgte der Systemwechsel zur periodengerechten Budgetierung und Rechnungslegung (Accrual Accounting and Budgeting). Aufgrund dieses Strukturbruches ist der Vorjahresvergleich in den Fällen nicht möglich, wo die Rechnungsposition ausschliesslich oder teilweise nicht finanzierungswirksame Anteile *beinhaltet* (z.B. Abschreibungen, Wertberichtigungen, Einlage in Rückstellungen) oder die Zuordnung der bisherigen Kreditposition in die neue Struktur nicht eins zu eins erfolgt ist. In den betroffenen Tabellen werden entsprechende Hinweise gemacht. Siehe auch Band 1, Ziffer 12.

*Änderung der Kontierungsgrundsätze:* Im Vergleich zum Bundesbeschluss über den Voranschlag 2007 wurden für die Rechnungsablage zwei Änderungen bei der Kontenzuordnung vorgenommen. Sie betreffen die neu geschaffenen Kontengruppen «Beiträge an Sozialversicherungen» und «Finanzertrag». Um den Vergleich zwischen Voranschlag und Rechnung zu ermög-

lichen, wurden im vorliegenden Dokument auch die Zahlen für den Voranschlag 2007 umgeschlüsselt. Für weitere Informationen siehe Band 1, Ziffer 251/1.

*Konten- und Kreditsicht:* Die Gliederung der Finanzierungs- und Erfolgsrechnung sowie der Bilanz folgt dem Kontenrahmen des Bundes (buchhalterische Sicht bzw. Kontensicht). Die Bundesversammlung genehmigt die Aufwände und Investitionsausgaben jedoch in Form von Krediten (Kreditsicht). Die Kreditbildung folgt politischen Prioritäten und kann deshalb in Einzelfällen von der Artengliederung des Kontenrahmens abweichen. Im Unterschied zur Erfolgsrechnung umfassen die Kredite die Ertragspositionen zudem auch die Aufwände und Erträge aus der Leistungsverrechnung zwischen den Verwaltungseinheiten. Diese sind in der Kontensicht eliminiert. Die Bände 1 und 3 geben die Zahlen in der Kontensicht wieder. Die Bände 2A und 2B zeigen die Kreditsicht. Siehe auch Band 2A, Zusammenzug auf Stufe Bund.



08.003

**Botschaft  
zur Staatsrechnung  
der Schweizerischen Eidgenossenschaft  
für das Jahr 2007**

(vom 2. April 2008)

---

Sehr geehrte Herren Präsidenten,  
sehr geehrte Damen und Herren

Mit dieser Botschaft unterbreiten wir Ihnen die *Eidgenössische Staatsrechnung für das Jahr 2007* mit dem Antrag auf Abnahme gemäss den beigefügten Beschlussentwürfen.

Gleichzeitig ersuchen wir Sie gemäss Artikel 34 Absatz 2 des Finanzhaushaltgesetzes vom 7. Oktober 2005 (SR 611.0) um nachträgliche Genehmigung der *Kreditüberschreitungen*, welche sich über die Budget- und Nachtragskredite hinaus als unumgänglich erwiesen haben.

Zudem unterbreiten wir Ihnen in der Beilage den *Bericht des Bundesrates über die Anpassung der Bundesbilanz per 1. Januar 2007 an die Grundsätze des Neuen Rechnungsmodells Bund (NRM)* zur Genehmigung.

Wir versichern Sie, sehr geehrte Herren Präsidenten, sehr geehrte Damen und Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Bern, den 2. April 2008

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident:  
**Pascal Couchepin**

Die Bundeskanzlerin:  
**Corina Casanova**



**Band 1 Bericht zur Bundesrechnung**

Kommentar zur Jahresrechnung  
 Jahresrechnung  
 Kennzahlen  
 Bundesbeschluss

**Band 2A Rechnung der Verwaltungseinheiten – Zahlen**

Rechnungspositionen  
 Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen

**Band 2B Rechnung der Verwaltungseinheiten – Begründungen**

Rechnungspositionen  
 Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen  
 Zusätzliche Informationen zu den Krediten

**Band 3 Zusatzerläuterungen und Statistik**

Zusatzerläuterungen  
 Statistik

**Band 4 Sonderrechnungen**

Fonds für die Eisenbahngrossprojekte  
 Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen  
 Eidgenössische Alkoholverwaltung

**Aufbau der Finanzberichterstattung**

*Band 1* informiert in konzentrierter Form über die finanzielle Lage des Bundeshaushalts. Zentral ist das Kapitel «Jahresrechnung», welches die Finanzierungs- und Mittelflussrechnung, die Erfolgsrechnung, die Bilanz und den Eigenkapitalnachweis sowie den Anhang enthält. Der Anhang liefert wesentliche Zusatzinformationen für die Beurteilung des Zahlenwerks. In *Band 2* werden alle Informationen im Zusammenhang mit den Krediten ausgewiesen. Im Vordergrund steht die Rechenschaftsablage über die Verwendung der Kredite im Vergleich zum Budget. Im Unterschied zu den Bänden 1 und 3 sind in den Voranschlagskrediten und Ertragspositionen (Kapitel «Rechnungspositionen») die Aufwände und Erträge für die Leistungsverrechnung

zwischen den Verwaltungseinheiten enthalten. Band 2A enthält die Zahlen, Band 2B die Begründungen. *Band 3* geht im Kapitel «Zusatzerläuterungen» unter anderem vertiefend auf einzelne Einnahmen- und Ausgabenpositionen ein und erläutert Querschnittsfunktionen sowie die FLAG-Steuerung. Der Statistikeil zeigt detaillierte Finanzinformationen im Mehrjahresvergleich. *Band 4* enthält die Sonderrechnungen, welche ausserhalb der Bundesrechnung (Bände 1-3) geführt werden. Im Jahr 2007 waren dies die Sonderrechnungen für den ETH-Bereich, den Fonds für Eisenbahngrossprojekte und die Eidgenössische Alkoholverwaltung.





**Bericht zur Bundesrechnung**

Seite

<b>1</b>	<b>Kommentar zur Jahresrechnung</b>	<b>9</b>
11	Zahlen im Überblick	9
12	Kommentar zum Rechnungsjahr	10
13	Ergebnisse	11
14	Entwicklung der Einnahmen	16
15	Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten	18
16	Entwicklung der Aufwände nach Kontengruppen	20
17	Ausblick	21
<b>2</b>	<b>Jahresrechnung</b>	<b>23</b>
21	Finanzierungs- und Mittelflussrechnung	23
22	Erfolgsrechnung	25
23	Bilanz	26
24	Eigenkapitalnachweis	27
25	Anhang	28
251	Allgemeine Erläuterungen	28
1	Grundlagen	28
2	Grundsätze der Budgetierung und Rechnungslegung	34
3	Risikosituation und Risikomanagement	43
4	Vorgaben der Schuldenbremse	44
252	Erläuterungen zur Jahresrechnung	46
	<i>Positionen der Erfolgsrechnung</i>	46
1	Direkte Bundessteuer	46
2	Verrechnungssteuer	46
3	Stempelabgaben	47
4	Mehrwertsteuer	48
5	Übrige Verbrauchssteuern	48
6	Verschiedener Fiskalertrag	49
7	Regalien und Konzessionen	49
8	Zweckgebundene Fonds im Fremd- und Eigenkapital	50
9	Personalaufwand	51
10	Anteile Dritter an Bundeserträgen	52
11	Beiträge an eigene Institutionen	53
12	Beiträge an Dritte	54
13	Beiträge an Sozialversicherungen	55
14	Investitionsbeiträge (Wertberichtigung)	56
15	Beteiligungseinnahmen	57
16	Übriger Finanzertrag	58
17	Zinsaufwand	58
18	Übriger Finanzaufwand	59
19	Ausserordentliche Einnahmen	60
20	Ausserordentliche Ausgaben	60
	<i>Bilanzpositionen</i>	61
21	Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	61
22	Forderungen	61

**Inhaltsverzeichnis** (Fortsetzung)

	Seite
23 Finanzanlagen	62
24 Vorräte	64
25 Sachanlagen	64
26 Immaterielle Anlagen	66
27 Darlehen im Verwaltungsvermögen	66
28 Beteiligungen	67
29 Schulden	70
30 Laufende Verbindlichkeiten	71
31 Finanzverbindlichkeiten	72
32 Rückstellungen	74
33 Spezialfonds	76
253 Weitere Erläuterungen	77
1 Eventualverbindlichkeiten	77
2 Eventualforderungen	79
3 Umrechnungskurse	80
<b>3 Kennzahlen des Bundes</b>	<b>81</b>
<b>4 Bundesbeschluss I</b>	<b>83</b>
Erläuterungen zum Bundesbeschluss I	83
Entwurf Bundesbeschluss I über die Eidgenössische Staatsrechnung für das Jahr 2007	84

## 11 Zahlen im Überblick

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007
<b>Finanzierungsrechnung</b>			
Ordentliche Einnahmen	54 911	56 011	58 092
Ordentliche Ausgaben	52 377	55 107	53 965
Ordentliches Finanzierungsergebnis	2 534	904	4 127
Ausserordentliche Einnahmen	3 203	–	754
Ausserordentliche Ausgaben	–	–	7 038
Finanzierungsergebnis	5 738	904	-2 157
<b>Vorgaben der Schuldenbremse</b>			
Höchstzulässige Ausgaben	55 143	55 507	63 619
Differenz	2 766	400	2 616
Stand Ausgleichskonto	–	–	2 616
<b>Erfolgsrechnung</b>			
Ordentlicher Ertrag	54 617	55 870	58 000
Ordentlicher Aufwand	45 953	55 208	54 289
Ordentliches Ergebnis	n.a.	662	3 711
Ausserordentlicher Ertrag	–	–	630
Ausserordentlicher Aufwand	–	–	–
Jahresergebnis	n.a.	662	4 340
<b>Investitionen</b>			
Ordentliche Investitionseinnahmen	295	218	365
Ordentliche Investitionsausgaben	6 424	6 436	6 270
Sachanlagen, Vorräte und immaterielle Anlagen	604	948	893
Darlehen und Beteiligungen	528	481	411
Investitionsbeiträge	5 292	5 007	4 966
<b>Bilanz</b>			
Eigenkapital	n.a.	–	-81 742
Bruttoschulden	123 593	130 200	120 978
<b>Kennzahlen</b>			
Ausgabenquote %	10,8	11,3	10,6
Steuerquote %	10,5	10,6	10,5
Verschuldungsquote %	25,4	26,8	23,8
<b>Volkswirtschaftliche Referenzgrössen</b>			
Wachstum reales Bruttoinlandprodukt %	3,2	1,5	3,1
Wachstum nominelles Bruttoinlandprodukt %	4,9	2,8	4,5
Teuerung Landesindex der Konsumentenpreise LIK %	1,1	1,0	0,7
Zinssätze langfristig % <sup>1</sup>	2,5	3,0	2,9
Zinssätze kurzfristig % <sup>1</sup>	1,6	2,2	2,6
Wechselkurs US-Dollar in CHF <sup>2</sup>	1,25	1,25	1,20
Wechselkurs Euro in CHF <sup>2</sup>	1,57	1,55	1,64

n.a.: nicht ausgewiesen. Die Zahlen 2006 sind wegen des Strukturbruches durch NRM nicht vergleichbar. Die Umschlüsselung in die neue Struktur wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände und Erträge vorgenommen. In den Zahlen 2006 sind insbesondere keine Abschreibungen, Wertberichtigungen, Rückstellungen und zeitlichen Abgrenzungen enthalten. Aus diesem Grund wird auf die Saldierung und den Vorjahresvergleich verzichtet.

<sup>1</sup> Jahresdurchschnitt für 10-jährige Anleihen bzw. dreimonatige Libor. Quelle: SNB, Statistisches Monatsheft.

<sup>2</sup> Jahresdurchschnitt. Quelle: SNB, Statistisches Monatsheft.

## 12 Kommentar zum Rechnungsjahr

### Einführung

Mit einem ordentlichen Finanzierungsergebnis von 4,1 Milliarden schliesst die Rechnung des Bundes im Jahr 2007 sowohl gegenüber dem Budget (0,9 Mrd.) als auch gegenüber der Rechnung des Vorjahres (2,5 Mrd.) deutlich besser ab. Verglichen mit dem Vorjahr wachsen die Einnahmen um 5,8 Prozent, die Ausgaben um 3,0 Prozent.

Ein wichtiger Grund für dieses erfreuliche Resultat ist zweifellos die dynamische Wirtschaftsentwicklung im vergangenen Jahr: Wurde dem Voranschlag noch die Annahme eines nominellen BIP-Wachstums von 2,8 Prozent zugrunde gelegt, gehen die jüngsten Schätzungen von einem Wert von 4,5 Prozent aus. Die höher als budgetiert ausgefallenen Einnahmen sind zur Hauptsache darauf zurückzuführen.

Nicht minder erfreulich ist die Tatsache, dass die positive Entwicklung auch wesentlich von der Ausgabenseite herrührt: Das Ausgabenwachstum liegt deutlich unter demjenigen der Gesamtwirtschaft, und die getätigten Ausgaben liegen um 1,1 Milliarden unter dem Budget. Was zu einer leichten Senkung der Ausgabenquote des Bundes (von 10,8 % auf 10,6 %) führt. Das gute Rechnungsergebnis widerspiegelt also zu einem nicht unbedeutenden Teil die anhaltende Ausgabendisziplin des Bundes.

Im ausserordentlichen Haushalt sind zwei Transaktionen zu verzeichnen: Eine ausserordentliche Ausgabe im Umfang von 7 Milliarden aus der Überweisung des Bundesanteils am Golderlös der SNB an den Ausgleichsfonds der AHV und ausserordentliche Einnahmen von 0,8 Milliarden aus dem Verkauf von Swisscom-Aktien. Das Finanzierungsergebnis des Bundes mündet dadurch in ein Defizit von -2,3 Milliarden. Diese Zahl muss jedoch relativiert werden, weil die Überweisung des Golderlöses bloss das Gegenstück zur korrespondierenden ausserordentlichen Einnahme im Jahr 2005 darstellt: Übers Ganze gesehen ist die Transaktion haushaltsneutral und hat somit auch keine Auswirkung auf die Verschuldung des Bundes. Dagegen wurde der Erlös aus dem Aktienverkauf – gemäss den Vorgaben der Schuldenbremse – vollständig zum Abbau der Verschuldung eingesetzt. Insgesamt führt das Finanzierungsergebnis somit zu einem deutlichen Abbau der Verschuldung des Bundes und einer Reduktion der Schuldenquote (von 25,4 % auf 23,8 %).

### Konjunktorentwicklung

Die Bereinigung des Voranschlags 2007 Anfang Sommer 2006 stützte sich auf die Annahme einer leichten Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in der Schweiz im Zuge der nachlassenden Dynamik in den OECD-Ländern. Doch schliesslich wuchs die Wirtschaftstätigkeit in der zweiten Jahreshälfte 2006 und im Jahre 2007 viel kräftiger als erwartet. Gemäss neusten vorliegenden Schätzungen wuchs das reale BIP im Jahre 2007 um 3,1 Prozent, während dem Budget eine Annahme von bloss 1,5 Prozent unterstellt worden war, was in etwa dem mittelfristigen Wachstumspotenzial entspricht. Dieser neuerliche Wirtschaftsaufschwung wurde weitgehend von einer markanten

Zunahme des privaten Konsums und der Ausfuhren von Dienstleistungen getragen. In diesem von einem robusten Wachstum geprägten Umfeld konnte die Realwirtschaft den Turbulenzen widerstehen, die seit August 2007 an den Finanzmärkten herrschten. Der Arbeitsmarkt entspannte sich erneut.

### Neues Rechnungsmodell NRM

Für die Bundesfinanzen von grosser Bedeutung war im Jahr 2007 die Einführung des Neuen Rechnungsmodells (NRM). Damit wurde der Finanzierungsrechnung (das Pendant zur Finanzrechnung im alten Rechnungsmodell) eine Erfolgsrechnung nach privatwirtschaftlichem Vorbild an die Seite gestellt. Mit dieser dualen Sichtweise gewährleistet das NRM somit weiterhin die finanzpolitische Gesamtsteuerung im Hinblick auf die Vorgaben der Schuldenbremse (Finanzierungsrechnung) und parallel dazu eine verbesserte betriebliche Steuerung auf der Ebene der einzelnen Verwaltungseinheiten (Erfolgsrechnung). Um Transparenz und Kontinuität der Rechnungslegung gewährleisten zu können und die Aussagekraft der Finanzberichterstattung zu erhöhen, fand mit der Einführung des NRM auch eine Orientierung an den International Public Sector Accounting Standards (IPSAS) statt.

Das NRM bringt gegenüber dem alten System Neuerungen auf allen Ebenen. Sie betreffen unter anderem den Grundaufbau des Modells, die Grundsätze der Budgetierung, Rechnungsführung und Rechnungslegung, die Haushaltsteuerung sowie die Einführung der Leistungsverrechnung:

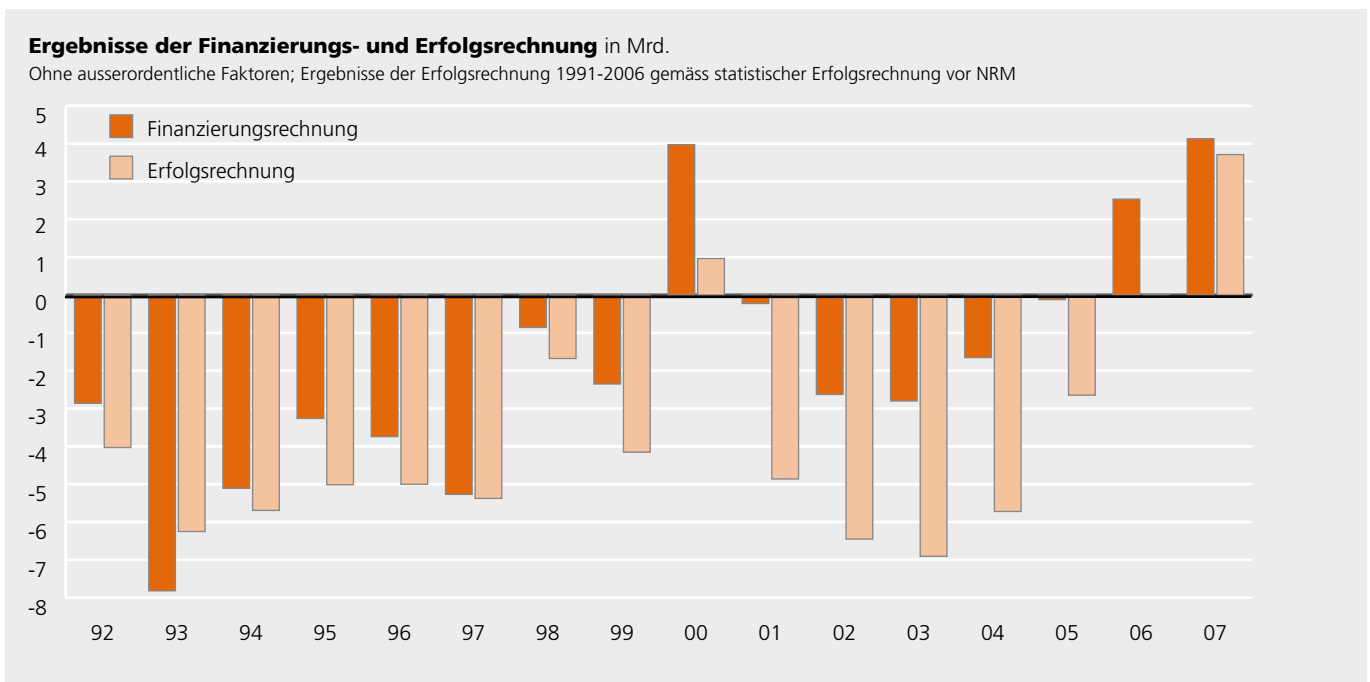
- *Neuer Aufbau des Grundmodells:* Die Grundbausteine des NRM sind die Erfolgsrechnung, die Bilanz sowie die Finanzierungs- und Mittelflussrechnung (siehe Band 1, Ziffern 21-23). Auf Stufe der Verwaltungseinheiten werden die Investitionen für die Zwecke der Kreditsprechung separat ausgewiesen. Diese Investitionsrechnung wird mit den Positionen der Erfolgsrechnung zur so genannten Kreditsicht zusammengezogen, die als neues Format des Budgets auf Stufe der Verwaltungseinheiten eingeführt wird (siehe Band 2).
- *Übergang zu einer Rechnungsführung nach kaufmännischen Grundsätzen:* Im Zentrum steht die Einführung von zeitlichen Abgrenzungen, wonach alle Werte in jener Periode verbucht werden, in der sie verzehrt oder gebildet werden («Accrual Accounting and Budgeting»). Insbesondere werden neu auch Werte erfasst, die rein buchmässig anfallen und nicht finanzierungswirksam sind wie z.B. Abschreibungen oder Rückstellungen.
- *Anpassung der Grundsätze der Rechnungslegung:* Die Anlehnung der Rechnungslegung an die IPSAS gewährleistet eine transparente Staatsrechnung und eine qualitativ hoch stehende Finanzberichterstattung. Die Vergleichbarkeit mit anderen Gemeinwesen und mit Unternehmen der Privatwirtschaft steigt. Insbesondere bei der Bilanzierung führt die Anwendung der neuen Grundsätze zu namhaften Bewertungskorrekturen.

- Haushaltsteuerung:** Für die finanzpolitische Gesamtführung des Bundeshaushalts gemäss Schuldenbremse stehen unverändert die Einnahmen und Ausgaben der Finanzierungsrechnung im Vordergrund. Die Erfolgssicht – neu dargestellt in der Erfolgsrechnung – zeigt den Aufwand (Wertverzehr) und Ertrag (Wertzuwachs) eines Rechnungsjahres. Das für NRM zentrale Prinzip der dualen Steuerung bringt insbesondere für die Verwaltungseinheiten grundlegende Neuerungen: Sie werden neu über die Erfolgs- und Investitionsrechnung sowie über die betriebliche Kostenrechnung geführt. Die verbesserten Managementinformationen unterstützen eine wirtschaftliche Verwaltungsführung.
- Leistungsverrechnung (LV):** Der Leistungsaustausch innerhalb der Bundesverwaltung wird für ausgewählte Leistungsbereiche kreditwirksam verrechnet. Mit der verwaltungsinternen Leistungsverrechnung will der Bund die Kostentransparenz erhöhen, um die betriebliche Effizienz zu steigern. Da

Aufwände und Erträge definitionsgemäss in gleicher Höhe anfallen, hat die Leistungsverrechnung keinen Einfluss auf die Erfolgsrechnung auf Stufe Bund. Sie ist jedoch relevant für die Kreditsrechnung. Siehe auch Band 3, Ziffer 16.

Die mit NRM verbundene Umstellung der Verbuchungslogik von der Finanzierungs- auf die Erfolgssicht hat zur Folge, dass der Vorjahresvergleich im Bereich der Erfolgsrechnung nicht oder nur teilweise möglich ist. Konkret ist der Vorjahresvergleich in denjenigen Fällen nicht möglich, wo die Rechnungsposition nicht finanzierungswirksame Anteile beinhaltet (z.B. Abschreibungen, Wertberichtigungen, zeitliche Abgrenzungen, Einlagen in / Entnahmen aus Rückstellungen bzw. zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital) oder die Zuordnung der bisherigen Rubrik in die neue Struktur nicht eins zu eins erfolgt ist. In den betroffenen Tabellen werden entsprechende Hinweise gemacht. Die Ergebnisse der Finanzierungsrechnung sind jedoch ohne Einschränkung mit den Vorjahren vergleichbar.

### 13 Ergebnisse



## Finanzierungsrechnung

### Ergebnis der Finanzierungsrechnung

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut	%
Ordentliche Einnahmen	54 911	56 011	58 092	3 181	5,8
Ordentliche Ausgaben	52 377	55 107	53 965	1 588	3,0
<b>Ordentliches Finanzierungsergebnis</b>	<b>2 534</b>	<b>904</b>	<b>4 127</b>	<b>1 593</b>	
Ausserordentliche Einnahmen	3 203	–	754	-2 449	
Ausserordentliche Ausgaben	–	–	7 038	7 038	
<b>Finanzierungsergebnis</b>	<b>5 738</b>	<b>904</b>	<b>-2 157</b>	<b>-7 895</b>	

Das ordentliche Finanzierungsergebnis des Jahres 2007 beläuft sich auf 4,1 Milliarden, bei ordentlichen Einnahmen von 58,1 Milliarden und ordentlichen Ausgaben von 54,0 Milliarden. *Der budgetierte Einnahmenüberschuss (0,9 Mrd.) wird um 3,2 Milliarden übertroffen. Von dieser Verbesserung entfallen 2,1 Milliarden auf die Einnahmen- und 1,1 Milliarden auf die Ausgabenseite.* Wie in der Grafik ersichtlich, wird mit dem Rechnungsergebnis 2007 die seit 2003 erfolgte Trendwende im Bundeshaushalt fortgesetzt. Dank der konsequenten Umsetzung der 2003 eingeführten Schuldenbremse mittels der Entlastungsprogramme und der guten Konjunktur konnten die Defizite rascher als geplant abgebaut werden. Zum ersten Mal in der jüngeren Vergangenheit weist der Bundeshaushalt in zwei aufeinander folgenden Jahren einen Überschuss aus.

Gemäss der Ausgabenregel der Schuldenbremse war der Bund im Jahr 2007 verpflichtet, mindestens einen «konjunkturellen Überschuss» von 1 510 Millionen zu erwirtschaften. Dieser Be-

trag entspricht in etwa den zusätzlichen Einnahmen, die der vorübergehend guten konjunkturellen Lage (gemessen am realen Bruttoinlandprodukt) zuzuschreiben sind. Sie dürfen folglich nicht für dauerhafte Ausgaben eingesetzt werden. Der effektiv ausgewiesene ordentliche Einnahmenüberschuss überschreitet diese Mindestvorgabe um 2 617 Millionen. Dieser Betrag wird als «struktureller Überschuss» bezeichnet und wird gemäss Schuldenbremse dem Ausgleichskonto gutgeschrieben. Zu einem gewichtigen Teil rührt der strukturelle Überschuss von den Mehreinnahmen bei der Verrechnungssteuer. Diese Einnahmenkomponente hat sich in der Vergangenheit häufig als volatil und unberechenbar erwiesen und steht eher in einer losen Beziehung zum Wirtschaftswachstum. Es muss damit gerechnet werden, dass es in Zukunft auch gewichtige Abweichungen nach unten geben wird. Die Gutschrift im Ausgleichskonto bildet gewissermassen eine Reserve für mögliche negative Schätzfehler in zukünftigen Rechnungsjahren.

### Schuldenbremse

Mio. CHF	Rechnung 2003	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007
Ordentliches Finanzierungsergebnis	-2 801	-1 655	-121	2 534	4 127
konjunkturell	-849	-437	103	769	1 510
strukturell	-1 952	-1 218	-224	1 765	2 616
Abbaupfad	1 952	3 000	2 000	1 000	–
Gutschrift Ausgleichskonto	–	1 782	1 776	2 765	2 616
<b>Stand Ausgleichskonto</b>	<b>–</b>	<b>1 782</b>	<b>3 558</b>	<b>–*</b>	<b>2 616</b>

\* Das Ausgleichskonto wurde per Ende 2006 gemäss Art. 66 Ziff. 1 Abs. 3 FHG auf Null gesetzt.

Insgesamt sind die ordentlichen Einnahmen im Jahr 2007 mit 5,8 Prozent deutlich stärker gewachsen als das nominelle Bruttoinlandprodukt. Obwohl dies in Zeiten guter Konjunktur üblich ist, spielt hier auch die Einführung des NRM eine Rolle. Diese hat zu einer einmaligen Aufblähung des Bundeshaushaltes geführt, weil gewisse Transaktionen neu brutto dargestellt werden

– Einnahmen und Ausgaben erhöhten sich verbuchungsbedingt um rund 500 Millionen. Klammert man diesen Effekt aus, reduziert sich das Einnahmenwachstum auf 4,9 Prozent. Aus dem gleichen Grund reduziert sich auch das Ausgabenwachstum von 3,0 Prozent auf 2,1 Prozent und fällt somit deutlich geringer aus als das Wirtschaftswachstum.

**NRM-bedingte Aufblähungen**

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut %	
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>52 377</b>	<b>55 107</b>	<b>53 965</b>	<b>1 588</b>	<b>3,0</b>
<i>abzüglich NRM-bedingte Aufblähungen:</i>	–	748	489	489	–
Debitorenverluste Mehrwertsteuer	–	296	213	213	–
Debitorenverluste Zolleinnahmen	–	8	7	7	–
Mehrausgaben EDI (Unterbringung ETH)	–	443	270	270	–
<b>Ausgaben ohne NRM-bedingte Aufblähungen</b>	<b>52 377</b>	<b>54 359</b>	<b>53 476</b>	<b>1 099</b>	<b>2,1</b>

Das Ausgabenwachstum ist ausserdem zu einem guten Teil von den Durchlaufposten getrieben (vgl. Kasten). Sie übertragen das in Zeiten guter Konjunktur starke Einnahmenwachstum auf die Ausgabenseite, ohne dass dahinter ein expansiveres Ausgaben-

verhalten des Bundes liegen würde. Unter Ausklammerung dieser Durchlaufposten reduziert sich das Ausgabenwachstum auf 1,3 Prozent.

**Entwicklung der ordentlichen Ausgaben unter Ausklammerung der Durchlaufposten**

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut %	
<b>Ausgaben ohne NRM-bedingte Aufblähungen inkl. Durchlaufposten</b>	<b>52 377</b>	<b>54 359</b>	<b>53 476</b>	<b>1 099</b>	<b>2,1</b>
<b>Durchlaufposten</b>	<b>7 520</b>	<b>7 770</b>	<b>8 016</b>	<b>496</b>	<b>6,6</b>
Kantonsanteil an der DBSt	4 315	4 599	4 657	342	
Kantonsanteil an der VSt	388	295	417	29	
Kantonsanteil Wehrpflichtersatz	28	20	28	–	
Kantonsanteil Schwerverkehrsabgabe	426	390	436	10	
Mehrwertsteuerprozent für AHV	2 072	2 108	2 121	49	
Spielbankenabgabe für AHV	291	357	357	66	
<b>Ausgaben ohne NRM-bedingte Aufblähungen und ohne Durchlaufposten</b>	<b>44 857</b>	<b>46 589</b>	<b>45 460</b>	<b>603</b>	<b>1,3</b>
<b>Ausgabenquote (% BIP)</b>					
inkl. Durchlaufposten	10,8	11,2	10,5		
ohne Durchlaufposten	9,2	9,6	8,9		

**Durchlaufposten**

Bei den «Durchlaufposten» handelt es sich um Steuern und Abgaben oder Anteile davon, welche dem Bund für die Finanzierung seiner Stammaufgaben nicht zur Verfügung stehen. Sie stehen vielmehr Dritten zu und dienen diesen in der Regel zur Finanzierung ihrer Aufgaben. Gemäss heutiger Buchungspraxis werden Steuern und Abgaben in der Finanzierungsrechnung vollumfänglich vereinnahmt. Soweit Dritte an diesen Einnahmen partizipieren, haben die an sie weiterzuleitenden Anteile den Charakter von nicht steuerbaren Ausgaben.

«Durchlaufposten» liegen somit vor, wenn die folgenden zwei Anforderungen kumulativ erfüllt sind:

- Die betreffenden Einnahmen stehen zur Finanzierung von Bundesaufgaben nicht zur Verfügung.

- Die an Dritte weiterzuleitenden Einnahmen bzw. die daraus resultierenden Ausgaben sind im Rahmen des Voranschlags nicht steuerbar bzw. entziehen sich einer finanzpolitischen Priorisierung.

Gemäss dieser Definition stellen somit beispielsweise die jährlichen Einlagen in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte keine «Durchlaufposten» dar, da damit erstens eine Bundesaufgabe wahrgenommen wird, und zweitens im Rahmen des Voranschlags über deren Höhe bis zu einem festgelegten Höchstbeitrag entschieden werden kann. Ebenfalls nicht als «Durchlaufposten» zu betrachten sind zudem die Lenkungsabgaben VOC sowie die geplante CO<sub>2</sub>-Abgabe, weil der Bund mit diesen Instrumenten eine ihm zugewiesene Aufgabe erfüllt und weil zumindest bezüglich des Zeitpunkts der Rückerstattung Handlungsspielraum besteht.

Obwohl der ausserordentliche Haushalt mit einem Finanzierungsergebnis von -6,3 Milliarden im Rechnungsjahr 2007 auf den ersten Blick dramatisch anmutet, handelt es sich dabei zur Hauptsache um eine reine Gegentransaktion: Der Bundesanteil am Erlös des Goldverkaufs der SNB wurde im Jahr 2005 dem Bund überwiesen und damals als ausserordentliche Einnahme eingestellt. Nach der mittlerweile geklärten Verwendung des Geldes wurde die Summe in diesem Jahr an den Ausgleichsfonds

der AHV überwiesen. Die ausserordentliche Ausgabe von 7 Milliarden gleicht somit die damaligen ausserordentlichen Einnahmen wieder aus und hat keinerlei negative Auswirkung auf die Schuldsituation des Bundes. Hingegen standen die ausserordentlichen Einnahmen aus dem Verkauf der Swisscom-Aktien (754 Mio.) gemäss den Vorgaben der Schuldenbremse nicht zur Finanzierung von ordentlichen Ausgaben zur Verfügung und sind zur Schuldentilgung eingesetzt worden.

## Erfolgsrechnung

### Ergebnis der Erfolgsrechnung

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006	
				absolut	%
Ordentlicher Ertrag	54 617	55 870	58 000	3 383	6,2
Ordentlicher Aufwand	45 953	55 208	54 289	n.a.	n.a.
<b>Ordentliches Ergebnis (inkl. Finanzergebnis)</b>	<b>n.a.</b>	<b>662</b>	<b>3 711</b>	<b>n.a.</b>	
Ausserordentlicher Ertrag	–	–	630	630	
Ausserordentlicher Aufwand	–	–	–	–	
<b>Jahresergebnis</b>	<b>n.a.</b>	<b>661</b>	<b>4 340</b>	<b>n.a.</b>	

n.a.: nicht ausgewiesen. Die Zahlen 2006 sind wegen des Strukturbruchs durch NRM nicht vergleichbar. Die Umschlüsselung in die neue Struktur wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände und Erträge vorgenommen. In den Zahlen 2006 sind insbesondere keine Abschreibungen, Wertberichtigungen, Rückstellungen und zeitlichen Abgrenzungen enthalten. Aus diesem Grund wird auf die Saldierung und den Vorjahresvergleich verzichtet.

Das ordentliche Ergebnis in der Erfolgsrechnung – Ergebnis aus operativen Tätigkeiten, einschliesslich der Berücksichtigung des Finanzertrags und -aufwands – beläuft sich auf 3,7 Milliarden. Die Abweichung zum Voranschlag 2007 von rund 3 Milliarden resultiert aus einem Mehrertrag von rund 2,1 Milliarden und einem Minderaufwand von rund 0,9 Milliarden. Vom Mehrertrag sind allein 1,9 Milliarden auf die Zunahme der Equitywerte der namhaften Beteiligungen zurückzuführen, welche zu einem im Voranschlag nicht geplanten Buchgewinn geführt haben. Der Minderaufwand resultiert zu gleichen Teilen aus Budgetunterschreitungen beim Sach- und Betriebsaufwand sowie beim Transferaufwand.

Die *ausserordentlichen Transaktionen* fallen in der Erfolgsrechnung weit weniger ins Gewicht als in der Finanzierungsrechnung. Dies ist insbesondere deshalb der Fall, weil der Aufwand für die Überweisung der Einnahmen aus dem Verkauf des Nationalbankgoldes von 7 Milliarden an den AHV-Ausgleichsfonds durch die Auflösung der bei Erhalt dieser Mittel gebildeten Rückstellung erfolgsmässig neutralisiert wird. Der in der Erfolgsrechnung ausgewiesene Ertrag von 630 Millionen (754 Mio. abzüglich dem Bilanzwert von 125 Mio.) stammt aus dem Verkauf von Aktien der Swisscom AG.

Die zur Ermittlung des periodengerechten Ergebnisses vorgenommenen zeitlichen Abgrenzungen (vgl. Band 3, Ziffer 15) bewirken, dass das ordentliche Ergebnis der Erfolgsrechnung unter Einschluss des Finanzbereichs um 0,4 Milliarden tiefer ausfällt als das ordentliche Finanzierungsergebnis. Auf der Ertragsseite führen gegenläufige Veränderungen zu einem Minderertrag von knapp 100 Millionen. Insbesondere ins Gewicht fallen die Erhöhung der Rückstellung für künftig zu erwartende Rückerstattungen von Verrechnungssteuern um 1,5 Milliarden sowie der schwergewichtig durch die Höherbewertung der namhaften Beteiligungen erzielte buchmässige Finanzertrag von 1,7 Milliarden. Auf der Aufwandseite ist der im Vergleich zu den Ausgaben höhere ordentliche Wertverzehr hauptsächlich auf Material- und Warenbezügen ab Lager zurück zu führen. Aufwandmindernd wirken sich dagegen vor allem die im Vergleich zu den Investitionsausgaben (6,3 Mrd.) tiefer ausfallenden Abschreibungen und Wertberichtigungen (6 Mrd.). Der relativ geringe Unterschied zwischen diesen beiden Grössen widerspiegelt das seit jeher verstetigte Investitionsvolumen des Bundes.



**Bilanz**

Mio. CHF	Eröffnungsbilanz*	Rechnung	Differenz	
	01.01.2007	31.12.2007	absolut	%
<b>Aktiven</b>	<b>66 155</b>	<b>64 979</b>	<b>-1 176</b>	<b>-1,8</b>
Finanzvermögen	34 027	31 965	-2 062	-6,1
Verwaltungsvermögen	32 128	33 014	886	2,8
<b>Passiven</b>	<b>66 155</b>	<b>64 979</b>	<b>-1 176</b>	<b>-1,8</b>
Kurzfristiges Fremdkapital	39 182	34 399	-4 783	-12,2
Langfristiges Fremdkapital	113 061	112 323	-738	-0,7
Eigenkapital	-86 088	-81 742	4 346	-5,0
Restatementreserve	144	144	-	-
Übriges Eigenkapital	4 778	5 221	443	9,3
Bilanzfehlbetrag	-91 010	-87 107	3 903	-4,3

\* Als Vergleichswert für das Jahr 2006 wird die Eröffnungsbilanz nach NRM herangezogen. Diese entspricht der Bilanz 2006 nach der Neubewertung (Restatement) im Rahmen der Umstellung auf NRM.

Die Bilanz vermittelt einen Überblick über die Vermögens- und Kapitalstruktur des Bundes. Die in öffentlichen Haushalten aus Gründen der Kreditsprechung unumgängliche Unterteilung der Aktiven in Finanz- und Verwaltungsvermögen wird im NRM beibehalten. Auf der Passivseite erfolgt eine Gliederung nach Fremd- und Eigenkapital. Neu wird der bisher auf der Aktivseite ausgewiesene kumulierte Bilanzfehlbetrag (die Differenz zwischen Vermögen und Fremdkapital) als negatives Eigenkapital bilanziert. Dem Grundsatz der «true and fair view» folgend, umfassen die Aktiven somit einzig die tatsächlich vorhandenen Vermögenswerte. Damit verbunden ist eine Verkürzung der Bilanzsumme. Der Ausweis des Bilanzfehlbetrages als negatives Eigenkapital hat allerdings zur Folge, dass die Höhe der bestehenden Verbindlichkeiten im Total der Passiven nicht mehr vollständig zum Ausdruck kommt.

Ein Blick auf die Hauptkomponenten zeigt, dass sich das *Finanzvermögen* im Umfang von 2,1 Milliarden reduziert hat. Dies ist das Ergebnis von gegenläufigen Bewegungen: Während die Überweisung des Golderlöses an den Ausgleichsfonds der AHV (-7,1 Mrd.) zu einer Verminderung des Finanzvermögens führte, ist bei den kurzfristigen Tresorerieanlagen ein Zuwachs um 5,1 Milliarden zu verzeichnen. Das *Verwaltungsvermögen* nimmt um 0,9 Milliarden zu. Dies ist hauptsächlich auf eine – durch die Zunahme des dem Bund zustehenden Anteils am Eigenkapital begründete – Höherbewertung von namhaften Beteiligungen des Bundes zurückzuführen. Hingegen ist der Bestand an Dar-

lehen und Sachanlagen leicht zurückgegangen (-0,4 Mrd.). Das *Fremdkapital* hat sich um total 5,5 Milliarden vermindert. Der Rückzahlung von kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten (-3,4 Mrd.) und von Anlagen der Publica beim Bund (-2,4 Mrd.) sowie der Auflösung der kurzfristigen Rückstellung für die Ausschüttung des Golderlöses (-7,1 Mrd.) stehen insbesondere Zunahmen bei den Kreditorenbeständen (+1,5 Mrd.) und bei den Rechnungsabgrenzungen (+4,2 Mrd.) sowie bei der Rückstellung (+1,5 Mrd.) für voraussichtlich noch bevorstehende Rückerstattungen von Verrechnungssteuern gegenüber.

Das gesamte Eigenkapital des Bundes nimmt im Umfang des erzielten Jahresergebnisses zu (+4,3 Mrd.). Dieser Zuwachs ermöglicht eine Reduktion des Bilanzfehlbetrages um 3,9 Milliarden. Die Spezialfinanzierung Strassenverkehr und die Reserven aus Globalbudget FLAG erhöhen sich um 400 bzw. 40 Millionen.

**Eröffnungsbilanz**

Die Werte aus der Eröffnungsbilanz sind nicht vergleichbar mit denen der Schlussbilanz per 31.12.2006. Die hier dargestellte Eröffnungsbilanz berücksichtigt bereits die aus der Umstellung der Rechnungslegung per 1.1.2007 notwendig gewordenen Anpassungen. Diese werden im *Bericht des Bundesrates über die Anpassung der Bundesbilanz per 1.1.2007 an die Grundsätze des Neuen Rechnungsmodells Bund (NRM)* ausführlich erläutert.

**Schulden**

**Entwicklung der Bruttoschulden des Bundes**

	Rechnung 1990	Rechnung 1995	Rechnung 2000	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Eröffnungsbilanz* 01.01.2007	Rechnung 2007 31.12.2007
Schulden brutto (Mio. CHF)	38 509	82 152	108 108	130 339	123 593	125 186	120 978
Verschuldungsquote (% BIP)	11,6	22,0	25,6	28,1	25,4	25,7	23,8

\* Die Eröffnungsbilanz entspricht der Bilanz 2006 nach der Neubewertung (Restatement) im Rahmen der Umstellung auf NRM.

Mit 121 Milliarden liegen die Bruttoschulden Ende 2007 fast 10 Milliarden unter dem im Voranschlag 2007 eingestellten Wert. Dies widerspiegelt vor allem den bei der Budgetierung im Sommer 2006 noch nicht im vollen Ausmass vorhersehbaren Finanzierungsüberschuss in der Rechnung 2006 (2,5 Mrd.) und die ebenfalls 2006 angefallenen ausserordentlichen Einnahmen aus dem Verkauf von Swisscom-Aktien (3,2 Mrd.) sowie das erfreuliche Ergebnis im Rechnungsjahr 2007 (4,1 Mrd.). Im 2007 konnten im Vergleich zur Eröffnungsbilanz die Schulden um 4,2 Milliarden abgebaut werden. Gegenüber dem Ende 2006 ausgewiesenen Schuldenstand von 123,6 Milliarden beträgt die Abnahme 2,6 Milliarden.

Der im Vergleich zum Vorjahr unterschiedliche Schuldenausweis ist auf Anpassungen im Zusammenhang mit der Einfüh-

rung NRM zurückzuführen. Eine Umgliederung verschiedener Bilanzpositionen und Neubewertungen im Rahmen des Restatement führten in der Eröffnungsbilanz zu einer einmaligen Erhöhung der Schulden um 1,6 Milliarden. So wurde der Schuldenbegriff an internationale Standards sowie an die im kantonalen Rechnungsmodell verwendete Definition angepasst. Demzufolge werden Verbindlichkeiten, die im alten Rechnungsmodell als zeitliche Abgrenzungen (nicht Teil der Schulden) verbucht wurden, neu unter den Kreditoren ausgewiesen.

Die ausserordentliche Ausgabe aus der Überweisung des Golderlöses an den AHV-Ausgleichsfonds hatte keine Auswirkung auf den Schuldenstand. Die Finanzierung erfolgte über den Abbau von Tresoreriemitteln, die beim Erhalt des Geldes im Jahr 2005 angelegt wurden.

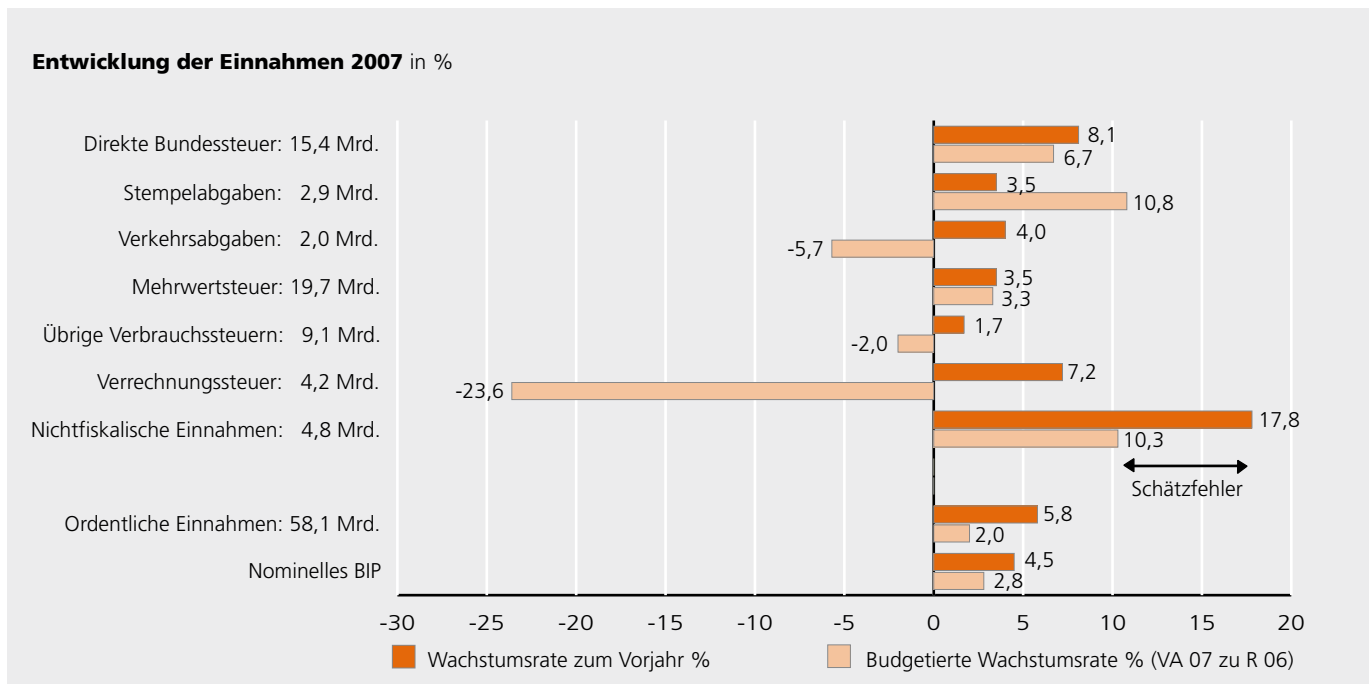
## 14 Entwicklung der Einnahmen

### Entwicklung der Einnahmen

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006		Differenz zu VA 2007
				absolut	%	absolut
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>54 911</b>	<b>56 011</b>	<b>58 092</b>	<b>3 181</b>	<b>5,8</b>	<b>2 081</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>50 873</b>	<b>51 556</b>	<b>53 336</b>	<b>2 463</b>	<b>4,8</b>	<b>1 781</b>
Direkte Bundessteuer	14 230	15 181	15 389	1 158	8,1	208
Verrechnungssteuer	3 947	3 017	4 230	283	7,2	1 213
Stempelabgaben	2 889	3 200	2 990	100	3,5	-210
Mehrwertsteuer	19 018	19 650	19 684	666	3,5	34
Übrige Verbrauchssteuern	7 259	7 112	7 380	121	1,7	268
Verschiedene Fiskaleinnahmen	3 530	3 396	3 664	134	3,8	268
<b>Nichtfiskalische Einnahmen</b>	<b>4 039</b>	<b>4 456</b>	<b>4 756</b>	<b>717</b>	<b>17,8</b>	<b>300</b>

Gegenüber dem Vorjahr sind die Einnahmen um 5,8 Prozent gewachsen. Dieser im Vergleich zum Wirtschaftswachstum überproportionale Anstieg ist in Zeiten guter Konjunktur durchaus üblich, wird jedoch im Rechnungsjahr durch einen gewichtigen Sonderfaktor zusätzlich verzerrt. Mit der Einführung des NRM werden die Debitorenverluste bei der Mehrwertsteuer und bei den Zolleinnahmen (220 Mio.) sowie die Zahlungen der ETH für die Unterbringung (270 Mio.) neu brutto ausgewiesen. Dies

schlägt sich sowohl einnahmen- wie ausgabenseitig nieder und hat somit keinen Einfluss auf das Finanzierungsergebnis. Ohne diesen einmaligen Sonderfaktor reduziert sich das Einnahmenwachstum auf 4,9 Prozent. Vergleicht man diesen Wert mit dem nominellen Wirtschaftswachstum von 4,5 Prozent erhält man eine BIP-Elastizität von 1,1, was in etwa dem längerfristigen Durchschnittswert von eins entspricht.



Die Grafik zeigt das Wachstum der wichtigsten Einnahmenkomponenten im Rechnungsjahr (dunkle Balken) und stellt sie dem budgetierten Wachstum (helle Balken) gegenüber. Der Längenunterschied der jeweiligen zwei Balken zeigt somit den Schätzfehler bei den entsprechenden Einnahmenkomponenten auf.

Das Einnahmenwachstum gegenüber dem Vorjahr lässt sich – zumindest bei den Fiskaleinnahmen – zur Hauptsache durch die wirtschaftliche Dynamik erklären. Da die Kreditkrise erst im August des letzten Jahres ausgebrochen ist, waren die Bundeseinnahmen 2007 davon so gut wie nicht betroffen. Wobei das Verhältnis zwischen Einnahmenwachstum und nominellem BIP-Wachstum (die so genannte BIP-Elastizität) je nach Einnahmenart unterschiedlich ausfällt. Die beiden grössten Einnahmenquellen des Bundes – die Mehrwertsteuer und die direkte Bundessteuer – machen rund drei Viertel des Wachstums der Fiskaleinnahmen gegenüber dem Vorjahr aus. Ohne Bruttoausweis der Debitorenverluste reduziert sich allerdings das Wachstum der Mehrwertsteuer auf 2,4 Prozent oder rund 450 Millionen. Hauptträger des Einnahmenwachstums ist die direkte Bundessteuer (+8,1 % bzw. 1,2 Mrd.) wo das Wachstum bei natürlichen und juristischen Personen in etwa gleich stark ausfällt. Die progressive Besteuerung der Haushaltseinkommen und die Tatsache, dass die Unternehmensgewinne einer stärkeren Schwankung unterliegen als das Bruttoinlandprodukt, erklären die verglichen mit dem Wirtschaftswachstum hohe Zunahme. Die mit dem Gewinnwachstum verbundenen höheren Dividendenausschüttungen begründen zu einem grossen Teil auch den Zuwachs der Verrechnungssteuereinnahmen. Die übrigen Verbrauchssteuern (Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Biersteuer) bemessen sich nicht an nominellen Grössen sondern an den Mengen der besteuerten Produkte, weshalb ihr Wachstum mit 1,7 Prozent deutlich unter dem nominellen BIP-Wachstum liegt. Im Vergleich mit der Vergangenheit ist es aber dennoch hoch, was ebenfalls mit der guten Konjunktur begründet wer-

den kann. Die Einnahmen der Stempelabgaben wachsen gegenüber dem Vorjahr mit der Wirtschaft. Das hohe Wachstum der nichtfiskalischen Einnahmen ist vor allem darauf zurückzuführen, dass mit dem neuen Rechnungsmodell des Bundes die Mieteinnahmen aus der Unterbringung des ETH-Bereichs erstmals in der Bundesrechnung ausgewiesen werden.

Mit der Einführung der Schuldenbremse haben die Einnamenschätzungen an Bedeutung gewonnen, da sich die im Budget geplanten Ausgaben nach den geschätzten Einnahmen zu richten haben. Die ordentlichen Einnahmen im Rechnungsjahr lagen um 3,7 Prozent über dem Budgetwert. Die gewichtigste Abweichung ergibt sich bei der Verrechnungssteuer. Sie ist darauf zurückzuführen, dass hier seit einigen Jahren der langfristige Mittelwert ins Budget eingestellt wird. Dies nicht nur, weil sich eine Voraussage angesichts der Volatilität der Verrechnungssteuer als nahezu unmöglich erwiesen hat. Würde nämlich versucht, die Verrechnungssteuereinnahmen jedes Jahr möglichst genau zu schätzen, unterlägen die budgetierten Steuereinnahmen beträchtlichen Schwankungen, welche durch die Regel der Schuldenbremse unweigerlich auch auf die Ausgabenseite übertragen würden – die Stetigkeit und langfristige Planbarkeit der Bundesausgaben würde dadurch erheblich beeinträchtigt.

Unter Ausklammerung der Verrechnungssteuer reduziert sich der Schätzfehler der Bundeseinnahmen auf 1,6 %. Bei der Mehrwertsteuer und der direkten Bundessteuer – sie machen rund zwei Drittel der Gesamteinnahmen aus – liegt der Schätzfehler sogar unter einem Prozent. Die Qualität der Einnamenschätzung für das Jahr 2007 darf somit als gut bezeichnet werden. Die Schätzfehler lassen sich im Wesentlichen durch den Gang der Wirtschaft erklären, der deutlich besser ausfiel als im Budget – basierend auf damals aktuellen Prognosen – angenommen wurde.

## 15 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten

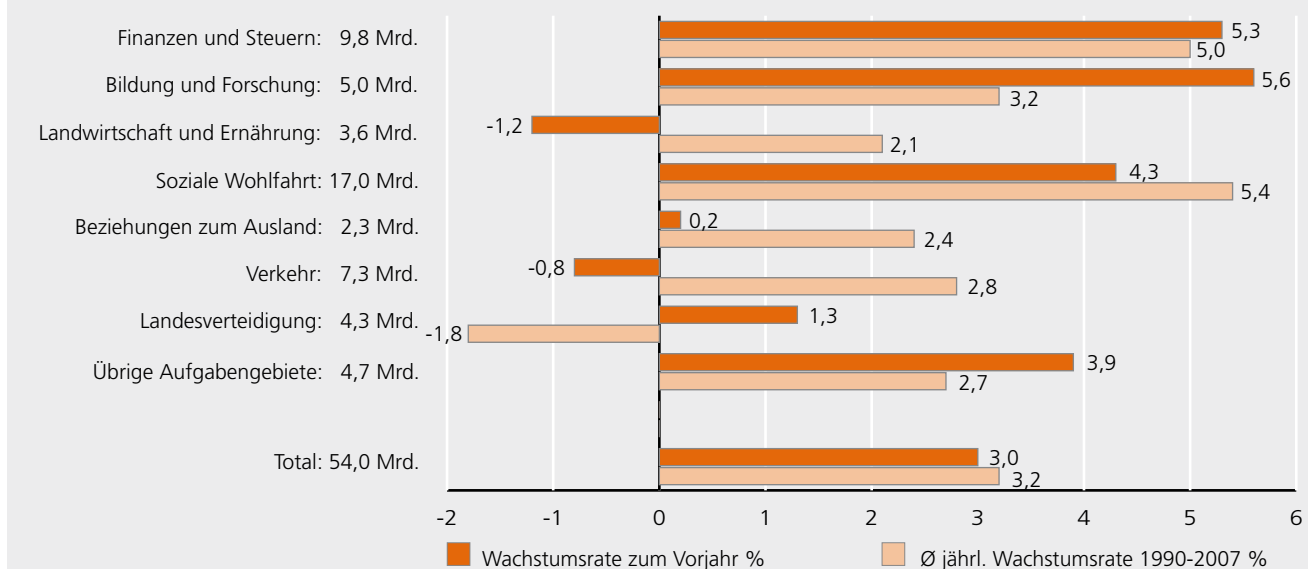
### Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006		Differenz zu VA 2007
				absolut	%	absolut
<b>Total Aufgabengebiete</b> (ordentliche Ausgaben)	<b>52 377</b>	<b>55 107</b>	<b>53 965</b>	<b>1 588</b>	<b>3,0</b>	<b>-1 142</b>
Δ in % Vorjahr	1,9	5,2	3,0			
Soziale Wohlfahrt	16 246	17 340	16 945	699	4,3	-395
Finanzen und Steuern	9 262	9 726	9 753	491	5,3	27
Verkehr	7 409	7 478	7 349	-60	-0,8	-130
Bildung und Forschung	4 714	5 199	4 978	263	5,6	-221
Landesverteidigung	4 272	4 402	4 327	55	1,3	-75
Landwirtschaft und Ernährung	3 645	3 597	3 601	-44	-1,2	5
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 269	2 348	2 274	5	0,2	-75
Übrige Aufgabengebiete	4 560	5 017	4 739	179	3,9	-278

Über 75 Prozent des Ausgabenwachstums des Bundes, nämlich insgesamt 1 190 Millionen, fallen auf die Aufgabengebiete Soziale Wohlfahrt sowie Finanzen und Steuern. Der Rest (knapp 400 Mio.) verteilt sich auf alle übrigen Aufgabengebiete und ist zu grossen Teilen Sonderfaktoren zu zuschreiben, so u.a. der erstmaligen Verrechnung einer Miete für die ETH, welche dieser

zurückerstattet wird (270 Mio.), den Ausgaben für die Pandemie-Vorsorge (70 Mio.) sowie der Schaffung des Bundesverwaltungsgerichts (20 Mio.). Ohne diese Sonderfaktoren verzeichnen die übrigen Aufgabengebiete einen Zuwachs von gerade noch knapp 40 Millionen (+0,1 %).

### Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten 2007 in %



*Soziale Wohlfahrt (16,9 Mrd.; +699 Mio.; +4,3 %)*

Der Zuwachs in der Sozialen Wohlfahrt entfällt namentlich auf die Altersversicherung (+463 Mio.), die Invalidenversicherung (+120 Mio.) und die Prämienverbilligungen im Bereich der Krankenversicherung (+120 Mio.). Bei AHV und IV macht sich insbesondere die Anpassung der Renten an die Lohn- und Preisentwicklung bemerkbar (+2,8 %). Hinzu kommt bei der AHV ein demografisch bedingtes Wachstum von 2,2 Prozent. Schliesslich fiel 2007 die mit dem EP 03 beschlossene Beitragskürzung um 85 Millionen wieder weg (Kompensation des 2003 voll bezahlten, aber nicht benötigten Flexa-Beitrags). Bei der IV blieb die Zahl der Rentenbezüger praktisch konstant; die Ausgaben nehmen lediglich im Rahmen der Rentenerhöhung zu. Bei der Krankenversicherung ist der Mehrbedarf im Wesentlichen auf die 2006/07 in zwei Schritten eingeführte Verbilligung der Prämien von Kindern und Jugendlichen in Ausbildung zurückzuführen.

*Finanzen und Steuern (9,8 Mrd.; +491 Mio.; +5,3 %)*

Dieses Aufgabengebiet umfasst zum einen die Anteile Dritter an Bundeseinnahmen und zum andern die Ausgaben für die Geldbeschaffung sowie die Vermögens- und Schuldenverwaltung. Seit 2007 werden hier auch die Debitorenverluste bei der Mehrwertsteuer ausgewiesen. Diese belaufen sich auf 213 Millionen, während die Kantonsanteile an der Direkten Bundessteuer, der Verrechnungssteuer sowie der leistungsabhängigen Schwerkverkehrsabgabe um 381 Millionen gewachsen sind. Hingegen ist beim Schuldendienst dank tieferer Verschuldung ein Rückgang um 102 Millionen zu verzeichnen.

*Verkehr (7,3 Mrd.; -60 Mio.; -0,8 %)*

Von gegenläufigen Entwicklungen ist der Verkehr gekennzeichnet: Während die Ausgaben im Strassenverkehr gegenüber dem Vorjahr um 83 Millionen angestiegen sind, ist beim öffentlichen Verkehr ein Rückgang um 134 Millionen und bei der Luftfahrt um 9 Millionen zu verzeichnen. Der Hauptteil des Zuwachses beim Strassenverkehr entfällt auf den Nationalstrassenbau, wo das geplante Programm im Unterschied zu 2006 ohne wesentliche Abstriche umgesetzt werden konnte. Verschiedene Ursachen hat der Rückgang beim öffentlichen Verkehr: Bei den Infrastrukturinvestitionen (-51 Mio.) fällt ins Gewicht, dass kaum mehr Ausgaben für die Behebung der Unwetterschäden 2005 zu tätigen waren. Bei den Abgeltungen für den regionalen Personenverkehr führt der Übergang zu einer periodengerechten Verbuchung zu einem Rückgang in der Finanzierungsrechnung um 46 Millionen (Ausbezahlung der Abgeltung nur bis zum Fahrplanwechsel Anfang Dezember 2007). Bei der Güterverkehrsverlagerung (-29 Mio.) waren Verzögerungen bei Terminalbauten zu verzeichnen, zudem fielen die Bestellungen im Kombinierten Verkehr leicht tiefer aus. In der Luftfahrt (-9 Mio.) führte namentlich das Auslaufen der Darlehenszahlungen an Skyguide für den Neubau Dübendorf zu einem Rückgang der Ausgaben des Bundes. Im Weiteren fiel auch der Beitrag an Eurocontrol tiefer als im Vorjahr aus.

*Bildung und Forschung (5,0 Mrd.; +263 Mio.; +5,6 %)*

Das ausgewiesene Ausgabenwachstum des Bereichs Bildung und Forschung wird durch verschiedene Verzerrungen verfälscht: Einerseits enthält es erstmals die dem ETH-Bereich zurückerstatteten Mietbeiträge in der Höhe von 270 Millionen. Andererseits ist zu berücksichtigen, dass infolge Vorauszahlungen in früheren Jahren der Beitrag ans CERN um 26 Millionen tiefer ausgefallen ist und dem Schweizerischen Nationalfonds aus dem mit dem EP 04 beschlossenen Reserveabbau 20 Millionen mehr zur Verfügung gestanden sind als im Vorjahr. De facto beträgt somit das Ausgabenwachstum rund 1 Prozent. Es kam grösstenteils der Forschungsförderung zugute, während die Aufwendungen für die Berufsbildung sowie die Hochschulen auf dem Niveau des Vorjahres verharrten. Im Aufgabenbereich fand also eine leichte Verlagerung hin zu einer vermehrt kompetitiven Vergabe der Bundesmittel statt.

*Landesverteidigung (4,3 Mrd.; +55 Mio.; +1,3 %)*

Der Zuwachs im Bereich der Landesverteidigung bewegt sich leicht über der Teuerung. Er ist im Wesentlichen auf zwei Faktoren zurückzuführen: Zum einen nahmen die Ausgaben zugunsten von friedenserhaltenden Einsätzen im Rahmen der UNO um 32 Millionen zu. Zum andern fielen namentlich aufgrund der gestiegenen Preise zusätzliche Ausgaben in der Höhe von 25 Millionen für Brenn- und Treibstoffe an.

*Landwirtschaft und Ernährung (3,6 Mrd.; -44 Mio.; -1,2 %)*

Die Neuausrichtung der Landwirtschaft setzte sich auch 2007 fort. Bei insgesamt rückläufigen Ausgaben nahmen die Direktzahlungen um 43 Millionen zu, während die Ausgaben der Marktstützung um 69 Millionen abnahmen, was zum überwiegenden Teil im Milchbereich geschah. Auf die Marktstützung entfallen damit noch 17 Prozent der Landwirtschaftsausgaben. Ebenfalls einen Rückgang verzeichneten die Aufwendungen für die Grundlagenverbesserungen (-28 Mio.). Darunter fallen Strukturverbesserungen, Investitionskredite sowie Pflanzen- und Tierzuchtmassnahmen.

*Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit (2,3 Mrd.; +5 Mio.; +0,2 %)*

Die Ausgaben im Bereich der Beziehungen zum Ausland stagnierten 2007 insgesamt. Mehrausgaben waren insbesondere bei den Beiträgen an die UNO (+14 Mio.) sowie an Swissinfo/SRI (+16 Mio.) zu verzeichnen. Demgegenüber verharrte die Entwicklungshilfe auf dem Niveau des Vorjahres, da auch sie an die allgemeine Abbauvorgabe von 300 Millionen beitragen musste. Minderausgaben waren bei der Osthilfe zu verbuchen. Dies weil hier Kompensationen vorzunehmen waren zugunsten des Beitrags der Schweiz an die neuen Mitgliedländer der EU, wobei für diese «Kohäsionsbeiträge» 2007 dann praktisch keine Ausgaben anfielen.

## 16 Entwicklung der Aufwände nach Kontengruppen

### Aufwand nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006	
				absolut	%
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>45 953</b>	<b>55 208</b>	<b>54 289</b>	<b>n.a.</b>	<b>n.a.</b>
<i>davon finanzierungswirksam</i>	45 953	48 671	47 701	1 748	3,8
<b>Eigenaufwand</b>	<b>8 187</b>	<b>9 997</b>	<b>9 573</b>	<b>n.a.</b>	<b>n.a.</b>
<i>davon finanzierungswirksam</i>	8 187	8 848	8 471	284	3,5
Personalaufwand	4 325	4 539	4 492	167	3,9
<i>davon finanzierungswirksam</i>	4 325	4 539	4 462	137	3,2
Sach- und Betriebsaufwand	2 683	3 335	3 238	n.a.	n.a.
<i>davon finanzierungswirksam</i>	2 683	3 125	2 841	157	5,9
Rüstungsaufwand	1 178	1 184	1 168	-10	-0,8
<i>davon finanzierungswirksam</i>	1 178	1 184	1 168	-10,4	-0,8
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	-	940	675	n.a.	n.a.
<b>Transferaufwand</b>	<b>33 661</b>	<b>41 149</b>	<b>40 604</b>	<b>n.a.</b>	<b>n.a.</b>
<i>davon finanzierungswirksam</i>	33 661	35 698	35 228	1 567	4,7
Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 098	8 342	8 624	527	6,5
Entschädigungen an Gemeinwesen	986	969	955	-31	-3,1
Beiträge an eigene Institutionen	2 075	2 707	2 527	452	21,8
Beiträge an Dritte	9 719	9 941	9 744	25	0,3
Beiträge an Sozialversicherungen	12 783	13 744	13 417	634	5,0
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	-	5 045	4 966	n.a.	n.a.
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	-	400	372	n.a.	n.a.
<b>Finanzaufwand</b>	<b>4 105</b>	<b>3 997</b>	<b>4 013</b>	<b>-92</b>	<b>-2,2</b>
<i>davon finanzierungswirksam</i>	4 105	4 125	4 003	-102	-2,5
Zinsaufwand	3 993	3 837	3 635	-358	-9,0
Übriger Finanzaufwand	112	159	378	n.a.	n.a.
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>-</b>	<b>65</b>	<b>98</b>	<b>n.a.</b>	<b>n.a.</b>

n.a.: nicht ausgewiesen. Die Zahlen 2006 sind wegen des Strukturbruchs durch NRM nicht vergleichbar. Die Umschlüsselung in die neue Struktur wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände und Erträge vorgenommen. In den Zahlen 2006 sind insbesondere keine Abschreibungen, Wertberichtigungen, Rückstellungen und zeitlichen Abgrenzungen enthalten. Aus diesem Grund wird auf die Saldierung und den Vorjahresvergleich verzichtet.

Der ordentliche Aufwand liegt gut 900 Millionen unter dem budgetierten Wert, wobei der Transferaufwand um gut 500 und der Eigenaufwand um etwas mehr als 400 Millionen niedriger zu liegen kommen als budgetiert. Im Transferbereich fielen insbesondere die Beiträge an die Sozialversicherungen deutlich tiefer aus (-327 Mio.). Eine kleinere Anzahl Neurenten bei der Invalidenversicherung, ein geringerer Ausgabenanstieg bei der AHV sowie Kreditreste bei der Individuellen Prämienverbilligung stellen die Hauptgründe dar. Demgegenüber liegen die Anteile Dritter an Bundeserträgen insbesondere aufgrund der höheren Einnahmen bei der Direkten Bundessteuer, der Verrechnungssteuer, der Mehrwertsteuer und der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe über den Erwartungen. Weitere Veränderungen sind auf verschiedene kleinere Abweichungen zwischen der Kontierung in Budget und Rechnung zurückzuführen. Im Eigenbereich erreichten weniger Anschaffungen als zum Zeitpunkt der Budgetierung angenommen die Aktivierungsgrenze gemäss NRM, weshalb der Abschreibungsaufwand deutlich niedriger ausfiel als im Voranschlag vorgesehen. Im Übrigen fielen auch der Personal- sowie der Sach- und Betriebsaufwand geringer aus als budgetiert (-50 bzw. -100 Mio.).

Die Einführung von NRM hat zu verschiedenen Strukturbrüchen geführt, weshalb der Vergleich mit der Rechnung 2006 nur beschränkt möglich ist. Insbesondere hat die Anwendung der neuen Rechnungslegungsvorschriften zu einer Änderung der Aufteilung in Konsum und Investitionen geführt. Die nachfolgenden Ausführungen beschränken sich daher auf den finanzierungswirksamen Aufwand.

Der *Personalaufwand* steigt um 3,9 Prozent (+167 Mio.): Eine Zunahme der Personalbezüge ist vorwiegend auf die Lohnmassnahmen 2007 sowie auf die Übernahme von Aufgaben im Nationalstrassenbereich, den Aufbau des Bundesverwaltungsgerichts und die Verstärkung des Aussennetzes des EDA zurückzuführen. Niedriger als geplant fielen demgegenüber die Sozialplankosten in Zusammenhang mit vorzeitigen Pensionierungen im Rahmen von Umstrukturierungen sowie die Personalaufwendungen zu Lasten von Sachkrediten aus. Da der Stellenabbau die niedrigen Lohnsegmente betrifft, während neue Stellen in den höheren Lohnklassen geschaffen werden, lag der Stellenbestand trotz finanziellem Mehrbedarf per Ende 2007 mit 32 105 Personen (auf Vollzeitbasis) um gut 0,8 Prozent tiefer als im Vorjahr. Dies



entspricht einem Stellenabbau von 271 Stellen, welcher im Wesentlichen über die natürliche Fluktuation aufgefangen werden konnte.

Der *Sach- und Betriebsaufwand* weist einen Zuwachs von 5,9 Prozent (+157 Mio.) auf. Dabei sind insbesondere zwei Sonderfaktoren hervorzuheben: Mit der Einführung von NRM werden die Debitorenverluste brutto ausgewiesen und im Sachaufwand geführt, was sich in der Rechnung 2007 in einem NRM-bedingten Mehraufwand von rund 220 Millionen niederschlägt. Zu einer echten Zunahme führen die Massnahmen im Bereich Pandemie (+70 Mio.). Ohne diese Sonderfaktoren würde der Sach- und Betriebsaufwand gegenüber dem Vorjahr zurückgehen.

Der *Rüstungsaufwand* ging aufgrund von Projektverzügen und -unterbrüchen bei Ausrüstung und Erneuerung gegenüber dem Vorjahr um rund 10 Millionen zurück.

Im Transferbereich verzeichnen insbesondere die *Beiträge an eigene Institutionen* einen deutlichen Zuwachs (+21,8 % bzw. +452 Mio.). Dieser Anstieg ist in erster Linie auf die mit dem NRM eingeführte haushaltneutrale Abgeltung der Miete für ETH-Bauten zurückzuführen (+270 Mio.). Zusätzlich zu dieser NRM-bedingten Aufblähung fiel die gemäss Leistungsvereinbarung 2007-10 festgelegte Abgeltung der ungedeckten Kosten aus dem Betrieb und Unterhalt der Infrastruktur der SBB höher aus (+90 Mio.). Zudem erscheinen die Beiträge des Bundes an das ausgelagerte Eidg. Hochschulinstitut für Berufsbildung erstmals unter den Beiträgen an eigene Institutionen (+30 Mio.). Aufgrund der höheren Erträge aus der Direkten Bundessteuer, der Mehrwertsteuer und der Verrechnungssteuer nehmen die *Anteile Dritter an Bundeserträgen* überdurchschnittlich zu (+6,5 % bzw. +527 Mio.). Zur rückläufigen Entwicklung bei den *Entschädigungen an Gemeinwesen* hat insbesondere die aufgrund der geringeren Anzahl Asylsuchender niedrigere Abgeltung des Verwaltungskostenaufwands an die Kantone beigetragen.

Der *Finanzaufwand* liegt aufgrund der günstigeren Zinssituation und dem geringeren Geldbeschaffungsbedarf rund 100 Millionen unter dem Wert des Vorjahrs.

## 17 Ausblick

Der Bund verdankt sein gutes Rechnungsergebnis 2007 nicht nur der guten Konjunktur. Rund ein Drittel der 3,2 Milliarden, um die die Rechnung besser abschliesst als budgetiert, ist auf die Ausgabenseite zurückzuführen. Das Ausgabenwachstum hält sich – korrigiert um Sonderfaktoren und nicht steuerbare Bereiche – in einem vertretbaren Rahmen. Die mit der Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2003 ergriffenen Sparmassnahmen

zur Beseitigung des strukturellen Defizits wirken weiter, trotz der positiven Einnahmenentwicklung. Die geglückte Stabilisierung des Bundeshaushalts und das jüngste Rechnungsergebnis dürfen indessen nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein weiterhin ausgeglichener Bundeshaushalt alles andere als selbstverständlich ist. Dies vorab aus drei Gründen:

- Obwohl das am 19.12.2007 vom Parlament verabschiedete Budget 2008 einen ordentlichen Finanzierungsüberschuss von 1,1 Milliarden vorsieht, wird es in diesem Jahr zu einem Anstieg der Verschuldung kommen. Grund dafür ist der ausserordentliche Haushalt: Ausserordentlicher Zahlungsbedarf im Umfang von 5,2 Milliarden wird zu einem insgesamt negativen Finanzierungsergebnis führen. Damit die nominelle Verschuldung mittelfristig trotzdem stabilisiert werden kann, müssen diese Ausgaben durch weitere Überschüsse im ordentlichen Haushalt kompensiert werden.
- Der Bundesrat hat am 23.1.2008 den Legislaturfinanzplan 2009-2011 verabschiedet. Er weist zwar für alle Planjahre strukturelle Überschüsse aus, dies aber vor allem infolge der noch pauschal ausgewiesenen Abbauvorgaben aus der Aufgabenüberprüfung, die erst noch durch Massnahmen konkretisiert und auf die Departemente verteilt werden müssen. Ausserdem sind im Zahlenwerk viele Ausgaben noch nicht enthalten, die den Haushalt in den kommenden Jahren zusätzlich belasten könnten. Der Legislaturfinanzplan enthält eine Zusammenstellung dieser «möglichen Mehrausgaben». Würden alle diese derzeit schon bekannten Projekte realisiert, entstünden Mehrausgaben von jährlich rund einer Milliarde bis ans Ende der Legislatur.
- Mittlerweile steht fest, dass der Schweizer Finanzsektor nicht unbeschadet aus der US-Hypothekarkrise hervorgehen wird. Inwieweit darüber hinaus realwirtschaftliche Konsequenzen zu erwarten sind, ist immer noch ungewiss. Sicher ist: Die Krise an den Finanzmärkten hat die Abwärtsrisiken für die Bundeseinnahmen deutlich erhöht, und eine entsprechende Korrektur der Einnahmen kann den finanzpolitischen Handlungsspielraum des Bundes schnell verringern.

Eine langfristig orientierte Finanzpolitik darf sich von konjunkturell bedingtem Geldsegen nicht blenden lassen, genauso wenig sie sich vor rezessionsbedingten Einnahmeneinbrüchen zu fürchten braucht. Entscheidend ist es vielmehr, die Budgetierung und Finanzplanung konsequent an langfristigen Zielen auszurichten. Die Regelbindung durch die Schuldenbremse hat dafür einen wesentlichen Grundstein gelegt, auf den es nun aufzubauen gilt mit der langfristigen Begrenzung des Ausgabenwachstums und der nominellen Stabilisierung der Verschuldung.





**21 Finanzierungs- und Mittelflussrechnung**

**Finanzierungsrechnung**

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut	%	Ziffer im Anhang
<b>Finanzierungsergebnis</b>	<b>5 738</b>	<b>904</b>	<b>-2 157</b>	<b>-7 894</b>		
<b>Ordentliches Finanzierungsergebnis</b>	<b>2 534</b>	<b>904</b>	<b>4 127</b>	<b>1 593</b>		
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>54 911</b>	<b>56 011</b>	<b>58 092</b>	<b>3 181</b>	<b>5,8</b>	
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>50 873</b>	<b>51 556</b>	<b>53 336</b>	<b>2 463</b>	<b>4,8</b>	
Direkte Bundessteuer	14 230	15 181	15 389	1 158	8,1	1
Verrechnungssteuer	3 947	3 017	4 230	283	7,2	2
Stempelabgaben	2 889	3 200	2 990	100	3,5	3
Mehrwertsteuer	19 018	19 650	19 684	666	3,5	4
Übrige Verbrauchssteuern	7 259	7 112	7 380	121	1,7	5
Verschiedene Fiskaleinnahmen	3 530	3 396	3 664	134	3,8	6
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 265</b>	<b>1 258</b>	<b>1 345</b>	<b>80</b>	<b>6,3</b>	<b>7</b>
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>1 089</b>	<b>1 266</b>	<b>1 280</b>	<b>191</b>	<b>17,6</b>	
Beteiligungseinnahmen	611	578	509	-102	-16,7	15
Übrige Finanzeinnahmen	478	689	771	293	61,3	16
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>	<b>1 390</b>	<b>1 714</b>	<b>1 766</b>	<b>376</b>	<b>27,1</b>	
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>295</b>	<b>218</b>	<b>365</b>	<b>70</b>	<b>23,7</b>	
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>52 377</b>	<b>55 107</b>	<b>53 965</b>	<b>1 588</b>	<b>3,0</b>	
<b>Eigenausgaben</b>	<b>8 187</b>	<b>8 848</b>	<b>8 471</b>	<b>284</b>	<b>3,5</b>	
Personalausgaben	4 325	4 539	4 462	137	3,2	9
Sach- und Betriebsausgaben	2 683	3 125	2 841	157	5,9	
Rüstungsausgaben	1 178	1 184	1 168	-10	-0,9	
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>33 661</b>	<b>35 698</b>	<b>35 228</b>	<b>1 567</b>	<b>4,7</b>	
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	8 098	8 342	8 624	527	6,5	10
Entschädigungen an Gemeinwesen	986	969	969	-17	-1,7	
Beiträge an eigene Institutionen	2 075	2 707	2 527	452	21,8	11
Beiträge an Dritte	9 719	9 941	9 697	-22	-0,2	12
Beiträge an Sozialversicherungen	12 783	13 738	13 411	628	4,9	13
<b>Finanzausgaben</b>	<b>4 105</b>	<b>4 125</b>	<b>4 003</b>	<b>-102</b>	<b>-2,5</b>	
Zinsausgaben	3 993	3 974	3 849	-144	-3,6	17
Übrige Finanzausgaben	112	151	153	42	37,2	18
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>6 424</b>	<b>6 436</b>	<b>6 264</b>	<b>-160</b>	<b>-2,5</b>	
Sachanlagen und Vorräte	591	878	874	284	48,0	24, 25
Immaterielle Anlagen	13	71	13	-	-1,3	26
Darlehen	489	439	376	-113	-23,1	27
Beteiligungen	39	41	35	-4	-11,4	28
Investitionsbeiträge	5 292	5 007	4 966	-326	-6,2	14
<b>Ausserordentliche Einnahmen</b>	<b>3 203</b>	<b>-</b>	<b>754</b>			<b>19</b>
<b>Ausserordentliche Ausgaben</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>7 038</b>			<b>20</b>

**Mittelflussrechnung**

Mio. CHF	Rechnung 2007	Ziffer im Anhang
<b>Total Mittelfluss</b>	<b>-5 242</b>	
<b>Mittelfluss aus Geschäftstätigkeit (Finanzierungsergebnis)</b>	<b>-2 157</b>	
<b>Mittelfluss aus Finanzanlagen</b>	<b>2 554</b>	
Kurzfristige Finanzanlagen*	2 007	
Langfristige Finanzanlagen	547	23
<b>Mittelfluss aus Fremdfinanzierung</b>	<b>-5 640</b>	
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten*	-3 260	
Langfristige Finanzverbindlichkeiten*	-2 385	
Spezialfonds	5	33
<b>Veränderung Fonds «Bund»</b>	<b>-5 242</b>	
<b>Fonds per 01.01.</b>	<b>-3 261</b>	
Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	168	21
Forderungen*	301	
Laufende Verbindlichkeiten und finanzierungswirksame Abgrenzungen (Verrechnungssteuer)*	-5 711	
<b>Fonds per 31.12.</b>	<b>-8 503</b>	

\* Es werden nur fondsrelevante Veränderungen berücksichtigt, weshalb die Werte von der Veränderung der entsprechenden Bilanzpositionen abweichen.

**Finanzierungs- und Mittelflussrechnung**

Die *Finanzierungs- und Mittelflussrechnung (FMFR)* dient einerseits der Ermittlung des gesamten Finanzierungsbedarfs, welcher dem Bund aus der Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen erwächst (Finanzierungsrechnung). Andererseits wird aufgezeigt, wie dieser Mittelbedarf gedeckt wird (Mittelflussrechnung) und welche liquiditätsmässigen Veränderungen in der Bilanz daraus resultieren («Fonds Bund»). Die FMFR unterscheidet sich von der Geldflussrechnung gemäss den International Public Sector Accounting Standards (IPSAS) in Bezug auf die Gliederung und den Inhalt des «Fonds Bund»:

- Während die IPSAS einen dreistufigen Ausweis nach Geschäftstätigkeit (operativer Cash-Flow), Investitionstätigkeit (investiver Cash-Flow) und Finanzierungstätigkeit (Finanzierungs-Cash-Flow) vorschreiben, wird in der FMFR des Bundes auf Grund der Erfordernisse der Schuldenbremse zwischen den Stufen «Finanzierungsergebnis» und «Mittelfluss aus Finanzanlagen und Fremdfinanzierung» unterschieden.
- Der «Fonds Bund» umfasst neben den flüssigen Mitteln auch debitorische Gutschriften (Forderungen) abzüglich kreditorischer Belastungen (laufende Verbindlichkeiten). Einnahmen beinhalten somit neben Einzahlungen auch Forderungen; Ausgaben sind als Auszahlungen inkl. Verbindlichkeiten definiert. IPSAS fordert demgegenüber eine Beschränkung auf Geldflüsse.

Die FMFR wird nach der direkten Methode erstellt. Alle Mittelflüsse werden unmittelbar aus den einzelnen Positionen der Erfolgsrechnung, der Investitionsrechnung und der Bilanz abgeleitet.

**Lesehilfe**

Das «Finanzierungsergebnis» wird – gemäss Vorgabe der Schuldenbremse – getrennt nach ordentlichen und ausserordentlichen Finanzvorfällen ausgewiesen. Im «ordentlichen Finanzierungsergebnis» werden die Mittelflüsse aus operativer Tätigkeit und aus Investitionen / Desinvestitionen im Verwaltungsvermögen berücksichtigt. Ein positives Vorzeichen bedeutet einen Netto-Mittelzufluss, ein negatives Vorzeichen einen Netto-Mittelabfluss.

Der «Mittelfluss aus Finanzanlagen und Fremdfinanzierung» umfasst Transaktionen der Bundestresorerie, wie die Aufnahme von Fremdmitteln oder die Anlage von Finanzvermögen sowie die direkt über die Bilanz abgewickelten Transaktionen (z.B. Vorschüsse an den FinöV-Fonds). Beim «Mittelfluss aus Finanzanlagen» signalisiert ein positives Vorzeichen, dass insgesamt Finanzanlagen aufgelöst wurden und sich deshalb die flüssigen Mittel vergrössert haben. Ein negatives Vorzeichen beim «Mittelfluss aus Fremdfinanzierung» zeigt an, dass die flüssigen Mittel wegen der Begleichung von Finanzverbindlichkeiten zurückgegangen sind.

Im «Fonds Bund» widerspiegeln sich die Mittelflüsse aus der Aufgabenerfüllung und der Finanzierungstätigkeit in der veränderten Liquidität des Bundes. Im Sinne eines Nachweises muss die Veränderung des «Fonds Bund» (-5,2 Mrd.) mit dem Total aus dem «Finanzierungsergebnis» (-2,1 Mrd.) und dem «Mittelfluss aus Finanzanlagen und Fremdfinanzierung» (-3,1 Mrd.) übereinstimmen. Ein negatives (positives) Vorzeichen bedeutet eine Abnahme (Zunahme) des Fonds.

## 22 Erfolgsrechnung

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut	%	Ziffer im Anhang
<b>Jahresergebnis</b>	<b>n.a.</b>	<b>662</b>	<b>4 340</b>	<b>n.a.</b>		
<b>Ordentliches Ergebnis (inkl. Finanzergebnis)</b>	<b>n.a.</b>	<b>662</b>	<b>3 711</b>	<b>n.a.</b>		
<b>Operatives Ergebnis (exkl. Finanzergebnis)</b>	<b>n.a.</b>	<b>3 376</b>	<b>4 755</b>	<b>n.a.</b>		
<b>Ertrag</b>	<b>53 528</b>	<b>54 587</b>	<b>55 031</b>	<b>1 504</b>	<b>2,8</b>	
<b>Fiskalertrag</b>	<b>50 873</b>	<b>51 556</b>	<b>51 836</b>	<b>963</b>	<b>1,9</b>	
Direkte Bundessteuer	14 230	15 181	15 389	1 158	8,1	1
Verrechnungssteuer *	3 947	3 017	2 730	-1 217	-30,8	2
Stempelabgaben	2 889	3 200	2 990	100	3,5	3
Mehrwertsteuer	19 018	19 650	19 684	666	3,5	4
Übrige Verbrauchssteuern	7 259	7 112	7 380	121	1,7	5
Verschiedener Fiskalertrag	3 530	3 396	3 664	134	3,8	6
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 265</b>	<b>1 258</b>	<b>1 331</b>	<b>66</b>	<b>5,2</b>	<b>7</b>
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>1 390</b>	<b>1 751</b>	<b>1 844</b>	<b>454</b>	<b>32,7</b>	
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>-</b>	<b>24</b>	<b>21</b>	<b>n.a.</b>	<b>n.a.</b>	<b>8</b>
<b>Aufwand</b>	<b>41 848</b>	<b>51 211</b>	<b>50 276</b>	<b>n.a.</b>	<b>n.a.</b>	
<b>Eigenaufwand</b>	<b>8 187</b>	<b>9 997</b>	<b>9 573</b>	<b>n.a.</b>	<b>n.a.</b>	
Personalaufwand	4 325	4 539	4 492	167	3,9	9
Sach- und Betriebsaufwand	2 683	3 335	3 238	n.a.	n.a.	
Rüstungsaufwand	1 178	1 184	1 168	-10	-0,9	
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	-	940	675	n.a.	n.a.	24, 25, 26
<b>Transferaufwand</b>	<b>33 661</b>	<b>41 149</b>	<b>40 604</b>	<b>n.a.</b>	<b>n.a.</b>	
Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 098	8 342	8 624	527	6,5	10
Entschädigungen an Gemeinwesen	986	969	955	-31	-3,1	
Beiträge an eigene Institutionen	2 075	2 707	2 527	452	21,8	11
Beiträge an Dritte	9 719	9 941	9 744	25	0,3	12
Beiträge an Sozialversicherungen	12 783	13 744	13 417	634	5,0	13
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	-	5 045	4 966	n.a.	n.a.	14
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	-	400	372	n.a.	n.a.	27, 28
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>-</b>	<b>65</b>	<b>98</b>	<b>n.a.</b>	<b>n.a.</b>	<b>8</b>
<b>Finanzergebnis (Aufwandüberschuss)</b>	<b>n.a.</b>	<b>-2 714</b>	<b>-1 044</b>	<b>n.a.</b>		
<b>Finanzertrag</b>	<b>1 089</b>	<b>1 282</b>	<b>2 969</b>	<b>n.a.</b>	<b>n.a.</b>	
Beteiligungsertrag	611	-	1	n.a.	n.a.	15
Zunahme von Equitywerten	-	578	1 860	n.a.	n.a.	28
Übriger Finanzertrag	478	705	1 108	n.a.	n.a.	16
<b>Finanzaufwand</b>	<b>4 105</b>	<b>3 997</b>	<b>4 013</b>	<b>n.a.</b>	<b>n.a.</b>	
Zinsaufwand	3 993	3 837	3 635	n.a.	n.a.	17
Übriger Finanzaufwand	112	159	378	n.a.	n.a.	18
<b>Ausserordentlicher Ertrag</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>630</b>	<b>630</b>		<b>19</b>
<b>Ausserordentlicher Aufwand</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>		<b>20</b>
<b>Ordentliches Ergebnis (inkl. Finanzergebnis)</b>	<b>n.a.</b>	<b>662</b>	<b>3 711</b>	<b>n.a.</b>		
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>54 617</b>	<b>55 870</b>	<b>58 000</b>	<b>n.a.</b>		
Ertrag	53 528	54 587	55 031	1 504	2,8	
Finanzertrag	1 089	1 282	2 969	n.a.	n.a.	
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>45 953</b>	<b>55 208</b>	<b>54 289</b>	<b>n.a.</b>		
Aufwand	41 848	51 211	50 276	n.a.	n.a.	
Finanzaufwand	4 105	3 997	4 013	n.a.	n.a.	

n.a.: nicht ausgewiesen. Die Zahlen 2006 sind wegen des Strukturbruches durch NRM nicht vergleichbar. Die Umschlüsselung in die neue Struktur wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände und Erträge vorgenommen. In den Zahlen 2006 sind insbesondere keine Abschreibungen, Wertberichtigungen, Rückstellungen und zeitlichen Abgrenzungen enthalten. Aus diesem Grund wird auf die Saldierung und den Vorjahresvergleich verzichtet.

\* Der im Rechnungsjahr 2007 ausgewiesene Ertrag von 2,7 Milliarden berechnet sich aus den in der Finanzierungsrechnung ausgewiesenen Einnahmen von 4,2 Milliarden abzüglich der Erhöhung der Rückstellung im Umfang von 1,5 Milliarden für zukünftige Rückerstattungen.

## 23 Bilanz

Mio. CHF	Eröffnungs- bilanz* 01.01.2007	Rechnung 2007 31.12.2007	Differenz absolut	%	Ziffer im Anhang
<b>Aktiven</b>	<b>66 155</b>	<b>64 979</b>	<b>-1 176</b>	<b>-1,8</b>	
<b>Finanzvermögen</b>	<b>34 027</b>	<b>31 965</b>	<b>-2 062</b>	<b>-6,1</b>	
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>20 287</b>	<b>18 773</b>	<b>-1 514</b>	<b>-7,5</b>	
Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	378	546	168	44,3	21
Forderungen	5 959	6 292	333	5,6	22
Kurzfristige Finanzanlagen	12 374	10 337	-2 037	-16,5	23
Aktive Rechnungsabgrenzung	1 576	1 598	22	1,4	
<b>Anlagevermögen</b>	<b>13 740</b>	<b>13 193</b>	<b>-547</b>	<b>-4,0</b>	
Langfristige Finanzanlagen	13 740	13 193	-547	-4,0	23
<b>Verwaltungsvermögen</b>	<b>32 128</b>	<b>33 014</b>	<b>886</b>	<b>2,8</b>	
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>216</b>	<b>214</b>	<b>-2</b>	<b>-1,1</b>	
Vorräte	216	214	-2	-1,1	24
<b>Anlagevermögen</b>	<b>31 912</b>	<b>32 800</b>	<b>888</b>	<b>2,8</b>	
Sachanlagen	14 613	14 472	-140	-1,0	25
Immaterielle Anlagen	8	58	50	635,2	26
Darlehen	3 254	2 963	-290	-8,9	27
Beteiligungen	14 038	15 306	1 268	9,0	28
<b>Passiven</b>	<b>66 155</b>	<b>64 979</b>	<b>-1 176</b>	<b>-1,8</b>	
<b>Kurzfristiges Fremdkapital</b>	<b>39 182</b>	<b>34 399</b>	<b>-4 784</b>	<b>-12,2</b>	<b>29</b>
Laufende Verbindlichkeiten	10 166	11 709	1 542	15,2	30
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	16 522	13 122	-3 400	-20,6	31
Passive Rechnungsabgrenzung	4 851	8 926	4 075	84,0	(2)
Kurzfristige Rückstellungen	7 643	641	-7 001	-91,6	32
<b>Langfristiges Fremdkapital</b>	<b>113 061</b>	<b>112 323</b>	<b>-739</b>	<b>-0,7</b>	<b>29</b>
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	98 498	96 147	-2 351	-2,4	31
Verpflichtungen gegenüber Sonderrechnungen	–	–	–	–	
Langfristige Rückstellungen	13 384	14 919	1 535	11,5	32
Verbindlichkeiten ggü. zweckgebundenen Fonds im FK	1 179	1 257	78	6,6	8
<b>Eigenkapital</b>	<b>-86 088</b>	<b>-81 742</b>	<b>4 346</b>	<b>5,0</b>	
Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	4 294	4 696	401	9,3	8
Spezialfonds	462	467	5	1,1	33
Reserven aus Globalbudget	22	58	36	161,7	
Restatementreserve	144	144	–	–	
Übriges Eigenkapital	–	–	–	–	
Bilanzfehlbetrag	-91 010	-87 107	3 904	4,3	

\* Als Vergleichswert für das Jahr 2006 wird die Eröffnungsbilanz nach NRM herangezogen. Diese entspricht der Bilanz 2006 nach der Neubewertung (Restatement) im Rahmen der Umstellung auf NRM.

## 24 Eigenkapitalnachweis

Mio. CHF Ziffer im Anhang	Total Eigen- kapital	Zweckgeb. Fonds im Eigenkapital 8	Spezial- fonds 33	Reserven aus Global- budget –*	Restate- ment- reserve 144	Bilanz- fehlbetrag -91 010
<b>Stand 1. Januar 2007</b>	<b>-86 088</b>	<b>4 294</b>	<b>462</b>	<b>22</b>	<b>144</b>	<b>-91 010</b>
Jahresergebnis	4 340					4 340
Umbuchungen im Eigenkapital	–	402		35		-437
Veränderung Spezialfonds	6		6			
<b>Stand 31. Dezember 2007</b>	<b>-81 742</b>	<b>4 696</b>	<b>468</b>	<b>57</b>	<b>144</b>	<b>-87 107</b>

\* Für Details siehe Band 3, Ziffer 14.

Der Eigenkapitalnachweis gibt Auskunft über die vermögensmässigen Auswirkungen der in der Berichtsperiode erfassten Finanzvorfälle. Insbesondere werden die Auswirkungen des Ergebnisses der Erfolgsrechnung der laufenden Periode auf die verschiedenen Komponenten des Eigenkapitals aufgezeigt, und es wird transparent dargelegt, welche Aufwand- und Ertragspositionen nicht in der Erfolgsrechnung, sondern direkt im Eigenkapital erfasst worden sind und wie sich Veränderungen von Reserven und zweckgebundenen Mitteln im Eigenkapital niederschlagen.

#### Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital

Mittel aus nicht verwendeten zweckgebundenen Einnahmen werden unter dem Eigenkapital bilanziert, wenn das Gesetz für die Art oder den Zeitpunkt der Verwendung ausdrücklich einen Handlungsspielraum einräumt. Dies trifft zu im Falle der *Spezialfinanzierung Strassenverkehr* sowie bei den zweckgebundenen Rücklagen für die *Bundeskriegstransportversicherung* und für die *Investitionsgarantie*. Im Falle der *Spezialfinanzierung Strassenverkehr* resultiert 2007 ein Einnahmenüberschuss im Umfang von gegen 400 Millionen, womit sich deren Stand auf 4,6 Milliarden erhöht. Die entsprechende Äufnung erfolgt zulasten des Bilanzfehlbetrags. Der Stand der beiden Rücklagen blieb unverändert. Zusätzliche Erläuterungen zu den zweckgebundenen Fonds im Eigenkapital sind im Band 3, Teil Statistik, Ziffer B42 zu finden.

#### Spezialfonds

Spezialfonds sind Vermögen, die der Eidgenossenschaft von Dritten mit bestimmten Auflagen zugewendet wurden, oder die auf Grund gesetzlicher Bestimmungen aus Voranschlagskrediten stammen. Mittelzuflüsse in bzw. Mittelabflüsse aus Spezialfonds

werden nicht über die Erfolgsrechnung, sondern direkt über die entsprechenden Bilanzkonti verbucht. In der Berichtsperiode verzeichneten die Spezialfonds einen Zuwachs von 6 Millionen. Für zusätzliche Angaben wird auf Ziffer 34 verwiesen.

#### Reserven aus Globalbudget

FLAG-Verwaltungseinheiten haben die Möglichkeit Reserven zu bilden und diese später zur Finanzierung von Aktivitäten zu verwenden, die im Einklang mit den Zielsetzungen ihrer Leistungsaufträge stehen. Die Bildung bzw. Verwendung von Reserven FLAG erfolgt über den Bilanzfehlbetrag, vergleichbar einer Ergebnisverwendung in einem Unternehmen. Im Jahre 2007 erhöhten sich die Reserven aus Globalbudget um 35 Millionen (Saldo aus Einlagen abzüglich Entnahmen). Detaillierte Angaben zu den Reserven FLAG finden sich in Band 3, Zusatzerläuterungen, unter Ziffer 14.

#### Restatementreserve

Die aus der Neubewertung der Eröffnungsbilanz 1.1.2007 entstandenen Wertkorrekturen wurden – in Einklang mit IPSAS und wie auch in den privaten Unternehmen üblich – direkt im Eigenkapital erfasst und nicht über die Erfolgsrechnung verbucht. Diese Restatementreserven werden im Folgejahr 2008 mit dem Bilanzfehlbetrag verrechnet.

#### Jahresergebnis der Erfolgsrechnung

Der Ertragsüberschuss von 4 340 Millionen abzüglich den zugunsten des zweckgebundenen Fonds im Eigenkapital und den Reserven aus Globalbudget erfolgten Umbuchungen (437 Mio.) führt zu einem entsprechenden Abbau des Bilanzfehlbetrags.

## 25 Anhang

### 251 Allgemeine Erläuterungen

#### 1 Grundlagen

##### Rechtsgrundlagen

Das Haushalt- und Kreditrecht des Bundes stützen sich auf folgende Rechtsgrundlagen:

- Bundesverfassung (namentlich die Artikel 100 Abs. 4, Art. 126 ff., Art. 167 sowie Art. 183; SR 101)
- Bundesgesetz vom 13.12.2002 über die Bundesversammlung (Parlamentsgesetz, ParlG; SR 171.10)
- Bundesgesetz vom 7.10.2005 über den eidg. Finanzhaushalt (Finanzhaushaltgesetz, FHG; SR 611.0)
- Finanzhaushaltverordnung vom 5.4.2006 (FHV; SR 611.01)
- Verordnung der Bundesversammlung vom 18.6.2004 über die Verpflichtungskreditbegehren für Grundstücke und Bauten (SR 611.051)
- Bundesgesetz vom 13.12.2002 über die Sperrung und die Freigabe von Krediten im Voranschlag der Schweizerischen Eidgenossenschaft (Kreditsperrungsgesetz, KSFG; SR 611.1). Das Gesetz lief per 31.12.2007 aus. Das Instrument der Kreditsperre wurde bei dieser Gelegenheit ins Dauerrecht überführt (BBl 2007 301). Die Teilrevision des Finanzhaushaltgesetzes (neue Artikel 37a und 37b) (BBl 2007 301) trat am 1.1.2008 in Kraft.
- Bundesgesetz über Massnahmen zur Verbesserung des Bundeshaushaltes vom 4.10.1974 (SR 611.010)
- Weisungen des Eidgenössischen Finanzdepartementes für die Durchführung von Grossanlässen Dritter mit Bundesunterstützung sowie von besonderen Bundesanlässen vom 1.4.2003
- Weisungen der Eidgenössischen Finanzverwaltung über die Haushalt- und Rechnungsführung

##### Neues Rechnungsmodell Bund (NRM)

Das Rechnungsmodell des Bundes erfuhr mit dem Voranschlag 2007 und der vorliegenden Rechnung 2007 eine grundlegende Neuorientierung. Weitgehend parallel zu den Reformbemühungen im Regierungs- und Verwaltungsbereich hat sich das Bewusstsein durchgesetzt, dass ein umfassendes Rechnungssystem nebst der Finanzierungssicht insbesondere auch die betriebliche Sicht abbilden muss. Diese duale Ausrichtung des öffentlichen Rechnungswesens im Spannungsfeld zwischen der Gesamtsteuerung des Bundeshaushalts und der betriebswirtschaftlichen Führung auf Verwaltungsebene steht – neben der Orientierung an allgemein anerkannten Rechnungslegungsbestimmungen – im Zentrum der Reform.

Das Neue Rechnungsmodell Bund (NRM) weist die folgenden Grundzüge auf:

##### Rechnungsaufbau

Zentrales Element der neuen Rechnungsdarstellung bildet die Übernahme des in der Privatwirtschaft gebräuchlichen Rech-

nungsaufbaus mit *Finanzierungs- und Mittelflussrechnung*, *Erfolgsrechnung*, *Bilanz*, *Eigenkapitalnachweis* sowie dem *Anhang der Jahresrechnung*. Auf Stufe Verwaltungseinheiten muss im Hinblick auf die Kreditsprechung – eine Besonderheit des öffentlichen Finanz- und Rechnungswesens – zusätzlich ein Ausweis der Investitionen geführt werden. Für die finanzpolitische Gesamtsteuerung bildet die Finanzierungsrechnung gemäss Vorgaben der Schuldenbremse weiterhin das zentrale Steuerungsinstrument. Die Verwaltungs- und Betriebsführung orientiert sich dagegen – analog zu den Unternehmungen – an der Erfolgssicht.

Die *Finanzierungs- und Mittelflussrechnung* (FMFR) dient der Ermittlung des gesamten Finanzierungsbedarfs. Da der Mittelzufluss aus der Fremdfinanzierung und aus den Finanzanlagen nur im Rahmen des Rechnungsabschlusses ermittelt werden kann, wird im Voranschlag lediglich das Finanzierungsergebnis anhand der Einnahmen und Ausgaben aus ordentlichen und ausserordentlichen Finanzvorfällen dargestellt (Finanzierungsrechnung, FR). In der Rechnung wird hingegen auch die Mittelflussrechnung und die Veränderung des Fonds «Bund» ausgewiesen, jedoch ohne Vergleichszahlen gegenüber dem Voranschlag. Die FMFR wird nach der direkten Methode erstellt: Alle Mittelflüsse werden unmittelbar aus den einzelnen Positionen der Erfolgsrechnung, der Investitionsrechnung und der Bilanz abgeleitet. Somit sind von den einzelnen Erfolgsrechnungspositionen nur die finanzierungswirksamen Anteile (Ausgaben bzw. Einnahmen), nicht aber rein buchmässige Vorgänge (z.B. Abschreibungen oder Einlagen in Rückstellungen) berücksichtigt. Die Offenlegung der Ausgaben und die Ermittlung der Finanzkennzahlen erfolgen auf Grundlage der Finanzierungssicht.

Die *Erfolgsrechnung* (ER) zeigt den periodisierten Wertverzehr und Wertzuwachs sowie das Jahresergebnis. Der Abschluss der Erfolgsrechnung erfolgt stufenweise: In der ersten Stufe wird das operative Ergebnis exklusive Finanzertrag und -aufwand ausgewiesen. Die zweite Stufe zeigt das ordentliche Ergebnis aus den ordentlichen Erträgen und Aufwänden (inkl. Finanzertrag und -aufwand). In der dritten Stufe werden im Jahresergebnis zusätzlich zu den ordentlichen auch die ausserordentlichen Geschäftsfälle gemäss Definition der Schuldenbremse erfasst.

Die *Bilanz* zeigt die Vermögens- und Kapitalstruktur des Bundes. Die Differenz zwischen Vermögen und Fremdkapital entspricht dem aus den Vorjahren akkumulierten Bilanzfehlbetrag. Die Grobgliederung der Bilanz erfährt mit NRM kaum Änderungen. Insbesondere wird die Unterteilung der Aktiven in Finanz- und Verwaltungsvermögen beibehalten. Durch die Bewertung der Bilanzpositionen nach dem in der Privatwirtschaft üblichen Grundsatz der «true and fair view» ergeben sich im Vergleich zur alten Bilanz teilweise namhafte Bewertungsänderungen.

Im *Eigenkapitalnachweis* wird die Veränderung des Eigenkapitals detailliert pro Eigenkapitalposition nachgewiesen.

Im *Anhang der Jahresrechnung* beziehungsweise des Voranschlags sind in Ergänzung zu den vorgängig beschriebenen Rechnungselementen wesentliche Einzelheiten festgehalten und kommentiert. Unter anderem enthält der Anhang folgende Angaben:



Nennung des auf die Rechnungslegung anzuwendenden Regelwerks und eine Begründung der Abweichungen; Zusammenfassung der Rechnungslegungsgrundsätze und der wesentlichen Grundsätze für die Bilanzierung und Bewertung (im Rahmen der Jahresrechnung); Erläuterungen und Zusatzinformationen zur Finanzierungs- und Mittelflussrechnung, Erfolgsrechnung und Bilanz.

#### *Accrual Accounting and Budgeting*

Die Budgetierung, die Buchführung und auch die Rechnungslegung erfolgt in der gesamten Bundesverwaltung und auf allen Stufen nach kaufmännischen Grundsätzen, das heisst nach der Erfolgssicht. Dies bedeutet, dass die relevanten Finanzvorfälle im Zeitpunkt des Entstehens der entsprechenden Verpflichtungen und Forderungen erfasst werden (Sollverbuchung) und nicht erst wenn diese zur Zahlung fällig beziehungsweise als Zahlungen eingegangen sind.

#### *Rechnungslegung*

Rechnungslegung und Haushaltsführung richten sich nach den International Public Sector Accounting Standards (IPSAS). Der einzige allgemein anerkannte Standard im öffentlichen Sektor ist noch nicht abschliessend definiert und wird in den nächsten Jahren noch Ergänzungen, Anpassungen und Korrekturen erfahren.

Der Nutzen einheitlicher Regeln ist für die Transparenz und Kontinuität von Rechnungslegung und finanzieller Berichterstattung unbestritten. Durch die Kompatibilität von IPSAS mit dem in der Privatwirtschaft angewendeten Standard «International Financial Reporting Standards» (IFRS) wird die Rechnungslegung des Bundes auch miliztauglicher. Abweichungen zu den IPSAS, die teils unvermeidlich sind, werden im Anhang der Jahresrechnung beziehungsweise des Voranschlages offen gelegt und begründet.

#### *Finanzberichterstattung*

Das neue Rechnungsmodell bringt wesentliche Verbesserungen in der Finanzberichterstattung, die den Gepflogenheiten in der Privatwirtschaft angepasst ist. Der modulare Aufbau ermöglicht es den verschiedenen Anspruchsgruppen, sich rasch einen Überblick über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Bundes zu verschaffen und bei Bedarf auch auf detailliertere Informationen zugreifen zu können.

#### *Förderung der managementorientierten Verwaltungsführung und der Kostentransparenz*

Das NRM zielt mit einer Reihe von Massnahmen darauf ab, die Wirtschaftlichkeit des Mitteleinsatzes und den Handlungsspielraum der Verwaltungseinheiten zu erhöhen. Dies wird erreicht mit gezielten Lockerungen der Kreditspezifikation im Verwaltungsbereich und der konsequenten Dezentralisierung der Kreditverantwortung an die Verbrauchsstellen sowie der Einführung der verwaltungs-internen Leistungsverrechnung.

Der Leistungsbezug bei anderen Verwaltungseinheiten wird künftig für ausgewählte Leistungen (Kriterien: betragsmässig von Bedeutung, direkt zurechenbar und vom Leistungsbezüger beeinflussbar, kommerzieller Charakter) kreditwirksam abgewickelt. Basis für die Bemessung der Verrechnungspreise bildet eine auf die spezifischen Bedürfnisse der Verwaltungseinheiten zugeschnittene Kosten- und Leistungsrechnung (KLR). Die Departemente bestimmen im Einvernehmen mit der Eidg. Finanzverwaltung, welche KLR die Verwaltungseinheiten führen. Jede Verwaltungseinheit muss künftig in der Lage sein, die anfallenden Kosten für bestimmte Aufgaben und Projekte zu ermitteln. Dies bildet eine wichtige Voraussetzung für die Erhöhung des Kostenbewusstseins innerhalb der Verwaltung.

#### **Erfasste Einheiten / Gegenstand der Jahresrechnung**

Der Geltungsbereich des Finanzhaushaltsgesetzes lehnt sich eng an das Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG; SR 172.010) und die Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (RVOV; SR 172.010.1). Im Einzelnen umfassen der Voranschlag Bund und die Bundesrechnung die folgenden Einheiten (Art. 2 FHG):

- a. die Bundesversammlung einschliesslich ihrer Parlamentsdienste;
- b. die eidgenössischen Gerichte sowie die Schieds- und Rekurskommissionen;
- c. den Bundesrat;
- d. die Departemente und die Bundeskanzlei;
- e. die Generalsekretariate, Gruppen und Ämter;
- f. die Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung, die keine eigene Rechnung führen.

Nicht Teil des Voranschlags Bund und der Bundesrechnung bilden die Rechnungen von Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung und von Fonds des Bundes. Diese bilden Teil der Staatsrechnung, wenn sie von der Bundesversammlung zu genehmigen sind (Sonderrechnungen). Mit der Staatsrechnung 2007 werden folgende Sonderrechnungen vorgelegt: der Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Bereich), die Eidgenössische Alkoholverwaltung (EAV) und der Fonds für Eisenbahngrossprojekte (FEG). Für das Jahr 2008 wird der Infrastrukturfonds dazukommen.

#### **Kontenrahmen des Bundes**

Aufwände und Erträge sowie Investitionsausgaben und Investitionseinnahmen werden nach Verwaltungseinheiten, nach der Artengliederung des Kontenrahmens und, soweit zweckmässig, nach Massnahmen und Verwendungszweck unterteilt. Abweichungen zur Gliederung des Kontenrahmens ergeben sich in jenen Fällen, in denen die Kreditbildung nach dem Schwerpunktprinzip erfolgt (d.h. Aufwände verschiedener Aufwandgruppen oder Investitionen werden in einem Kredit zusammengefasst) und bei Kreditsprechung nach Einzelmassnahmen. Der Kontenrahmen des Bundes präsentiert sich wie folgt:

Bilanz		Erfolgsrechnung		Investitionsrechnung	
1 Aktiven	2 Passiven	3 Aufwand	4 Ertrag	5 Investitionsausgaben	6 Investitionseinnahmen
10 Finanzvermögen	20 Fremdkapital	30 Personalaufwand	40 Fiskalertrag	50 Sachanlagen und Vorräte	60 Veräußerung von Sachanlagen
100 Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	200 Laufende Verbindlichkeiten	31 Sach- und Betriebsaufwand	41 Regalien und Konzessionen	52 Immaterielle Anlagen	62 Veräußerung von immateriellen Anlagen
101 Forderungen	201 Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	32 Rüstungsaufwand	42 Entgelte	54 Darlehen	64 Rückzahlung von Darlehen
102 Kurzfristige Finanzanlagen	204 Passive Rechnungsabgrenzung	33 Abschreibungen	43 Verschiedener Ertrag	55 Beteiligungen	65 Veräußerung von Beteiligungen
104 Aktive Rechnungsabgrenzung	205 Kurzfristige Rückstellungen	34 Finanzaufwand	44 Finanzertrag	56 Investitionsbeiträge	66 Rückzahlungen von Investitionsbeiträgen
107 Langfristige Finanzanlagen	206 Langfristige Finanzverbindlichkeiten	35 Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	45 Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	58 Ausserordentliche Investitionsausgaben	68 Ausserordentliche Investitionseinnahmen
109 Forderungen gegenüber zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	207 Verpflichtungen gegenüber Sonderrechnungen	36 Transferaufwand	48 Ausserordentlicher Ertrag	59 Übertrag an Bilanz	69 Übertrag an Bilanz
14 Verwaltungsvermögen		38 Ausserordentlicher Aufwand			
140 Sachanlagen	208 Langfristige Rückstellungen				
141 Vorräte	209 Verbindlichkeiten gegenüber zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital				
142 Immaterielle Anlagen	29 Eigenkapital				
144 Darlehen	290 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital				
145 Beteiligungen	291 Spezialfonds				
146 Investitionsbeiträge	292 Reserven aus Globalbudget				
	295 Restatementreserven				
	296 Neubewertungsreserven				
	298 Übriges Eigenkapital				
	299 Bilanzüberschuss/-fehlbetrag				



**Kontierungsgrundsätze**

Nachfolgend sind die Kontierungsgrundsätze zu den einzelnen Positionen der Bilanz, der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung in der Struktur des Kontenrahmens dargestellt.

*Bilanz: Aktiven*

10 Finanzvermögen

100 Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen

Die Flüssigen Mittel umfassen nebst Barmitteln auch Post- und Bankkonten. Die kurzfristigen Geldanlagen beinhalten Festgeldanlagen mit einer Gesamtlauzeit von unter 90 Tagen.

101 Forderungen

Unter Forderungen werden Steuer- und Zollforderungen, Kontokorrente mit Sollsaldo sowie die übrigen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erfasst. Die Wertberichtigung der Forderungen wird als Minusaktivkonto (Delkredere) ebenfalls unter dieser Position erfasst.

102 Kurzfristige Finanzanlagen

Unter kurzfristigen Finanzanlagen werden fest- und variabel verzinsliche Wertpapiere, Diskontpapiere, übrige Wertpapiere sowie Festgelder und Darlehen mit einer Laufzeit von 90 Tagen bis zu einem Jahr aufgeführt.

104 Aktive Rechnungsabgrenzung

Die aktive Rechnungsabgrenzung umfasst Abgrenzungen von Zinsen und Disagio sowie die übrige aktive Rechnungsabgrenzung.

107 Langfristige Finanzanlagen

Die langfristigen Finanzanlagen enthalten fest- und variabel verzinsliche Wertpapiere sowie Diskont- und übrige Wertpapiere. Des Weiteren werden Festgelder und Darlehen und übrige finanzielle Anlagen unter den langfristigen Finanzanlagen geführt.

109 Forderungen gegenüber zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital

Darunter fallen Ausgabenüberschüsse von zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital.

14 Verwaltungsvermögen

140 Sachanlagen

Unter Sachanlagen werden Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge, Einrichtungen und Informatik aufgeführt. Des Weiteren umfassen die Sachanlagen Anlagen im Bau, Liegenschaften sowie Anzahlungen für Sachanlagen sowie aktivierbare Ausgaben für die Nationalstrassen im Eigentum des Bundes (ab 2008).

141 Vorräte

Darunter fallen Vorräte aus Kauf bzw. aus Eigenanfertigung (Halb- und Fertigfabrikate sowie angefangene Arbeiten).

142 Immaterielle Anlagen

Die immateriellen Anlagen umfassen Lizenzen, Patente, Rechte und Software.

144 Darlehen

Darunter werden Darlehen geführt, welche der Bund im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung Dritten gewährt.

145 Beteiligungen

Darunter fallen die Beteiligungen des Bundes an Drittunternehmen, welche er im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung eingegangen ist.

146 Investitionsbeiträge

Technische Kontengruppe zur Abwicklung der Investitionsbeiträge über die Investitionsrechnung.

*Bilanz: Passiven*

20 Fremdkapital

200 Laufende Verbindlichkeiten

Unter die laufenden Verbindlichkeiten fallen Kontokorrente mit Habensaldo und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

201 Kurzfristige Verbindlichkeiten

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten umfassen Verbindlichkeiten bis zu einem Jahr in den Bereichen Banken, Geldmarkt, bundeseigene Sozialversicherungen, und Weitere.

204 Passive Rechnungsabgrenzung

Die passive Rechnungsabgrenzung umfasst Abgrenzungen von Zinsen und Agio sowie die übrige passive Rechnungsabgrenzung.

205 Kurzfristige Rückstellungen

In den kurzfristigen Rückstellungen werden innerhalb eines Jahres erwartete Kosten für organisatorische Restrukturierungen, Leistungen an Arbeitnehmer und die übrigen kurzfristigen Rückstellungen, wie z.B. Rückstellungen für Rechtsfälle und Garantieleistungen aufgeführt.

206 Langfristige Finanzverbindlichkeiten

Die langfristigen Finanzverbindlichkeiten umfassen Schulden (Laufzeit grösser als 1 Jahr), welche aus Schatzanweisungen und Anleihen entstehen oder gegenüber bundeseigenen Sozialversicherungen bzw. Unternehmen bestehen. Hinzu kommen die übrigen mittel- und langfristigen Schulden.

207 Verpflichtungen gegenüber Sonderrechnungen

Darunter fallen Verpflichtungen z.B. gegenüber dem Fonds für Eisenbahngrossprojekte, den Eidgenössischen Technischen Hochschulen und neu ab 2008 dem Infrastrukturfonds.

208 Langfristige Rückstellungen

In den langfristigen Rückstellungen werden erwartete Kosten für Restrukturierungen und für Leistungen an Arbeitnehmer erfasst. Sie umfassen zudem die übrigen langfristigen Rückstellungen, z.B. für Rechtsfälle und Garantieleistungen.

209 Verbindlichkeiten gegenüber zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital  
Darunter fallen Einnahmenüberschüsse von zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital.

29 Eigenkapital  
290 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital  
Darunter fallen die Saldi (Ausgaben- bzw. Einnahmenüberschüsse) der zweckgebundenen Fonds im Eigenkapital.

291 Spezialfonds  
Hier werden die Saldi der einzelnen Spezialfonds aufgeführt.

292 Reserven aus Globalbudget  
Die Position Reserven aus Globalbudget umfasst die Reserven der FLAG-Verwaltungseinheiten. Sie unterteilen sich in allgemeine und zweckgebundene Reserven.

295 Restatementreserven  
Unter den Restatementreserven werden die auf Grund der Neubewertung der Eröffnungsbilanz entstandenen Wertdifferenzen ausgewiesen. Sie wird im Folgejahr mit dem Bilanzfehlbetrag verrechnet.

296 Neubewertungsreserven  
Die Neubewertungsreserven umfassen positive Wertdifferenzen, die auf Grund periodischer Wertüberprüfungen von Vermögensgegenständen entstehen, welche zu Marktwerten bewertet sind.

298 Übriges Eigenkapital  
Unter dem übrigen Eigenkapital werden Differenzen aus der kreditwirksamen Leistungsverrechnung aufgeführt.

299 Bilanzüberschuss / -fehlbetrag  
Unter dem Bilanzüberschuss / -fehlbetrag werden die aufgelaufenen Gewinne und Verluste ausgewiesen.

#### *Erfolgsrechnung: Aufwand*

30 Personalaufwand  
Der Personalaufwand umfasst die Entschädigungen für Parlamentarier und Behörden, die Personalbezüge des Bundesrats, der Angestellten des Bundesverwaltung und des Lokalpersonals des EDA. Ebenfalls unter dem Personalaufwand werden die Arbeitgeberbeiträge an die Sozialversicherungen, die Arbeitgeberleistungen an vorzeitige Pensionierungen, die Aus- und Weiterbildung, Personalvergünstigungen sowie die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Personalbeschaffung erfasst.

31 Sach- und Betriebsaufwand  
Der Sach- und Betriebsaufwand enthält den Waren- und Materialaufwand, den Mietaufwand, den Betriebsaufwand für Liegenschaften, den Informatikaufwand, den Beratungsaufwand und den Betriebsaufwand. Ebenso gehört der Betriebsaufwand der Armee zum Sach- und Betriebsaufwand.

32 Rüstungsaufwand  
Der Rüstungsaufwand umfasst die Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung von Rüstungsmaterial, der jähr-

liche Neuausrüstungs- und Ersatzbedarf von Armeematerial zur Aufrechterhaltung der materiellen Einsatzbereitschaft und zur Erhaltung der Kampfkraft der Armee und die zeit- und bedarfsgerechte Neubeschaffung von Rüstungsmaterial für die Armee.

33 Abschreibungen  
Unter den Abschreibungen wird der jährliche Wertverzehr der Sach- und immateriellen Anlagen erfasst.

34 Finanzaufwand  
Der Finanzaufwand umfasst die Zinsen, die Abnahme von Equitywerten, die Kursverluste auf Wertschriften und Fremdwährungsbeständen, die übrigen Buchverluste auf dem Finanz- und Verwaltungsvermögen, den Aufwand für Währungsabsicherungen, das Disagio auf Finanzinstrumenten sowie den Kapitalbeschaffungsaufwand.

35 Einlagen in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital  
Unter den Einlagen in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital wird ein jährlicher Ertragsüberschuss aus zweckgebundenen Erträgen abzüglich der entsprechenden Aufwendungen erfasst.

36 Transferaufwand  
Der Transferaufwand umfasst die Anteile Dritter an Bundeserträgen, die Entschädigungen an Gemeinwesen, die Beiträge an eigene Institutionen, an Dritte und an Sozialversicherungen sowie die Wertberichtigungen im Transferbereich. Dies sind namentlich die Wertberichtigungen auf Darlehen und Beteiligungen im Verwaltungsvermögen sowie die jährliche vollständige Abschreibung der ausbezahlten Investitionsbeiträge.

38 Ausserordentlicher Aufwand  
Unter dem ausserordentlichen Aufwand werden sämtliche Aufwendungen erfasst, die gemäss der Definition der Schuldenbremse als ausserordentliche Ausgaben gelten.

#### *Erfolgsrechnung: Ertrag*

40 Fiskalertrag  
Der Fiskalertrag umfasst sämtliche Erträge aus Steuern und Abgaben an den Bund, die Zölle, sowie die Erträge aus den Lenkungsabgaben.

41 Regalien und Konzessionen  
Unter den Regalien und Konzessionen werden der Bundesanteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung, die Ablieferungen der Schweizerischen Nationalbank sowie die Erträge aus Konzessionen – insbesondere Radio, Fernsehen und Funknetze, Anteil des Bundes an den Wasserzinsen der Kantone – sowie allfällige Erträge aus der Veränderung des Münzumschs erfasst.

42 Entgelte  
Unter den Entgelten werden die Wehrpflichtersatzabgabe, die Gebühren für Amtshandlungen, die Benützungsgebühren und Dienstleistungserträge sowie die Erträge aus Verkäufen erfasst.

43 Verschiedener Ertrag  
Der verschiedene Ertrag umfasst den Liegenschaftsertrag, die Buchgewinne aus Verkäufen von Sach- und immateriellen Anlagen sowie die Aktivierung von Eigenleistungen.

## 44 Finanzertrag

Der Finanzertrag umfasst den Zins- und Beteiligungsertrag sowie die Zunahme von Equitywerten, die Kursgewinne auf Wertpapieren und Fremdwährungsbeständen, die übrigen Buchgewinne auf dem Finanz- und Verwaltungsvermögen sowie das Agio auf Finanzinstrumenten.

45 Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital  
Unter den Entnahmen aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital wird ein jährlicher Aufwandüberschuss aus zweckgebundenen Aufwendungen abzüglich der entsprechenden Erträge erfasst.

## 48 Ausserordentlicher Ertrag

Unter dem ausserordentlichen Ertrag werden sämtliche Erträge erfasst, die gemäss der Definition der Schuldenbremse als ausserordentliche Einnahmen gelten.

*Investitionsrechnung: Investitionsausgaben*

Investitionsausgaben werden in der Investitionsrechnung erfasst und anschliessend ins Verwaltungsvermögen der Bilanz übertragen und aktiviert.

## 50 Sachanlagen und Vorräte

Unter den Sachanlagen und Vorräten werden die Ausgaben für die Beschaffung von Liegenschaften, Mobilien, Maschinen, Fahrzeugen, Einrichtungen, Informatik und Vorräten sowie aktivierbare Ausgaben für die Nationalstrassen im Eigentum des Bundes (ab 2008) erfasst, sofern das einzelne Gut einen mehrjährigen Nutzen aufweist und sein Wert über Franken 5 000 liegt (Liegenschaften: Fr. 100 000).

## 52 Immaterielle Anlagen

Unter den immateriellen Anlagen werden die Ausgaben für die Beschaffung von Software und übrigen immateriellen Anlagen erfasst, sofern das einzelne Gut einen mehrjährigen Nutzen aufweist und sein Wert über Franken 100 000 liegt.

## 54 Darlehen

Die Position Darlehen umfasst die Ausgaben für die Gewährung von Darlehen an eigene Institutionen, an Gemeinwesen und Dritte zur Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe.

## 55 Beteiligungen

Die Position Beteiligung umfasst die Ausgaben für den Erwerb von Beteiligungen die dem Bund zur Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe dienen.

## 56 Investitionsbeiträge

Unter den Investitionsbeiträgen werden die Ausgaben für die Gewährung von Beiträgen an eigene Institutionen, an Gemeinwesen und Dritte zur Errichtung von Sachanlagen mit mehrjährigem Nutzen erfasst. Die Investitionsbeiträge werden im Jahr ihrer Gewährung vollständig über den Transferaufwand wertberichtigt.

## 58 Ausserordentliche Investitionsausgaben

Unter den ausserordentlichen Investitionsausgaben werden sämtliche Ausgaben für Investitionen erfasst, die gemäss der Definition der Schuldenbremse als ausserordentlich gelten.

## 59 Übertrag an Bilanz

Sämtliche Investitionsausgaben der Kontengruppen 50 bis 58 werden über diese Kontengruppe in der Bilanz aktiviert.

*Investitionsrechnung: Investitionseinnahmen*

Investitionseinnahmen werden in der Investitionsrechnung erfasst und anschliessend ins Verwaltungsvermögen der Bilanz übertragen und mit dem Vermögensgut verrechnet. Buchgewinne oder -verluste werden über die Erfolgsrechnung verbucht.

## 60 Veräusserung von Sachanlagen

Die Position Veräusserung von Sachanlagen umfasst die Einnahmen aus Verkäufen von Sachanlagen wie Liegenschaften, Maschinen, Mobilien und Fahrzeuge.

## 62 Veräusserung von immateriellen Anlagen

Unter dieser Position werden die Einnahmen aus Verkäufen von Software und übrigen immateriellen Anlagen erfasst.

## 64 Rückzahlung von Darlehen

Die Position Rückzahlung von Darlehen umfasst Einnahmen aus der vollständigen oder teilweisen Rückzahlung von Darlehen im Verwaltungsvermögen. Kann ein Darlehen nicht vollständig zurückbezahlt werden, so wird der nicht wiedereinbringbare Teil der Erfolgsrechnung belastet, soweit dafür nicht bereits Wertberichtigungen bestehen.

## 65 Veräusserung von Beteiligungen

Unter der Position Veräusserung von Beteiligungen werden Einnahmen aus der Veräusserung von Beteiligungen ausgewiesen.

## 66 Rückzahlungen von Investitionsbeiträgen

Einnahmen aus der Rückzahlung von Investitionsbeiträgen infolge Zweckentfremdung werden unter dieser Position verbucht. Rückzahlungen von Investitionsbeiträgen führen immer zu einem entsprechenden Buchgewinn in der Erfolgsrechnung.

## 68 Ausserordentliche Investitionseinnahmen

Unter den ausserordentlichen Investitionseinnahmen werden sämtliche Einnahmen aus dem Verkauf von Verwaltungsvermögen erfasst, die gemäss der Definition der Schuldenbremse als ausserordentlich gelten.

## 69 Übertrag an Bilanz

Bei den Investitionseinnahmen der Kontengruppen 60 bis 68 werden über diese Kontengruppe die entsprechenden Werte aus dem Verwaltungsvermögen der Bilanz ausgebucht.

### Änderung der Kontierungsgrundsätze

Im Vergleich zum Bundesbeschluss über den Voranschlag 2007 wurden in der Rechnungsführung zwei Kontierungsänderungen vorgenommen. Sie betreffen die Kontengruppen «Beiträge an Sozialversicherungen» und «Finanzertrag». Um den Vergleich zwischen Voranschlag und Rechnung zu ermöglichen, wurden im vorliegenden Dokument auch die Zahlen für den Voranschlag 2007 umgeschlüsselt. Die ausgewiesenen Zahlen können deshalb leicht von denjenigen gemäss Bundesbeschluss zum Voranschlag 2007 abweichen. Die Änderung betrifft ausschliesslich die Zuteilung auf die Kontengruppen (Kontensicht), wobei das Total der Aufwände und Investitionsausgaben gleich bleibt.

#### 36 Transferaufwand

Die «Beiträge an Sozialversicherungen» werden neu in einer eigenen Kontengruppe ausgewiesen. Darunter fallen die Leistungen des Bundes an AHV / IV / ALV, die Ergänzungsleistungen an AHV / IV sowie die Individuellen Prämienverbilligungen, die Militärversicherung und die Familienzulagen Landwirtschaft. Bisher waren sie Bestandteil der Kontengruppen «Beiträge an eigene Institutionen» und «Übrige Beiträge an Dritte».

#### 44 Finanzertrag

Namhafte Beteiligungen werden nach dem anteiligen Eigenkapital bewertet (Equity-Methode). Die Zunahme der Equitywerte wird unter dem Finanzertrag (eine Abnahme unter dem Finanzaufwand) in einer eigenen Kontengruppe ausgewiesen. Dividenden aus namhaften Beteiligungen werden erfolgsneutral gebucht, da damit eine Abnahme des Equitywertes verbunden ist. Unter der Kontengruppe «Beteiligungsertrag» sind deshalb nur noch die Ausschüttungen der übrigen Beteiligungen sichtbar (siehe Ziffern 252/15 und 252/28).

### Abschreibungsmethoden

Die Angaben zu den Abschreibungsmethoden können dem Abschnitt «Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze» entnommen werden (siehe Ziffer 251/2).

### Kreditarten, Zahlungsrahmen und Instrumente der Haushaltsteuerung

Zur Steuerung und Kontrolle der Aufwände und Investitionsausgaben, welche bei der Erfüllung der Bundesaufgaben anfallen, stehen der Bundesversammlung verschiedene Instrumente zur Verfügung. Dabei ist zu unterscheiden zwischen den Voranschlags- und den Nachtragskrediten, welche eine Rechnungsperiode betreffen, und den Verpflichtungskrediten sowie Zahlungsrahmen, mit denen die mehrjährige Steuerungsfunktion wahrgenommen wird. Erläuterungen zu den Instrumenten der Haushaltsteuerung finden sich in Band 2B, Ziffer 11.

## 2 Grundsätze der Budgetierung und Rechnungslegung

### Grundsätze der Budgetierung

Für den *Voranschlag und die Nachträge* gelten folgende Grundsätze:

- Bruttodarstellung:** Aufwände und Erträge sowie Investitionsausgaben und Investitionseinnahmen sind getrennt voneinander ohne gegenseitige Verrechnung in voller Höhe auszuweisen. Die Finanzverwaltung kann im Einvernehmen mit der Finanzkontrolle in Einzelfällen Ausnahmen anordnen.
- Vollständigkeit:** Im Voranschlag sind alle mutmasslichen Aufwände und Erträge sowie Investitionsausgaben und Investitionseinnahmen aufzuführen. Diese dürfen nicht direkt über Rückstellungen und Spezialfinanzierungen abgerechnet werden.
- Jährlichkeit:** Das Voranschlagsjahr entspricht dem Kalenderjahr. Nicht beanspruchte Kredite verfallen am Ende des Voranschlagsjahres.
- Spezifikation:** Aufwände und Erträge sowie Investitionsausgaben und Investitionseinnahmen sind nach Verwaltungseinheiten, nach der Artengliederung des Kontenrahmens und, soweit zweckmässig, nach Massnahmen und Verwendungszweck zu unterteilen. Über die Gliederung der Kredite im Botschaftsentwurf entscheidet die Finanzverwaltung nach Rücksprache mit dem zuständigen Departement. Ein Kredit darf nur für den Zweck verwendet werden, der bei der Bewilligung festgelegt wurde.

Sind mehrere Verwaltungseinheiten an der Finanzierung eines Vorhabens beteiligt, so ist eine federführende Verwaltungseinheit zu bezeichnen, die das Gesamtbudget offen zu legen hat.

### Grundsätze der Rechnungslegung

Die Rechnungslegungsgrundsätze gelten sinngemäss für den Voranschlag und die Nachträge:

- Wesentlichkeit:** Es sind sämtliche Informationen offen zu legen, die für eine rasche und umfassende Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage notwendig sind.
- Verständlichkeit:** Die Informationen müssen klar und nachvollziehbar sein.
- Stetigkeit:** Die Grundsätze der Budgetierung, Buchführung und Rechnungslegung sollen soweit als möglich über einen längeren Zeitraum unverändert bleiben.
- Bruttodarstellung:** Der Budgetgrundsatz der Bruttodarstellung ist sinngemäss anzuwenden.

Die Rechnungslegung des Bundes richtet sich nach den IPSAS (International Public Sector Accounting Standards, Art. 53, Abs. 1 FHV). Der Bund übernimmt diese Standards nicht integral, sondern weicht in gut begründeten Fällen von diesen Vorgaben ab.

Die Abweichungen von den IPSAS werden im Folgenden ausgewiesen und begründet.

**Verhältnis zu IPSAS**

Für Bundesspezifika, für deren Berücksichtigung IPSAS keinen Spielraum bietet, können gezielte Ausnahmen definiert werden. Abweichungen sind zu begründen, ihre Auswirkungen auf die finanzielle Berichterstattung zu beschreiben.

Die Abweichungen von den IPSAS sind im Anhang 2 FHV, SR 611.01 (Stand 25.4.2006) offen gelegt. Die im Anhang 2 FHV nicht aufgelisteten Abweichungen werden anlässlich der nächsten Revision der FHV im 2008 nachgetragen.

*Abweichung:* Geleistete Anzahlungen für Waren, Rüstungsmaterialien und Dienstleistungen werden nicht als Bilanztransaktion, sondern als Aufwand verbucht.

*Begründung:* Aus kreditrechtlichen Gründen werden Anzahlungen über die Erfolgsrechnung verbucht. Dadurch entfällt eine Nachdeckung der diesbezüglichen Ausgaben durch Kredite.

*Auswirkung:* Es erfolgt keine periodengerechte Verbuchung der Geschäftsvorfälle. Der Aufwand wird bereits bei der Vorauszahlung in der Erfolgsrechnung ausgewiesen und nicht erst bei der Leistungserbringung. Damit wird die Budgethoheit des Parlaments gewahrt.

*Abweichung:* Die Erträge aus der direkten Bundessteuer werden zum Zeitpunkt der Ablieferung der Bundesanteile durch die Kantone verbucht (Cash Accounting).

*Begründung:* Zum Zeitpunkt des Abschlusses der Jahresrechnung stehen die notwendigen Informationen für eine Verbuchung nach Accrual Accounting nicht zur Verfügung.

*Auswirkung:* Keine periodengerechte Verbuchung möglich.

*Abweichung:* In Abweichung zu IAS 19 erfolgt eine Offenlegung der buchungspflichtigen Auswirkungen der Vorsorgeverpflichtungen im Anhang der Jahresrechnung als Eventualverbindlichkeit.

*Begründung:* Wegen offener Fragen im Zusammenhang mit der Ausfinanzierung von verschiedenen Pensionskassen von Anstalten und Unternehmungen des Bundes wird auf eine Bilanzierung der Vorsorgeverpflichtungen verzichtet.

*Auswirkung:* Keine Erfassung der Veränderung von Vorsorgeverpflichtungen in der Erfolgsrechnung.

*Abweichung:* Die Verbuchung des der Schweiz zustehenden Entgeltes aus dem EU-Steuerrückbehalt erfolgt nach dem Kasaprinzip (Cash Accounting).

*Begründung:* Zum Zeitpunkt des Abschlusses der Jahresrechnung stehen die notwendigen Informationen für eine Verbuchung nach Accrual Accounting nicht zur Verfügung.

*Auswirkung:* Keine periodengerechte Verbuchung möglich.

*Abweichung:* Agio und Disagio von Bundesanleihen werden miteinander verrechnet und als Aufwand oder Aufwandminderung dargestellt.

*Begründung:* Auf Grund der schwierigen Budgetierbarkeit erfolgt die Erfassung in der Erfolgsrechnung netto.

*Auswirkung:* In der Erfolgsrechnung werden die Veränderungen von Agio und Disagio nicht brutto ausgewiesen. In der Bilanz werden Agio und Disagio hingegen brutto dargestellt.

*Abweichung:* Der Fonds zur Finanzierungs- und Mittelflussrechnung umfasst nebst Geld und geldnahen Mitteln auch Forderungen und laufende Verbindlichkeiten.

*Begründung:* Der Fonds ergibt sich aus den Erfordernissen der Schuldenbremse.

*Auswirkung:* Der Begriff «Ausgaben» umfasst nebst Zahlungen auch kreditorische Belastungen, also rein buchmässige Vorgänge. Analoges gilt für «Einnahmen», welche auch debitorische Gutschriften umfassen.

*Abweichung:* Die Finanzierungs- und Mittelflussrechnung enthält keine separaten Stufen zur Betriebs- und zur Investitionstätigkeit.

*Begründung:* Zum Ausweis der für die Schuldenbremse notwendigen Saldi müssen die beiden Stufen zusammengelegt sein.

*Auswirkung:* Kein Ausweis des «Cash-Flows» resp. artverwandter Kennzahlen.

*Abweichung:* Die Ausserordentlichkeit von Finanztransaktionen wird durch Verfassung und Gesetz geregelt.

*Begründung:* Die Ausserordentlichkeit ergibt sich aus den Bestimmungen zur Schuldenbremse, die in der Bundesverfassung (Art. 126 Abs. 3) und dem Finanzhaushaltgesetz (Art. 13 Abs. 2 und Art. 15) festgelegt sind. Ausserordentlicher Zahlungsbedarf kann demgemäss bei aussergewöhnlichen und vom Bund nicht steuerbaren Entwicklungen, im Falle von Anpassungen am Rechnungsmodell sowie bei verbuchungsbedingten Zahlungsspitzen beantragt werden. Zusätzlich muss der ausserordentliche Zahlungsbedarf mindestens 0,5 Prozent der höchstzulässigen Ausgaben betragen.

*Auswirkung:* Bei den meisten ausserordentlichen Positionen gemäss Schuldenbremse handelt es sich nach IPSAS um ordentliche Aufwände und Erträge. Nach IPSAS liegen nur dann ausserordentliche Geschäftsvorfälle vor, wenn sie sich klar von der gewöhnlichen Tätigkeit (ordentlichen Aktivität) unterscheiden, nicht häufig oder regelmässig wiederkehrend sind und sich ausserhalb des Kontroll- bzw. Einflussbereiches der buchführenden Einheit befinden. Die drei Kriterien müssen im Gegensatz zu denjenigen der Schuldenbremse kumulativ erfüllt sein.



**Abweichung:** Keine Aktivierung von Rüstungsmaterial, welches die definierten Aktivierungskriterien erfüllen würde.

**Begründung:** Im Gegensatz zu den militärischen Bauten wird das Rüstungsmaterial nicht aktiviert. Die Lösung orientiert sich dabei am Regelwerk des IWF (GFSM2001).

**Auswirkung:** Der Aufwand für das Rüstungsmaterial fällt im Zeitpunkt der Beschaffung an und wird nicht über die Nutzungsdauer periodisiert.

**Abweichung:** Die Segmentberichterstattung nach Aufgabengebieten erfolgt nicht nach der Erfolgssicht sondern nach der Finanzierungssicht.

**Begründung:** Die Gesamtsteuerung des Bundeshaushaltes erfolgt in Anlehnung an die Schuldenbremse primär auf der Finanzierungssicht. Nicht finanzierungswirksame Aufwände wie z.B. Abschreibungen finden daher in der Berichterstattung nach Aufgabengebieten keine Berücksichtigung. Dafür werden zusammen mit den laufenden Ausgaben auch die Investitionsausgaben ausgewiesen.

**Auswirkung:** Der gesamte Wertverzehr der Aufgabengebiete wird nicht ausgewiesen, da nicht finanzierungswirksame Aufwände nicht enthalten sind. Bei einem verstetigten Investitionsvolumen halten sich die Differenzen zwischen der Erfolgs- und der Finanzierungssicht in engen Grenzen.

**Abweichung:** In der Segmentberichterstattung wird auf einen Ausweis der Bilanzwerte nach Aufgabengebieten verzichtet.

**Begründung:** Bestandteil der Segmentberichterstattung sind sowohl die Bilanz als auch die Erfolgsrechnung. Eine Aufteilung der Bilanz auf die Segmente der Aufgabengebiete ist im Transferhaushalt nicht sinnvoll.

**Auswirkung:** Kein Ausweis der anteiligen Aktiven und Verbindlichkeiten pro Aufgabengebiet.

#### Ergänzende Standards

Soweit die IPSAS keine Regelungen enthalten, werden die folgenden ergänzenden Standards eingesetzt (Anhang 2 FHV, SR 611.01):

**Gegenstand:** Bewertung der Finanzinstrumente im Allgemeinen.

**Standard:** Richtlinien der Eidgenössischen Bankenkommission zu den Rechnungslegungsvorschriften der Art. 23 bis 27 BankV vom 14.12.1994 (RRV-EBK), Stand: 25.3.2004

**Gegenstand:** Strategische Positionen im Bereich der derivativen Finanzinstrumente

**Standard:** Ziffer 23 b RRV-EBK, Stand: 31.12.1996

**Gegenstand:** Bewertung der immateriellen Anlagen

**Standard:** International Accounting Standards (IAS) 38, Immaterielle Vermögenswerte, Stand: 31.3.2004

**Abweichungen von finanzhaushaltrechtlichen Grundsätzen**  
Folgende Bestimmungen des Finanzhaushaltgesetzes (FHG) bzw. der Finanzhaushaltverordnung (FHV) lassen in begründeten Einzelfällen Abweichungen von finanzhaushaltrechtlichen Grundsätzen zu:

- Grundsätzlich wird ein Vorhaben nur durch eine Verwaltungseinheit finanziert. Der Bundesrat kann jedoch *nach Artikel 57 Absatz 4 FHG* Ausnahmen bestimmen.
- Gemäss *Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe a FHV* kann die Finanzverwaltung im Einvernehmen mit der Finanzkontrolle in Einzelfällen Ausnahmen vom Prinzip der Bruttodarstellung anordnen.
- *Artikel 30 FHV* ermächtigt die Finanzverwaltung, in begründeten Fällen die Verrechnung von Rückvergütungen für Aufwand und Investitionsausgaben früherer Jahre innerhalb der betroffenen Kreditposition zuzulassen.

Auf Grund der oben stehenden Bestimmungen wurden in einzelnen Fällen Ausnahmen von den finanzhaushaltrechtlichen Grundsätzen zugelassen.

#### Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Von den Rechnungslegungsgrundsätzen abgeleitet sind die nachfolgend erläuterten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze.

#### Fremdwährungen

Die Jahresrechnung des Bundes wird in Schweizer Franken (CHF) dargestellt.

Bestände in Fremdwährungen werden zum Abschlusskurs der jeweiligen Transaktion umgerechnet. Auf Fremdwährungen lautende monetäre Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden zum Schlusskurs am Bilanzstichtag umgerechnet und die Umrechnungsdifferenzen über die Erfolgsrechnung gebucht.

#### Erfassung von Erträgen

Die Erträge werden im Zeitpunkt der Lieferung oder Leistungserbringung durch den Bund verbucht.

Wenn die Leistung über den Abschlusszeitpunkt hinaus erbracht wird, wird eine Rechnungsabgrenzung vorgenommen. Ist ein Zeitpunkt massgebend (z.B. Verfügung, Bewilligung), wird der Ertrag verbucht, wenn die Leistung des Bundes erbracht ist bzw. wenn die Verfügung rechtskräftig wird.

#### Erfassung von Fiskalerträgen

Die direkte Bundessteuer wird auf Grund der im Rechnungsjahr abgelieferten Steuerbeträge nach dem Kassaprinzip verbucht. Sie wird brutto verbucht in dem Sinne, dass der Rohertrag vor Kan-

tionsanteilen ein- und die Kantonsanteile separat als Aufwand ausgebucht werden. Für die in den Jahren nach einer hypothetischen Abschaffung der direkten Bundessteuer noch zu erwartenden Eingänge wird eine Eventualforderung ausgewiesen.

Der Mehrwertsteuerertrag wird auf Grund der im Rechnungsjahr gebuchten Forderungen aus Abrechnungen (inkl. Ergänzungsabrechnungen, Gutschriftenanzeigen etc.) ermittelt.

Die Stempelabgaben werden an Hand der im Rechnungsjahr eingegangenen Deklarationen verbucht.

Die Verrechnungssteuer wird an Hand der Erhebungsdeklarationen, der ausgestellten Rechnungen und Rückerstattungsanträgen ermittelt. Bis zum 10. Januar eingehende Erhebungsdeklarationen ab 100 Millionen, für welche noch keine Rückerstattungsanträge vorliegen – die aber auf Grund von Einzelanalysen mit Sicherheit zu erwarten sind – werden zeitlich abgegrenzt. In gleicher Weise wird mit bereits geltend gemachten Rückerstattungsanträgen ab 100 Millionen verfahren, für die noch keine Erhebungsdeklarationen erstellt wurden. Für die im Falle einer Aufhebung der Verrechnungssteuer noch anfallenden Rückerstattungen wird zudem eine Rückstellung ausgewiesen.

Die Erträge aus Mineralölsteuern, Tabaksteuer, Automobilsteuer, Einfuhrzölle, LSVA (ausländische Fahrzeuge) und PSVA (pauuschale Schwerverkehrsabgabe) werden auf den wirtschaftlich zu versteuernden Vorgängen periodengerecht verbucht.

Die Erträge aus der Biersteuer werden aufgrund der eingehenden Deklarationen um ein Quartal verspätet verbucht.

Die Erträge aus Nationalstrassenabgabe und LSVA (inländische Fahrzeuge) werden bei Eingang der Abrechnungen verbucht.

Die Erträge aus den Lenkungsabgaben (VOC, Heizöl «Extraleicht», schwefelhaltiges Benzin und Dieselöl, Altlastenabgabe) und der Spielbankenabgabe werden durch Einlagen in die Fonds im Fremdkapital erfolgsmässig neutralisiert.

#### *Abgrenzungen Subventionsbereich*

Im Subventionsbereich werden Abgrenzungen vorgenommen, wenn ein rechtsgültiger Entscheid zur Ausrichtung eines Subventionsbeitrages vorliegt und der Subventionsempfänger die subventionsberechtigte Leistung oder Teile davon erbracht hat.

Somit sind zeitliche Abgrenzungen dann erforderlich, wenn die Zahlung in einer späteren Rechnungsperiode erfolgt als derjenigen, in welcher die beiden vorgenannten Voraussetzungen erfüllt sind («nachsüssig»).

Im Übergang von nachsüssigen zu periodengerechten Beitragssystemen werden – sobald der Wechsel bekannt ist – die zeitlichen Abgrenzungen als Rückstellungen ausgewiesen. Dies gilt auch für auslaufende Subventionen.

#### *Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen*

Diese umfassen Geld und geldnahe Mittel mit originären Laufzeiten von drei Monaten oder weniger (inkl. Festgelder und Finanzanlagen), die jederzeit in Bargeld umwandelbare Geldanlagen darstellen. Sie werden zum Nennwert bewertet.

#### *Forderungen*

Der ausgewiesene Wert entspricht den fakturierten Beträgen abzüglich Wertberichtigungen für zweifelhafte Forderungen, Rückvergütungen und Skonti. Diese Wertberichtigungen werden auf Grund der Differenz zwischen dem Nennwert der Forderungen und dem geschätzten einbringbaren Nettobetrag ermittelt.

#### *Finanzanlagen*

Finanzanlagen mit einer fixen Fälligkeit, bei denen der Bund die Möglichkeit und die Absicht hat, diese bis zur Endfälligkeit zu halten, werden als «bis Endverfall gehalten» klassifiziert und zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode bilanziert. Die Effektivzinsmethode verteilt die Differenz zwischen Anschaffungs- und Rückzahlungswert (Agio / Disagio) an Hand der Barwertmethode über die Laufzeit der entsprechenden Anlage, damit eine konstante Verzinsung bis zum Endverfall resultiert.

Finanzanlagen, die mit dem Ziel erworben werden, kurzfristige Gewinne durch die gezielte Ausnutzung von Marktpreisfluktuationen zu erzielen, werden als Finanzanlagen zum Marktwert bewertet, d.h. sie sind in der Kategorie «Handelsbestand» zugeordnet. Die Veränderung des Marktwertes wird in dieser Kategorie über die Erfolgsrechnung verbucht. Die Bundestresorerie hält aktuell keine Finanzanlagen im Handelsbestand.

Die übrigen Finanzanlagen, die auf unbestimmte Zeit gehalten werden und jederzeit aus Liquiditätsgründen oder als Reaktion auf Änderungen von Marktbedingungen verkauft werden können, werden als «zur Veräusserung verfügbar» klassifiziert. Diese Anlagen werden nach dem Niederstwertprinzip bewertet. Der bilanzierte Wert ist der tiefere Betrag vom Marktwert und Anschaffungswert. Änderungen des Marktwertes unter dem Anschaffungswert werden erfolgswirksam verbucht. Änderungen des Marktwertes über dem Anschaffungswert werden nicht berücksichtigt. Die Bundestresorerie hält aktuell keine zur Veräusserung verfügbaren Finanzanlagen.

#### *Derivative Finanzinstrumente*

Der Bund kann derivative Finanzinstrumente für drei verschiedene Zwecke einsetzen: Handel, Absicherung (Hedging) und strategische Positionen.

Derivative Finanzinstrumente sind grundsätzlich Handelsgeschäfte, es sei denn, sie werden zu Absicherungszwecken eingesetzt oder es handle sich um strategische Positionen. Alle Handelsgeschäftspositionen werden zum Marktwert bewertet und bilanziert. Änderungen des Marktwertes fliessen in die Erfolgsrechnung ein. Wenn keine liquiden Marktpreise bestehen, kommen Bewertungsmodelle zum Einsatz.

Absicherungsgeschäfte im Fremdwährungsbereich (Termingeschäfte und Optionen) werden nach Hedge-Accounting verbucht. In der Bilanz werden diese derivativen Finanzinstrumente zum Marktwert dargestellt. Qualifizieren sich Absicherungsgeschäfte nicht für ein Hedge Accounting, werden sie als Handelsgeschäft betrachtet. Überhedged (sog. overhedge) werden ebenfalls wie Handelsgeschäfte verbucht.

Derivative Finanzinstrumente können als strategische Position verbucht werden. In der Bilanz werden diese derivativen Finanzinstrumente ebenfalls zum Marktwert dargestellt. Die Zinszahlungen werden ebenfalls pro rata temporis in die einzelnen Rechnungsperioden verbucht. Für die strategischen derivativen Finanzinstrumente (z.Z. CHF Interest Rate Swaps) kommt das Niederstwertprinzip zur Erfassung der Marktwertveränderungen zur Anwendung. Marktwertveränderungen, welche aus Marktpreisschwankungen über dem Anschaffungswert verursacht werden, werden in der Bilanz ausgewiesen. Marktwertveränderungen, welche aus Marktpreisschwankungen unter dem Anschaffungswert verursacht werden, werden direkt in die Erfolgsrechnung verbucht (Vorsichtsprinzip). Bei frühzeitigem Glattstellen bzw. Verkauf sowie bei Verfall des derivativen Finanzinstrumentes fließen der eventuelle Veräusserungserfolg sowie die Marktwertveränderungen aus früheren Rechnungsperioden (der Saldo des Ausgleichskontos) direkt in die Erfolgsrechnung. Die nicht vollständig abgegrenzten Marktwertveränderungen der früheren Rechnungsperioden werden zusammengelegt und über die ursprüngliche Laufzeit des Derivats abgegrenzt.

*Vorräte*

Die Vorräte werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellkosten (inkl. Produktionsgemeinkosten) oder dem tieferen Nettoveräusserungswert bewertet. Die Anschaffungs- bzw. Herstellkosten werden nach der gleitenden Durchschnittsmethode ermittelt. Standardpreise werden verwendet, wenn diese den tatsächlichen Anschaffungs-/ Herstellkosten nahe kommen. Bei schwer verkäuflichen Vorräten oder Vorräten mit tieferem Nettoveräusserungswert werden Wertberichtigungen vorgenommen.

*Darlehen im Verwaltungsvermögen*

Darlehen werden im Verwaltungsvermögen bilanziert, wenn sie zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben gewährt wurden. Die Darlehen im Verwaltungsvermögen werden zu Nominalwerten bzw. tieferen Verkehrswerten bewertet.

Für Darlehen im Verwaltungsvermögen ohne Verkehrswert werden die Wertberichtigungen jährlich über Schätzverfahren nach Bonität, Werthaltigkeit der Sicherheiten und Rückzahlungskonditionen ermittelt.

Bedingt rückzahlbare Darlehen im Verwaltungsvermögen werden zum Zeitpunkt der Gewährung zu 100 Prozent wertberichtigt.

Darlehen im Verwaltungsvermögen, welche in Bezug auf die Verzinsung von den am Markt erzielbaren Konditionen abweichen, werden abdiskontiert und um diesen Betrag wertberich-

tigt, sofern sie eine Laufzeit von mehr als fünf Jahren und einen Nominalwert von über 100 Millionen haben.

*Investitionsbeiträge*

Die vom Bund gewährten Investitionsbeiträge an Dritte werden nicht bilanziert und bewertet.

Im Jahr ihrer Gewährung werden die Investitionsbeiträge als Investitionsausgabe ausgewiesen und vollständig über den Transferaufwand wertberichtigt.

*Beteiligungen*

Die namhaften Beteiligungen werden zu Equitywerten bewertet. Die ausgewiesenen Equitywerte basieren auf den Abschlüssen per 30. September. Als namhaft gilt eine Beteiligung, wenn ihr Equitywert mehr als 100 Millionen beträgt und der Bund zu 20 Prozent oder mehr beteiligt ist. Bei Anzeichen einer möglichen Überbewertung wird auf Basis der künftig aus der Nutzung und der letztendlichen Verwertung erwarteten Mittelflüsse der Marktwert abzüglich eventueller Veräusserungskosten ermittelt. Übersteigt der Buchwert den Nettoveräusserungserlös und Nutzungswert, wird eine Wertminderung in Höhe der Differenz als Aufwand verbucht.

Die übrigen Beteiligungen werden zu Anschaffungswerten bewertet. Bei den übrigen Beteiligungen werden wie bei den namhaften Beteiligungen Wertberichtigungen vorgenommen. Wo bei die Ermittlung der Wertberichtigung auf dem Substanz- und Ertragswert basieren kann.

*Sachanlagen*

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und auf Grund der geschätzten Nutzungsdauer über folgende Zeiträume linear zu Lasten der Erfolgsrechnung abgeschrieben:

Grundstücke	keine
Gebäude	10 – 50 Jahre (unterschiedliche Nutzungsdauern je nach Art des Gebäudes bzw. dessen Zweckbestimmung)
Betriebs- / Lagereinrichtungen, Maschinen	4 – 7 Jahre
Mobiliar, Fahrzeuge	4 – 12 Jahre
EDV-Anlagen	3 – 7 Jahre

Beispiele von Abschreibungsdauern:

*Mobilien*

- Kleine Server 3 Jahre
- Netzwerkinstallationen 7 Jahre
- Mobiliar 10 Jahre
- Personenwagen 4 Jahre



## Gebäude

- Verwaltungsgebäude 40 Jahre
- Zollgebäude 30 Jahre
- Spezifischer Mieterausbau 10 Jahre

Wird eine Liegenschaft vollständig durch Dritte genutzt, so wird sie als nicht selbstgenutzt klassifiziert. Die Bewertung von nicht selbst genutzten marktfähigen Gebäuden erfolgt zum Marktwert, jene von nicht selbst genutzten nicht marktfähigen Gebäuden zu einem Wert von null. Bei den nicht selbst genutzten nicht marktfähigen Gebäuden handelt es sich hauptsächlich um Gebäude im Dispositionsbestand der armasuisse Immobilien, welche auf Grund der Armee reform nicht mehr benötigt werden.

Aktiviert Mieterausbauten und Installationen in gemieteten Räumlichkeiten werden über die geschätzte Nutzungsdauer oder die kürzere Mietvertragsdauer abgeschrieben.

Gebäude, die sich aus Komponenten mit unterschiedlicher Nutzungsdauer zusammensetzen, werden nicht getrennt erfasst und abgeschrieben. Bei der Festlegung der Abschreibungsdauer wird dies berücksichtigt.

Zusätzliche Aufwendungen, welche den wirtschaftlichen Nutzen einer Sachanlage verlängern, werden aktiviert. Reine Reparatur- und Instandhaltungsaufwendungen werden als Aufwand erfasst.

Sämtliche Vermögenswerte werden jährlich bezüglich ihrer Werthaltigkeit überwacht. Liegen Indikatoren für Werteinbusen vor, werden Werthaltigkeitsrechnungen durchgeführt und gegebenenfalls Sonderabschreibungen zu Lasten der Erfolgsrechnung vorgenommen.

Die Neubewertung der Bundesliegenschaften ist in einem eigenen Abschnitt anschliessend an die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze erläutert.

## Immaterielle Anlagen

Erworbene und selbst hergestellte immaterielle Anlagen werden zu den Anschaffungs- / Herstellkosten bewertet und auf Grund der geschätzten Nutzungsdauer über folgende Zeiträume linear zu Lasten der Erfolgsrechnung abgeschrieben:

Software (Kauf, Lizenzen, Eigenentwicklungen)	3 Jahre oder rechtliche Nutzungsdauer
Lizenzen, Patente, Rechte	Vertragliche Nutzungsdauer

Die Werthaltigkeit von immateriellen Anlagen wird immer dann überprüft, wenn auf Grund veränderter Umstände oder Ereignisse eine Überbewertung der Buchwerte möglich scheint.

## Leasing

Aktiven, die aufgrund von Leasingverträgen erworben werden, wobei Nutzen und Schaden aus Eigentum auf den Leasingneh-

mer übergehen, werden entsprechend der Eigenschaft der geleasten Sache als Anlagevermögen ausgewiesen. Dabei erfolgt die erstmalige Bilanzierung von Anlagen im Finanzleasing zum Marktwert der geleasten Sache oder dem tieferen Netto-Barwert der zukünftigen, unkündbaren Leasingzahlungen zu Beginn des Leasingvertrags. Derselbe Betrag wird als Verbindlichkeit aus Finanzleasing erfasst. Die Abschreibung des Leasinggutes erfolgt über die wirtschaftliche Nutzungsdauer oder falls der Eigentumsübergang zum Ende der Leasingdauer nicht sicher ist, über die kürzere Vertragsdauer.

## Wertminderungen (ausserplanmässige Abschreibungen und Wertberichtigungen)

Die Werthaltigkeit von Sachanlagen und immateriellen Anlagen wird immer dann überprüft, wenn auf Grund veränderter Umstände oder Ereignisse eine Überbewertung der Buchwerte möglich scheint. Bei Anzeichen einer möglichen Überbewertung wird auf Basis der künftig aus der Nutzung und der letztendlichen Verwertung erwarteten Mittelflüsse der Marktwert abzüglich eventueller Veräusserungskosten ermittelt.

Übersteigt der Buchwert den Nettoveräusserungserlös und Nutzungswert, wird eine Wertminderung in Höhe der Differenz als Aufwand verbucht.

## Rückstellungen

Rückstellungen werden gebildet, wenn aus einem Ereignis in der Vergangenheit eine Verpflichtung entsteht, der Abfluss von Ressourcen zur Erfüllung der Verpflichtung wahrscheinlich ist und eine zuverlässige Schätzung der Höhe der Verpflichtung vorgenommen werden kann. Ist der Abfluss von Ressourcen nicht wahrscheinlich oder kann er nicht zuverlässig geschätzt werden, wird Sachverhalt als Eventualverbindlichkeit ausgewiesen.

In verschiedenen Bereichen (z.B. Umweltsanierungen, Altlasten) ist der Bund mit Forderungen konfrontiert, die sich aus der Tätigkeit früherer Jahre ergeben haben.

Restrukturierungsrückstellungen werden erst nach Vorlage eines detaillierten Planes, nach erfolgter Kommunikation und wenn deren Höhe mit ausreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann, gebildet.

Der Bund ist Selbstversicherer. Es werden nur die erwarteten Aufwendungen aus eingetretenen Schadenfällen zurückgestellt. Rückstellungen für potentielle zukünftige Schadenfälle werden keine gebildet.

## Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen werden zum Nominalwert bewertet.

## Finanzverbindlichkeiten

Die Finanzverbindlichkeiten bestehen aus Verpflichtungen aus Geldmarktpapieren, Verpflichtungen gegenüber Banken, Verpflichtungen gegenüber anderen Parteien, Anleihen und negativen Wiederbeschaffungswerten der Derivate.

Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zu ihrem Nominalwert, mit Ausnahme der negativen Wiederbeschaffungswerte der Derivate, welche zu Marktwerten bewertet werden.

#### *Verpflichtungen für Sonderrechnungen*

Die Verpflichtungen für Sonderrechnungen werden zu Nominalwerten bewertet.

Zurzeit werden als Sonderrechnungen des Bundes geführt: der ETH-Bereich, die Alkoholverwaltung und der Fonds für Eisenbahngrossprojekte.

Der Aufwand und Ertrag der Sonderrechnungen wird nicht in der Erfolgsrechnung verbucht.

#### *Zweckgebundene Fonds*

Die zweckgebundenen Fonds werden zu Nominalwerten bewertet. Sie werden nach ihrem Charakter und wirtschaftlichen Gehalt dem Fremd- oder Eigenkapital zugeordnet.

Im Eigenkapital werden zweckgebundene Fonds ausgewiesen, wenn das Gesetz für die Art oder den Zeitpunkt der Verwendung ausdrücklich einen Handlungsspielraum gewährt. Die übrigen zweckgebundenen Fonds werden im Fremdkapital ausgewiesen. Sie werden in Abhängigkeit zu ihrem Saldo entweder auf der Aktiv- (Forderungen) oder Passivseite (Verpflichtungen) ausgewiesen.

Der Aufwand und Ertrag der zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital wird in der Erfolgsrechnung verbucht. Am Jahresende wird der Ertrag und Aufwand der zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital durch Einlagen bzw. Entnahme erfolgsmässig neutralisiert. Bei den zweckgebundenen Fonds im Eigenkapital wird am Jahresende kein Ausgleich vorgenommen. Die Belastung bzw. Gutschrift erfolgt durch eine Umbuchung innerhalb des Eigenkapitals.

#### *Spezialfonds*

Die Spezialfonds werden zu Nominalwerten bewertet.

Spezialfonds sind Vermögen, die der Eidgenossenschaft von Dritten mit bestimmten Auflagen zugewendet wurden, oder die auf Grund gesetzlicher Bestimmungen aus Voranschlagskrediten stammen. Der Bundesrat ordnet ihre Verwaltung im Rahmen dieser Auflagen.

Der Aufwand und Ertrag der Spezialfonds wird nicht in der Erfolgsrechnung verbucht.

#### *Reserven aus Globalbudget*

FLAG-Verwaltungseinheiten haben die Möglichkeit Reserven zu bilden und diese später zur Finanzierung von Aktivitäten zu verwenden, die im Einklang mit den Zielsetzungen ihrer Leistungsaufträge stehen (Art. 46 FHG).

Die Bildung zweckgebundener Reserven wird ermöglicht, wenn Kredite wegen projektbedingter Verzögerungen zunächst nicht oder nicht vollständig beansprucht werden. Solche Reserven

dürfen nur für Vorhaben verwendet werden, die zur Reservenbildung Anlass gegeben haben.

FLAG-Verwaltungseinheiten können allgemeine Reserven bilden, wenn sie unter Einhaltung der Leistungsziele durch die Erbringung zusätzlicher, nicht budgetierter Leistungen einen Nettomehrertrag erzielen oder den budgetierten Aufwand unterschreiten.

Die Reservenbildung und -verwendung geschieht mit Buchungen innerhalb des Eigenkapitals.

#### *Restatementreserve*

Die aus der Neubewertung der Eröffnungsbilanz entstandenen Wertdifferenzen werden unter den Restatementreserven ausgewiesen. Sie werden im Folgejahr mit dem Bilanzfehlbetrag verrechnet.

#### *Neubewertungsreserve*

Wird ein Vermögenswert zu Marktwerten bewertet, wird die Vermögensposition periodisch auf deren Wert überprüft und allfällige Wertdifferenzen berücksichtigt.

Die Wertdifferenzen werden immer zuerst über die Neubewertungsreserve verbucht (Erhöhung oder Verringerung).

Sinkt der Wert, wird zuerst eine allfällig vorhandene Neubewertungsreserve verringert. Ist diese vollständig aufgelöst, erfolgt die erfolgswirksame Verbuchung.

Steigt der Wert, wird bei Vorliegen einer Neubewertungsreserve diese weiter aufgestockt. Existiert keine Neubewertungsreserve oder wurde diese in früheren Jahren aufgelöst, dann wird im Umfang des bisherigen Aufwandes aus Wertdifferenzen erfolgswirksam gebucht. Ist dieser bisherige Aufwand kompensiert, wird die Neubewertungsreserve bebucht.

#### *Vorsorgeverpflichtungen und übrige Leistungen an Arbeitnehmende*

Der Begriff «Vorsorgeverpflichtungen und übrige Leistungen an Arbeitnehmende» umfasst Renten, Austrittsleistungen sowie anwartschaftlich erworbene Treueprämien. Die Bewertung erfolgt nach dem Grundsatz von IAS 19. Im Unterschied zur statischen Bilanzierung der Vorsorgeverpflichtungen nach schweizerischem Vorsorgerecht durch die Vorsorgeeinrichtungen werden bei der wirtschaftlichen Betrachtungsweise nach IAS 19 die erworbenen Vorsorgeleistungsansprüche unter Berücksichtigung zukünftiger Lohn- und Rentenentwicklungen ermittelt.

Für die Bewertung werden zudem weitere versicherungstechnische Annahmen berücksichtigt, welche die demographische Entwicklung der Anspruchsberechtigten widerspiegeln wie die Sterblichkeit, die Invalidität, die Austrittswahrscheinlichkeiten oder der technische Zinssatz.

In Abweichung zu IAS 19 erfolgt eine Offenlegung der buchungspflichtigen Auswirkungen der Vorsorgeverpflichtungen im Anhang der Jahresrechnung als Eventualverbindlichkeit.

**Bewertung der Bundesliegenschaften für die Eröffnungsbilanz per 1.1.2007**

Vor Einführung von NRM wurden die zivilen Bundesliegenschaften zu ihren Gestehungskosten abzüglich einer pauschalen Abschreibung aktiviert und bewertet. Es erfolgte keine Bilanzierung der militärischen Bundesliegenschaften.

Für die Neubewertung konnte nicht auf die historischen Werte zum Zeitpunkt der Erstellung oder Erwerbs abgestützt werden, da die Angaben oft in ungenügender Qualität vorlagen oder gänzlich fehlten. Um eine vergleichbare Ausgangslage zu schaf-

fen, wurden deshalb alle Liegenschaften neu bewertet. Die in Artikel 50 Absatz 2 Buchstabe a FHG verankerte Bilanzierung zum Anschaffungswert abzüglich der planmässigen Abschreibungen oder zum tieferen Verkehrswert gelangt grundsätzlich erst bei Liegenschaften mit Erstellungsdatum ab NRM zur Anwendung. Das gewählte Vorgehen, welches nicht in Widerspruch zu den einschlägigen IPSAS-Bestimmungen steht, bewirkt einen deutlichen Anstieg der Buchwerte im zivilen Bereich. Da die Liegenschaften im militärischen Bereich bisher nicht bilanziert worden sind, ergeben sich weitere namhafte Aufwertungen.

**Bewertung der Bundesliegenschaften**

2007 Mio.CHF	Total per 1.1.2007	Zivil			Militärisch
		BBL	ETH	EZV	armasuisse
<b>Total per 01.01.2007</b>	<b>14 258</b>	<b>4 704</b>	<b>4 805</b>	<b>43</b>	<b>4 706</b>
<b>Anlagen im Bau</b>	<b>910</b>	<b>310</b>	<b>152</b>	<b>–</b>	<b>448</b>
<b>Grundstücke</b>	<b>4 112</b>	<b>1 486</b>	<b>1 080</b>	<b>–</b>	<b>1 546</b>
<b>Bauten (Objekte)</b>	<b>9 203</b>	<b>2 908</b>	<b>3 540</b>	<b>43</b>	<b>2 712</b>
Wohnen	341	332			9
Unterricht, Bildung, Forschung	4 123	245	3 540		338
Industrie und Gewerbe	408	98			310
Land- und Forstwirtschaft	66	39			27
Technische Anlagen	120	24		17	79
Handel und Verwaltung	1 388	1 214		16	158
Justiz und Polizei	122	122			–
Fürsorge und Gesundheit	–				–
Kultus	11	11			–
Kultur und Geselligkeit	90	90			–
Gastgewerbe, Fremdenverkehr	404	60			344
Freizeit, Sport, Erholung	135	115			20
Verkehrsanlagen	500	48			452
Militär- und Zivilschutzobjekte	172	16			156
Militärische Objekte mit Schutz gegen Waffenwirkung	647				647
Auslandobjekte	479	479			–
Allgemeine Objektumgebung	115				115
Naturverbauung	9				9
Gebäude Repräsentation Inland	15	15			–
Mieterausbau	10			10	–
Ausbau bei Zumieten	–				–
Im Dispobestand mit Marktwert	48				48
<b>Im Grundbuch eingetragene Rechte</b>	<b>33</b>	<b>–</b>	<b>33</b>	<b>–</b>	<b>–</b>

*Übersicht der angewendeten Bewertungsmethoden*

**Anlagen im Bau**

Zivile Bundesliegenschaften	Anschaffungs-/Herstellkosten
Militärische Bundesliegenschaften	Anschaffungs-/Herstellkosten

**Grundstücke**

Zivile Bundesliegenschaften	Bebaute Grundstücke: Wertermittlung unter Anwendung der Lageklassenmethode Unbebaute Grundstücke: Wertermittlung unter Anwendung der statistischen Vergleichswertmethode
Militärische Bundesliegenschaften	Bebaute und unbebaute Grundstücke: Wertermittlung unter Anwendung der statistischen Vergleichswertmethode

**Bauten (Objekte)**

Zivile Bundesliegenschaften  
Militärische Bundesliegenschaften

Einzelobjektbewertung nach der Realwertmethode (Basis: Neuwert)  
Gesamtportfoliobewertung nach der Realwertmethode mit Rückindexierung des Neuwertes auf den Anschaffungs- oder Erstellungs- resp. letzten Sanierungszeitpunkt (Basis: Neuwert indexiert)

**Selbständige und dauernde Rechte**

Zivile Bundesliegenschaften  
Militärische Bundesliegenschaften

Marktwert bzw. Anschaffungs-/Herstellkosten  
Marktwert bzw. Anschaffungs-/Herstellkosten

*Erläuterungen zu den Bewertungsmethoden***Realwertmethode**

Der Realwert setzt sich zusammen aus dem Zeitwert der baulichen Anlagen, den Kosten für Umgebungsarbeiten und den Baunebenkosten zuzüglich des Landwertes. Der Zeitwert entspricht dem Neuwert einschliesslich Nebenkosten der Bauten abzüglich der Altersentwertung.

**Realwertmethode basierend auf statistischen Vergleichen**

Bei der auf statistischen Vergleichen basierenden Realwertmethode wird eine Anzahl ausgewählter Objekte pro Objekttyp einzeln bewertet. Gestützt darauf erfolgt die Ermittlung des Medianwertes, der für die Bewertung sämtlicher Objekte des Objekttyps angewendet wird.

**Vergleichswertmethode**

Der Wert ergibt sich mittels Zu- und Abschlägen auf den Transaktionspreisen (Handänderungspreisen) von Referenzobjekten.

**Lageklassenmethode**

Die Lageklassenmethode beruht auf der Erkenntnis, dass zwischen dem Wert der Bauten und dem Wert des Bodens in der Regel ein bestimmtes Verhältnis besteht, welches erlaubt, den Landwert in Relation zum Gesamtwert oder zum Wert der Bauten zu berechnen.

**Landwirtschaftliche Ertragswertmethode**

Die Ermittlung des landwirtschaftlichen Ertragswertes richtet sich vollumfänglich nach dem Dokument «Anleitung für die Schätzung des landwirtschaftlichen Ertragswertes» (Datum des Inkrafttretens: 1.2.2004), herausgegeben vom Bundesamt für Landwirtschaft.

**Neuwert**

Der Neuwert (Neubaukosten, Wiederbeschaffungswert) entspricht den Kosten einer zum Bewertungszeitpunkt am gleichen Ort erstellten analogen Anlage für die gleiche Nutzung, mit identischer Nutzfläche und demselben Standard (Ausbau, Installationsgrad, Materialien).

**Neuwert indexiert**

Anhand einer Rückindexierung gemäss dem schweizerischen Baupreisindex / Zürcher Baukostenindex auf den Anschaffungszeitpunkt respektive das Baujahr zurückgerechneter Neuwert.

**Altersentwertung**

Die Altersentwertung stellt den Wertverlust von baulichen Anlagen aufgrund der Nutzung sowie der wirtschaftlichen und technischen Entwertung dar. Einen grossen Einfluss auf die Altersentwertung hat die Nutzungsintensität einer Immobilie. Die Bewertungen im Rahmen des Restatements basieren auf der linearen Abschreibung oder einer entsprechenden Wertberichtigung.

*Unterschiedliche Anwendung der Bewertungsmethoden für die Eröffnungsbilanz*

Aufgrund der unterschiedlichen Grösse und Charakteristik der Portfolios der zivilen Bundesliegenschaften und der militärischen Bundesliegenschaften wurden teilweise unterschiedliche Bewertungsmethoden angewendet. Grundlage für die Bewertungen bilden die Bewertungskonzepte und die Weisungen der Finanzverwaltung.

Die *zivilen Bundesliegenschaften* wurden vorwiegend mittels Einzelbewertung (teilweise mit Begehung vor Ort) und teilweise mit summarischer Bewertung (Auslandbauten) nach der Realwertmethode bewertet. Die Plausibilisierung des Realwertes der Objekte im Landwirtschaftsbereich erfolgte mit der landwirtschaftlichen Ertragswertmethode. Als Buchwert wird der Zeitwert entsprechend dem Neuwert abzüglich einer Wertberichtigung für die Altersentwertung eingesetzt.

Bei den *militärischen Bundesliegenschaften* wurde die Wertermittlung aufgrund der Grösse und Zusammensetzung des Portfolios summarisch vorgenommen (Tischbewertung). Ausgesuchte Objekte wurden aufgrund ihrer Bedeutung oder zwecks Verifikation der Wertermittlung einer Einzelbewertung unterzogen. Um den administrativen Aufwand zu begrenzen, erfolgte die Bewertung des Gesamtportfolios summarisch. Einzelbewertungen für das Gesamtportfolio wären auf Grund des grossen Immobilienbestandes nur mit unverhältnismässig hohen Kosten möglich gewesen. Die Buchwerte für selbst genutzte Gebäude werden auf Basis des indexierten Neuwertes abzüglich kumulierten Abschreibungen berechnet. Massgebend zur Bestimmung der Buchwerte sind somit die berechneten Anschaffungskosten und das Baujahr. Die Rückindexierung führt im Vergleich zur der im zivilen Bereich angewendeten Methode zu tieferen Buchwerten für die militärischen Bundesliegenschaften.

### 3 Risikosituation und Risikomanagement

Der Bund ist vielseitigen Risiken ausgesetzt. Die zunehmende Vernetzung und Komplexität des Umfeldes, die Auslagerung von Bundesaufgaben, die Forderung nach erhöhter Effizienz und Effektivität der Dienstleistungserbringung, die Anforderungen an eine verantwortungsbewusste Verwaltungsführung, der vielfältige Aufgabenkatalog der Bundesverwaltung sowie finanzpolitische Restriktionen stellen den Bund vor zusätzliche Herausforderungen. Die Risikopolitik vom Dezember 2004 stellt die Grundlage für das Risikomanagement des Bundes dar. Sie legt den systematischen und konsequenten Umgang mit den vielfältigen Risiken in der Bundesverwaltung fest und beschreibt die Instrumente und Massnahmen zur Erfassung, Bewertung, Bewältigung und Überwachung der Risikopotenziale. Im Vordergrund stehen dabei die finanziellen Auswirkungen der Risiken.

#### Risikosituation des Bundes

Die Risiken des Bundes sind unmittelbar oder mittelbar mit den ihm durch Verfassung und Gesetze übertragenen Aufgaben und Tätigkeiten verbunden.

Der Bund kann einerseits Schaden an seinen eigenen Vermögenswerten erleiden. Wie in der Privatwirtschaft spielen dabei Liquiditäts- oder einzelne Marktrisiken eine bedeutende Rolle. Andererseits erwachsen ihm Risiken aus Haftungsverhältnissen gegenüber Dritten oder im Zusammenhang mit ausgelagerten Organisationen, die öffentlich-rechtliche Aufgaben erfüllen.

Der Bund haftet für Schäden, die Personen verursachen, welche unmittelbar mit öffentlich-rechtlichen Aufgaben des Bundes betraut sind (z.B. Bundesangestellte). Darunter fallen auch Ersatzbegehren wegen Verletzung von Aufsichtspflichten. Als weitere Risiken können beispielsweise genannt werden: Schäden aus Elementarereignissen, Informatiksicherheit sowie politische Risiken.

#### Umgang mit Risiken

Für die Umsetzung des Risikomanagementprozesses und zur Unterstützung der Verwaltungseinheiten wird zentral für die Bundesverwaltung eine Risikomanagement-Software eingesetzt. Die Erfassung von Risiken erfolgt nach Ursachen und Auswirkungen. Die Risikobewertung erfolgt nach den finanziellen Auswirkungen (potenzielle Schadenhöhe) sowie der Eintrittswahrscheinlichkeit. Die einzelnen Departemente sowie die Bundeskanzlei setzen die Risikopolitik selbstständig um. Das EFD koordiniert zusammen mit der Bundeskanzlei und den verantwortlichen Departementen die jährliche Berichterstattung. Die Hauptverantwortung für das Risikomanagement trägt der Bundesrat.

Das Reporting erfolgt jeweils auf Ende des Kalenderjahres. Dabei werden folgende Risikobereiche berücksichtigt:

- Finanzielle und wirtschaftliche Risiken

- Rechtliche Risiken
- Sach-, technische und Elementarrisiken
- Personenbezogene und organisatorische Risiken
- Technologische und naturwissenschaftliche Risiken
- Gesellschaftliche und politische Risiken.

#### Instrumente und Massnahmen des Risikomanagements

Zur Überwachung und Steuerung von Risiken werden Steuerungs- und Kontrollsysteme eingesetzt. Diese können sowohl organisatorischer (z.B. Vier-Augen-Prinzip), personeller (z.B. Weiterbildung) oder technischer (z.B. Brandschutz) Natur sein. Die Wirksamkeit der Steuerungs- und Kontrollsysteme wird ständig überprüft und laufend weiterentwickelt. Sie sind integrale Bestandteile der Geschäftsprozesse. Dazu gehört unter anderem ein verwaltungsweit einheitlicher Planungs-, Budgetierungs- und Controllingprozess.

Erkannte Risiken werden erfasst und analysiert. Grosse Einzelrisiken werden individuell überwacht. Zur Verminderung der Risiken werden zudem rechtliche Anpassungen sowie vertragliche Vereinbarungen geprüft und umgesetzt.

Der Bundesrat trifft die notwendigen Massnahmen, um das Vermögen des Bundes zu schützen, die rechtmässige Verwendung der Mittel sicherzustellen, Fehler und Unregelmässigkeiten zu verhindern beziehungsweise aufzudecken sowie eine ordnungsgemässe Rechnungsführung und eine verlässliche Berichterstattung zu gewährleisten.

Der Bund tritt in der Regel als «Eigenversicherer» auf. Mögliche Schadenfälle und Haftungsrisiken werden nur in Ausnahmefällen durch Drittversicherungen gedeckt.

#### Offenlegung der Risiken

Die Offenlegung der Risiken in der finanziellen Berichterstattung erfolgt je nach ihrem Charakter unterschiedlich. Anhand der Eintretenswahrscheinlichkeit des Risikos können verschiedene Stufen unterschieden werden:

- Bereits eingetretene Risiken, die auf Ereignissen in der Vergangenheit basieren, und bei denen ein Mittelabfluss in den nachfolgenden Rechnungsperioden wahrscheinlich ist, werden in der Bilanz der Jahresrechnung als Verbindlichkeiten und Rückstellungen berücksichtigt.
- Sachverhalte, für deren Eintritt ein erhebliches, quantifizierbares Risiko besteht, werden im Anhang der Jahresrechnung ausgewiesen (Eventualverpflichtungen, Sachverhalte mit Eventualcharakter).

Durch die verwaltungsinternen Prozesse ist sichergestellt, dass Risiken die die Tatbestände von Eventualverbindlichkeiten oder Rückstellungen erfüllen, vollständig erfasst werden können und in die Jahresrechnung einfließen.



**4 Vorgaben der Schuldenbremse**

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut	%
1 Gesamteinnahmen	58 115	56 011	58 846	732	1,3
2 Ausserordentliche Einnahmen	3 203	–	754		
3 Ordentliche Einnahmen [3=1-2]	54 911	56 011	58 092	3 181	5,8
4 Konjunkturfaktor	0,986	0,991	0,974		
<b>5 Ausgabenplafond</b> (Art. 13 FHG) [5=3x4]	<b>54 143</b>	<b>55 507</b>	<b>56 582</b>		
6 Konjunkturell geforderter Überschuss / zulässiges Defizit [6=3-5]	769	504	1 510	742	
7 Ausserordentliche Ausgaben (Art. 15 FHG)	–	–	7 038		
8 Abbaupfad (Art. 66 FHG)	1 000	–	–	-1 000	
9 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17 FHG)	–	–	–	–	
<b>10 Höchstzulässige Ausgaben</b> [10=5+7+8-9]	<b>55 143</b>	<b>55 507</b>	<b>63 619</b>	<b>8 477</b>	<b>15,4</b>
11 Gesamtausgaben gemäss R / VA	52 377	55 107	61 003	8 626	16,5
<b>12 Differenz</b> (Art. 16 FHG) [12=10-11]	<b>2 766</b>	<b>400</b>	<b>2 616</b>		

Die *Schuldenbremse* setzt die zulässigen Gesamtausgaben in einen verbindlichen Zusammenhang mit den Einnahmen. Sie soll den Bundeshaushalt vor strukturellen Ungleichgewichten bewahren und damit verhindern, dass die Schulden des Bundes infolge von Defiziten in der Finanzierungsrechnung weiter ansteigen. Grundlage der Schuldenbremse ist eine Ausgabenregel: Für die Gesamtausgaben steht nur soviel Geld zur Verfügung, wie der Bund bei einer durchschnittlichen Auslastung der Wirtschaft an Einnahmen erzielt.

Die Schuldenbremse wird in erster Linie auf den Voranschlag angewendet, wobei man sich bezüglich der Entwicklung des wirtschaftlichen Umfelds (Konjunkturfaktor), der Einnahmen und zum Teil auch der Ausgaben (z.B. Passivzinsen) auf Prognosen stützen muss. Im Nachhinein – beim Vorliegen der Staatsrechnung – können sich deshalb sowohl bei den höchstzulässigen als auch bei den effektiv getätigten Ausgaben Abweichungen gegenüber dem Voranschlag ergeben.

Um zu gewährleisten, dass die Schuldenbremse nicht nur bei der Ausarbeitung sondern auch beim Vollzug des Budgets eingehalten wird, schreibt das Finanzhaushaltgesetz die Führung einer Statistik ausserhalb der Staatsrechnung vor. Auf diesem «Ausgleichskonto» werden die jährlichen Differenzen zwischen den gemäss Schuldenbremse zulässigen und den effektiven Ausgaben aufgerechnet: Sind die effektiven Ausgaben im Rechnungsjahr höher (tiefer) als die aufgrund der tatsächlich erwirtschafteten Einnahmen und dem Konjunkturverlauf ermittelten

zulässigen Ausgaben, wird die Differenz dem Ausgleichskonto belastet (gutgeschrieben).

Fehlbeträge auf dem Ausgleichskonto sind in den Folgejahren durch Ausgabenkürzungen abzubauen. Bei Überschüssen besteht dagegen keine Möglichkeit, diese über eine Erhöhung der Ausgaben abzutragen. Ein Überschuss darf nur zur Kompensation von unbeabsichtigten zukünftigen Schätzfehlern dienen.

Die Neuberechnung der Vorgaben der Schuldenbremse ergibt einen zulässigen Ausgabenplafond von 56,8 Milliarden (vgl. Tabelle, Zeile 5). Der Plafond ergibt sich aus der Multiplikation der ordentlichen Einnahmen (Zeile 3) und des Konjunkturfaktors (Zeile 4). Letzterer ist kleiner als eins (0,974) und widerspiegelt damit – im Einklang mit der aktuellen Konjunkturlage – die derzeitige überdurchschnittliche Auslastung der Wirtschaft um 2,6 Prozent. Daraus folgt, dass der Ausgabenplafond um 1,5 Milliarden niedriger ist als die ordentlichen Einnahmen: Es wird ein konjunktureller Überschuss gefordert (Zeile 6). Der Ausgabenplafond wird um den ausserordentlichen Zahlungsbedarf von 7,0 Milliarden erhöht (Zeile 7, vgl. Ziffer 13). Eine weitere Erhöhung aufgrund des nachfolgend näher erklärten Abbaupfades ist im Rechnungsjahr nicht mehr zulässig. Die höchstzulässigen Ausgaben betragen somit 63,6 Milliarden (Zeile 10). Die im Jahr 2007 getätigten Gesamtausgaben (inklusive ausserordentlichem Zahlungsbedarf) betragen 61,0 Milliarden (Zeile 11) und liegen somit 2,6 Milliarden unter den höchstzulässigen Ausgaben gemäss Schuldenbremse. Die Vorgaben der Schuldenbremse wurden somit klar erfüllt.

**Stand Ausgleichskonto**

Mio. CHF	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut %	
13 Stand Ausgleichskonto per 31.12. des Vorjahres	3 558	–	-3 558	
14 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17 FHG) [=9]	–	–	–	
15 Differenz (Art. 16 FHG) [=12]	2 766	2 616		
<b>16 Zwischentotal</b> [16=13-14+15]	<b>6 324</b>	<b>2 616</b>	<b>-3 707</b>	<b>-58,6</b>
17 Reduktion Ausgleichskonto (Art. 66 Ziff. 1 Abs. 3 FHG)	-6 324			
<b>18 Stand Ausgleichskonto per 31.12.</b> [18=16+17]	<b>–</b>	<b>2 616</b>	<b>2 616</b>	<b>–</b>

Die Differenz zwischen höchst zulässigen und effektiv getätigten Ausgaben wird dem *Ausgleichskonto* gutgeschrieben (vgl. Tabelle, Zeile 15). Diese Gutschrift ist gleichzeitig auch der neue Stand des Ausgleichskontos (Zeile 18), da per Ende des vorangehenden Jahres der (positive) Stand des Ausgleichskontos von 6,3 Milliarden auf null gesetzt worden ist (Zeile 17, Rechnung 2006).

Die Streichung des Überschusses auf dem Ausgleichskonto per Ende 2006 ermöglichte eine teilweise Kompensation der zwi-

schen 2004 und 2006 erfolgten, temporären Erhöhungen des Ausgabenplafonds. Diese als «*Abbaupfad*» bekannte Massnahme liess zwischen 2003 und 2006 beschränkte strukturelle Defizite zu, um während der Einführungsphase der Schuldenbremse den Abbau des strukturellen Defizits zu ermöglichen. So war beispielsweise im Jahr 2006 ein strukturelles Defizit von einer Milliarde – durch eine entsprechende Erhöhung des Ausgabenplafonds – erlaubt (vgl. Tabelle zur Schuldenbremse, Zeile 8).

## 252 Erläuterungen zur Rechnung

Nachfolgend werden Positionen ausgewiesen, welche wesentlich für die Beurteilung der Finanz-, Ertrags- und Vermögenslage des Bundeshaushaltes sind. Die Nummerierung bezieht sich auf die Nummern in den Tabellen zu Erfolgsrechnung und Bilanz (Ziffer 22 und 23). Bei Bedarf wird auch auf die Finanzierungs- und Mittelflussrechnung sowie den Eigenkapitalnachweis verwiesen (Ziffer 21 und 24).

Die Erläuterungen zur Erfolgsrechnung zeigen in der ersten Zeile der entsprechenden Tabelle in fetter Schrift sowie in den Detailangaben die Erfolgssicht. Um auf einen Blick die Differenzen zur Finanzierungsrechnung zu erkennen, sind in der jeweils

untersten Zeile der Tabelle in fetter Schrift die entsprechenden Einnahmen oder Ausgaben aufgezeigt (Finanzierungssicht). Bei den Investitionsausgaben (Investitionsbeiträge, Darlehen und Beteiligungen), den Beteiligungseinnahmen sowie den ausserordentlichen Einnahmen und Ausgaben liegt dagegen das Schwergewicht der Kommentierung auf der Finanzierungssicht. Grössere Differenzen zwischen Erfolgs- und Finanzierungssicht werden im Text erläutert (siehe auch Band 3, Ziffer 15).

Die in den Tabellen zur Bilanz ausgewiesenen Zahlen beziehen sich auf die Eröffnungsbilanz per 1.1.2007 bzw. die Schlussbilanz per 31.12.2007. Als Vergleichszahl für das Vorjahr dient die Eröffnungsbilanz per 1.1.2007, welche aus der nach NRM neu bewerteten Schlussbilanz per 31.12.2006 hervorgeht.

### Positionen der Erfolgsrechnung

#### 1 Direkte Bundessteuer

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut	%
<b>Ertrag aus Direkter Bundessteuer</b>	<b>14 230</b>	<b>15 181</b>	<b>15 389</b>	<b>1 158</b>	<b>8,1</b>
Steuer auf Reinertrag juristischer Personen	6 349	6 802	6 860	511	8,0
Steuer auf Einkommen natürlicher Personen	8 035	8 529	8 664	629	7,8
Pauschale Steueranrechnung	-154	-150	-135	19	12,1
<b>Einnahmen aus Direkter Bundessteuer</b>	<b>14 230</b>	<b>15 181</b>	<b>15 389</b>	<b>1 158</b>	<b>8,1</b>

Die Einnahmen der direkten Bundessteuer belaufen sich auf insgesamt 15,4 Milliarden. Dies sind 1,1 Milliarden oder 8,1 Prozent mehr als in der Rechnung 2006 und 208 Millionen oder 1,4 Prozent mehr als veranschlagt. Der hohe Einnahmewachstum betrifft etwa gleichermassen die Steuer auf dem Einkommen der Haushalte und die Steuer auf den Unternehmensgewinnen. Der Anstieg widerspiegelt die günstige Konjunkturlage in den Jahren, welche für die Besteuerung massgeblich waren. Dabei handelt es sich mehrheitlich um das Steuerjahr 2006 so-

wie das vorangehende Jahr 2005. Die progressiven Steuertarife führen bei der Einkommenssteuer zu einem stärkeren Anstieg des Steuerertrags als der besteuerten Einkommen. Der Bundesanteil an der pauschalen Steueranrechnung für ausländische Quellensteuern wirkt sich ertragsmindernd aus. Er belief sich auf 135 Millionen. Der Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer beträgt im Rechnungsjahr zum letzten mal 30 Prozent. Unter dem neuen Finanzausgleich (NFA) wird dieser Anteil in Zukunft auf 17 Prozent zurückgehen.

#### 2 Verrechnungssteuer

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut	%
<b>Ertrag aus Verrechnungssteuer</b>	<b>3 947</b>	<b>3 017</b>	<b>2 730</b>	<b>-1 217</b>	<b>-30,8</b>
Verrechnungssteuer (Schweiz)	3 927	3 000	2 711	-1 216	-31,0
Steuerrückbehalt USA	20	17	19	-	-1,0
<b>Einnahmen aus Verrechnungssteuer</b>	<b>3 947</b>	<b>3 017</b>	<b>2 730</b>	<b>283</b>	<b>7,2</b>

Grundlage für die Verbuchung der Einnahmen aus der Verrechnungssteuer bilden die bis Mitte Januar des Folgejahres eingegangenen Erhebungsdeklarationen, Rückerstattungsanträge sowie die ausgestellten Rechnungen. Für betragsmässig wesentliche Erhebungsdeklarationen (ab 100 Mio.) ohne bereits vorliegende – jedoch mit Sicherheit zu erwartende – Rückerstattungsanträge (z.B. bei Aktienrückkaufprogrammen) erfolgt im Rahmen des Jahresabschlusses eine passive Rechnungsabgrenzung.

Dieses Verfahren gelangte in der Berichtsperiode erstmals zur Anwendung und bewirkt einen massiven Anstieg der Transitorischen Passiven. Ein Vergleich mit den passiven Abgrenzungen der Vorjahre macht wegen der veränderten Buchungsmethode keinen Sinn. Insgesamt wurden Verrechnungssteuereingänge im Umfang von 4,2 Milliarden abgegrenzt.



Die Jahreseinnahmen aus der *Verrechnungssteuer* erreichten zum dritten Mal in Folge ein hohes Niveau. Die anhaltende Zunahme beruhte hauptsächlich auf dem starken Wirtschaftswachstum 2006, in welchem substantielle Dividendenausschüttungen anfielen, sowie auf dem leichten Zinsanstieg, während die Rückerstattungen in relativen Zahlen ausgedrückt bescheiden blieben.

Die Einnahmen der Verrechnungssteuer ergeben sich aus der Differenz zwischen den Steuereingängen und den Rückerstattungen. Zehn Prozent des Ertrags fliessen den Kantonen zu. In den vergangenen Jahren wies der Verrechnungssteuerertrag grosse Schwankungen auf. Zum einen ist der Einnahmewachstum namentlich aus den Dividendenausschüttungen und dem Rückkauf von Aktien durch die Unternehmen extrem volatil. Zum andern variiert die Rückerstattungsquote von einem Jahr zum andern deutlich. Da es nicht möglich ist, punktuelle,

von Natur aus unvorhersehbare Entwicklungen zu berücksichtigen, stützt sich die Prognose für den Voranschlag seit 2004 auf den *Durchschnittswert* der letzten zehn Jahre.

Die *Abweichung* der Rechnung 2007 von den auf einer mehrjährigen Schätzung beruhenden budgetierten drei Milliarden ist in erster Linie auf die zeitliche Verzögerung zurückzuführen, mit der die Rückerstattungs-gesuche eingereicht werden können. Die verbuchten Rückzahlungen beziehen sich teilweise noch auf die geringeren Einnahmen des Vorjahres (2006) und nicht nur auf die im Rechnungsjahr (2007) verzeichneten, sehr hohen Einnahmen. Die Differenz zwischen dem Ertrag und den Einnahmen aus der Verrechnungssteuer ist auf die Erhöhung der Rückstellung für zukünftige Rückerstattungen zurückzuführen. Die Rückstellung von 1,5 Milliarden wird in der Erfolgssicht mit den Erträgen verrechnet (siehe Ziff. 252/32).

### 3 Stempelabgaben

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006	
				absolut	%
<b>Ertrag aus Stempelabgaben</b>	<b>2 889</b>	<b>3 200</b>	<b>2 990</b>	<b>100</b>	<b>3,5</b>
<b>Emissionsabgabe</b>	<b>530</b>	<b>525</b>	<b>405</b>	<b>-125</b>	<b>-23,6</b>
<b>Umsatzabgabe</b>	<b>1 722</b>	<b>2 000</b>	<b>1 940</b>	<b>218</b>	<b>12,7</b>
Inländische Wertpapiere	259	340	280	21	8,1
Ausländische Wertpapiere	1 463	1 660	1 660	197	13,5
<b>Prämienquittungsstempel und Übrige</b>	<b>637</b>	<b>675</b>	<b>645</b>	<b>7</b>	<b>1,1</b>
<b>Einnahmen aus Stempelabgaben</b>	<b>2 889</b>	<b>3 200</b>	<b>2 990</b>	<b>100</b>	<b>3,5</b>

Die leicht steigende Tendenz der Stempelabgaben seit 2003 setzte sich 2007 fort, in erster Linie dank der Umsatzabgabe. Diese wird dreissig Tage nach Ablauf des Quartals fällig, in dem die Abgabeforderung entstanden ist. Der Ertrag wurde deshalb noch weitgehend von den hohen Börsenkursen im vierten Quartal 2006 und teilweise im ersten Quartal 2007 bestimmt. Er wurde noch nicht von der Aktienbaisse im dritten Quartal 2007 beeinträchtigt, denn diese wurde weitgehend von den Portfolioumschichtungen abgedeckt, mit denen auf die Turbulenzen an den Finanzmärkten reagiert wurde. Der Ertrag der Emissionsabgabe hingegen war hauptsächlich wegen den Unsicherheiten in Bezug auf die Entwicklung der Kapitalmärkte oder der Konjunktur rückläufig.

Der Ertrag aus den Stempelabgaben fiel etwas tiefer aus als veranschlagt (-211 Mio.). Die Abweichung ist zum Teil auf die geringen Emissionsabgaben zurückzuführen. Auch die Umsatzabgaben auf inländischen Wertpapieren lagen ebenso wie die Prämienquittungsstempel etwas unter dem budgetierten Wert. Die Abweichung lässt sich weitgehend dadurch erklären, dass das Ergebnis von 2006, von dem der Voranschlag ausgeht, bei der Budgetierung nicht vorlag und zu hoch geschätzt wurde. Bei den Umsatzabgaben könnte die Zunahme steuerbefreiter Produkte oder Institutionen wie beispielsweise Anlagefonds zur Einbusse beigetragen haben.

## 4 Mehrwertsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut	%
<b>Ertrag aus Mehrwertsteuer</b>	<b>19 018</b>	<b>19 650</b>	<b>19 684</b>	<b>666</b>	<b>3,5</b>
<b>Allgemeine Bundesmittel</b>	<b>15 418</b>	<b>15 920</b>	<b>15 959</b>	<b>540</b>	<b>3,5</b>
<b>Zweckgebundene Mittel</b>	<b>3 600</b>	<b>3 730</b>	<b>3 726</b>	<b>126</b>	<b>3,5</b>
Krankenversicherung 5%	811	840	840	28	3,5
MWST-Prozent für die AHV (83%)	2 072	2 140	2 144	73	3,5
Bundesanteil am MWST-Prozent (17%)	424	450	439	15	3,5
Einlage in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte	292	300	302	10	3,5
<b>Einnahmen aus Mehrwertsteuer</b>	<b>19 018</b>	<b>19 650</b>	<b>19 684</b>	<b>666</b>	<b>3,5</b>

Die Einnahmen werden seit 2007 (NRM) nach dem Forderungsprinzip ausgewiesen. Dies bedeutet, dass insbesondere die bereits ausgestellten Rechnungen dem Rechnungsjahr als Einnahmen angerechnet werden. Erfahrungsgemäss wird nicht der gesamte Bestand der offenen Debitoren vereinnahmt. Aus diesem Grund ergeben sich auch Debitorenverluste, welche als Aufwandposition separat ausgewiesen werden.

Die Einnahmen liegen mit 19,7 Milliarden um 666 Millionen oder 3,5 Prozent höher als in der Rechnung 2006. Dieser Wert entspricht annähernd den veranschlagten Einnahmen. Ein Teil der Veränderung ist jedoch auf einen Sondereffekt zurückzuführen: Der erstmalige Bruttoausweis der Debitorenverluste von 213 Millionen blähen das Wachstum der Mehrwertsteuer um 1,1 Prozentpunkte auf. Bereinigt um diesen Faktor beträgt der

Zuwachs der Mehrwertsteuer 2,4 Prozent. Die Mehrwertsteuer ist grundsätzlich eng mit dem Wirtschaftswachstum verknüpft, da sie auf der inländischen Wertschöpfung und auf Einfuhren erhoben wird. Grundlage der Besteuerung sind die Umsätze abzüglich Vorleistungen der Unternehmen. Die Fälligkeit der Steuer beträgt in der Regel 60 Tage für ein abgelaufenes Quartal. Die Einnahmen eines Kalenderjahres entstammen deshalb zum grössten Teil aus den ersten drei Quartalen des betreffenden Jahres sowie aus dem letzten Quartal des vorangehenden Jahres. Daraus, sowie aus den Differenzen zwischen BIP und Steuerbasis der Mehrwertsteuer (nicht besteuert werden die Ausfuhren und der Finanzsektor) ergaben sich im Jahr 2007 Unterschiede zwischen Wirtschaftswachstum und Wachstum der Mehrwertsteuer.

## 5 Übrige Verbrauchssteuern

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut	%
<b>Ertrag aus übrigen Verbrauchssteuern</b>	<b>7 259</b>	<b>7 112</b>	<b>7 380</b>	<b>121</b>	<b>1,7</b>
<b>Mineralölsteuern</b>	<b>4 994</b>	<b>5 005</b>	<b>5 086</b>	<b>92</b>	<b>1,8</b>
Mineralölsteuer auf Treibstoffen	2 968	2 970	3 028	60	2,0
Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	2 001	2 010	2 039	38	1,9
Mineralölsteuer auf Brennstoffen und Übrige	26	25	20	-6	-22,4
<b>Tabaksteuer</b>	<b>2 161</b>	<b>2 005</b>	<b>2 186</b>	<b>26</b>	<b>1,2</b>
<b>Biersteuer</b>	<b>104</b>	<b>102</b>	<b>107</b>	<b>3</b>	<b>3,3</b>
<b>Einnahmen aus übrigen Verbrauchssteuern</b>	<b>7 259</b>	<b>7 112</b>	<b>7 380</b>	<b>121</b>	<b>1,7</b>

Die Einnahmen aus der *Mineralölsteuer auf Treibstoffen* verzeichneten eine deutliche Zunahme; es war die stärkste seit 2001. Verursacht wurde sie durch den wirtschaftlichen Aufschwung, die Vergrösserung des Fahrzeugbestandes, die ständig wachsende Zahl schwerer Geländewagen und vielleicht auch durch den so genannten Tanktourismus. Dank dem wirtschaftlich günstigen Umfeld vermochte die Preiserhöhung an der Tanksäule die Treibstoffnachfrage der Automobilisten schliesslich nicht zu dämpfen. Die Einnahmen aus der *Mineralölsteuer auf Brennstoffen* waren dagegen rückläufig. Die explodierenden Preise der

Erdölprodukte führten dazu, dass nur die unbedingt notwendigen Einkäufe getätigt wurden und die Lagerbestände auf ein historisches Tief fielen.

Der Ertrag aus der *Tabaksteuer* nahm infolge der Steuererhöhung (30 Rp. pro Paket per 1.1.2007) und des von der Tabakindustrie im zweiten Halbjahr beschlossenen Preisaufschlags (10 Rp. pro Paket) zu. Die Absatzeinbusse nach der Erhöhung des Steuersatzes fiel geringer aus als erwartet, was die Mehreinnahmen gegenüber dem Budget erklärt.

**6 Verschiedener Fiskalertrag**

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Rechnung	Differenz zu R 2006	
	2006	2007	2007	absolut	%
<b>Verschiedener Fiskalertrag</b>	<b>3 530</b>	<b>3 396</b>	<b>3 664</b>	<b>134</b>	<b>3,8</b>
<b>Verkehrsabgaben</b>	<b>1 938</b>	<b>1 828</b>	<b>2 016</b>	<b>78</b>	<b>4,0</b>
Automobilsteuer	320	325	358	38	12,0
Nationalstrassenabgabe	313	303	322	9	2,9
Schwerverkehrsabgabe	1 306	1 200	1 336	31	2,3
<b>Zölle</b>	<b>1 027</b>	<b>980</b>	<b>1 040</b>	<b>13</b>	<b>1,3</b>
<b>Spielbankenabgabe</b>	<b>406</b>	<b>421</b>	<b>449</b>	<b>42</b>	<b>10,4</b>
<b>Lenkungsabgaben</b>	<b>148</b>	<b>166</b>	<b>156</b>	<b>7</b>	<b>4,8</b>
Lenkungsabgabe VOC	127	140	127	–	–
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	1	–	–	–	-49,8
Altlastenabgabe	21	26	28	8	35,8
<b>Übriger Fiskalertrag</b>	<b>9</b>	<b>1</b>	<b>3</b>	<b>-6</b>	<b>-66,3</b>
<b>Verschiedene Fiskaleinnahmen</b>	<b>3 530</b>	<b>3 396</b>	<b>3 664</b>	<b>134</b>	<b>3,8</b>

Der *verschiedene Fiskalertrag* nahm stärker zu als erwartet und lag damit deutlich über dem Vorjahreswert. Insbesondere die Einnahmen aus der *Automobilsteuer* verzeichneten ein starkes Wachstum, das die anhaltende Wirtschaftsdynamik und die zahlreichen Käufe teurer Fahrzeuge widerspiegelt. Auch die *Spielbankenabgabe* wuchs erneut stark; die Geldspiele erwiesen sich als rasch expandierender Geschäftsbereich. Obwohl der Voranschlag infolge der Zollsenkungen mit stagnierenden *Einfuhrzöllen* rechnete, nahmen diese unter dem Einfluss des ausgeprägten Wirtschaftswachstums wider Erwarten leicht zu. Die

Optimierung des Warentransports und die Erneuerung des Fahrzeugparks, der einen zunehmend hohen Anteil an Lastwagen aufweist, welche die Umwelt weniger belasten und damit weniger stark besteuert werden, dämpften die Zunahme des Ertrags aus der *leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe*, welche nur bescheiden ausfiel. Der Ertrag aus der im Januar 2000 eingeführten *Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOC)* blieb gegenüber 2006 stabil, was Ausdruck der erwünschten Lenkungswirkung dieser Abgabe ist.

**7 Regalien und Konzessionen**

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Rechnung	Differenz zu R 2006	
	2006	2007	2007	absolut	%
<b>Ertrag aus Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 265</b>	<b>1 258</b>	<b>1 331</b>	<b>66</b>	<b>5,2</b>
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	221	223	223	2	0,9
Ablieferung SNB	833	833	833	–	–
Konzessionsabgaben	32	2	6	-25	-79,8
Ertrag aus Kontingentsversteigerungen	158	155	193	36	22,8
Übrige Erträge aus Regalien und Konzessionen	22	44	75	53	243,8
<b>Einnahmen aus Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 265</b>	<b>1 258</b>	<b>1 345</b>	<b>80</b>	<b>6,3</b>

Die Einnahmen aus *Regalien und Konzessionen* nahmen gegenüber dem Vorjahresergebnis zu und überstiegen den budgetierten Betrag. Diese Mehreinnahmen sind zur Hauptsache auf die Konzessionsabgaben im Telekommunikationsbereich, den Münzumsatz und die landwirtschaftlichen Kontingente zurückzuführen. Die Abweichung zwischen den Einnahmen (Finanzierungsrechnung) und dem Ertrag (Erfolgsrechnung) ist bedingt durch Abgrenzungen am Jahresende im Zusammenhang mit Einnahmen aus Funkkonzessionen für das Rechnungsjahr 2006 sowie durch Einnahmen aus Ausschreibungen von Funkfrequenzen, die für die Dauer von 10 Jahre vergeben werden.

Die SNB lieferte von ihrem *Gewinn* genau den budgetierten Betrag ab. Dieser Anteil des Bundes am laufenden Gewinn der

SNB blieb gemäss Vereinbarung vom April 2002 unverändert bei 833 Millionen. Der Bundesanteil (90%) am Reingewinn der *Eidgenössischen Alkoholverwaltung* nahm infolge einer bescheidenen Umsatzerhöhung leicht zu und erreichte damit den budgetierten Betrag.

Die Abweichungen zum Vorjahresbudget bei den *Konzessionsabgaben* und den *übrigen Erträgen aus Regalien und Konzessionen* sind in erster Linie auf die veränderten gesetzlichen Grundlagen im Telekommunikationsbereich zurückzuführen. Nach neuem Recht müssen zum Beispiel nur noch die konzessionierten Programmveranstalter die Konzessionsabgaben entrichten, was gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Verringerung dieser Einnahmen auf sechs Millionen nach sich zog. Die *übrigen Ein-*

gänge aus Regalien und Konzessionen hingegen wuchsen, denn sie umfassen gemäss neuen Verordnungen auch die von den nicht konzessionierten Veranstaltern von Radio- und Fernsehprogrammen geschuldeten Abgaben (insgesamt 29 Mio.). Zudem umfassen sie den Ertrag aus dem *Münzumsatz*, der infolge des gestiegenen Bedarfs in diesem Bereich ebenfalls erheblich zunahm und sich nun auf 45 Millionen beläuft (gegenüber 22 Mio. im 2006).

## 8 Zweckgebundene Fonds im Fremd- und Eigenkapital

Die zweckgebundenen Fonds umfassen die Spezialfinanzierungen gemäss Artikel 53 des Finanzhaushaltsgesetzes. Sie werden nach ihrem Charakter dem Fremd- oder Eigenkapital zugeordnet: Gewährt das Gesetz für die Art oder den Zeitpunkt der Verwendung ausdrücklich einen Handlungsspielraum, werden sie den zweckgebundenen Fonds im Eigenkapital, in den übrigen Fällen den zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital zugewiesen. Mit anderen Worten bringt die Zuweisung ins Fremd- oder Eigenkapital zum Ausdruck, in welchem Ausmass der Mitteleinsatz determiniert ist. Die Verbuchung der Einnahmen und Ausgaben erfolgt durch die zuständigen Verwaltungseinheiten über die entsprechenden Ertragspositionen bzw. Aufwand- oder Investitionskonten. Überschreiten (unterschreiten) die zweckgebun-

Auch der Ertrag aus den *landwirtschaftlichen Kontingentsversteigerungen* verzeichnete aufgrund der wachsenden Fleischnachfrage vor dem Hintergrund der guten Konjunktur eine weitere Steigerung. Die Versteigerung von Fleisch- und Zuchtviehkontingenten brachte zum Beispiel 191 Millionen ein.

denen Einnahmen in der Berichtsperiode die entsprechenden Ausgaben, ist die Differenz buchmässig dem Fonds gutzuschreiben (zu belasten). Bei den zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital erfolgt diese Buchung über die Erfolgsrechnung (*Einlage in bzw. Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital*). Die Veränderungen bei den zweckgebundenen Fonds im Eigenkapital werden nicht über die Erfolgsrechnung, sondern direkt in der Bilanz, zugunsten oder zulasten des Bilanzfehlbetrags, gebucht (vgl. Ziffer 24 Eigenkapitalnachweis). Zusätzliche Details zu den zweckgebundenen Fonds im Fremd- und Eigenkapital sind im Band 3, Teil Statistik, Ziffer B4 zu finden.

Die zwei nachstehenden Tabellen zeigen zweckgebundene Einnahmen, Ausgaben und Fondsveränderungen im Jahr 2007.

### Einlagen/Entnahmen von zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital

Mio. CHF	Stand 2006	Zweckge- bundene Einnahmen	Finanzierung von Ausgaben	Einlage (+) bzw. Entnahme (-) 4=2-3	Stand 2007 5=1+4
	1	2	3	4	5
<b>Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>1 179</b>	<b>6 562</b>	<b>6 484</b>	<b>78</b>	<b>1 257</b>
Lenkungsabgabe VOC/HEL	278	132	147	-15	263
Spielbankenabgabe	763	449	357	92	855
Krankenversicherung	-	981	981	-	-
Alters- und Hinterlassenenversicherung	-	4 965	4 965	-	-
Förderung lokaler und regionaler Rundfunkveranstalter	5	3	9	-5	-
Altlastenfonds	100	28	24	5	105
Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern	32	1	1	-	32
Medienforschung, Rundfunktechnologie, Programmarchivierung	-	3	1	2	2

Der *Lenkungsabgabe VOC/HEL* unterliegen flüchtige organische Verbindungen (Verordnung vom 12.11.1997 zum Umweltschutzgesetz VOCV; SR 814.018). Das zweite Jahr in Folge übertrafen die Rückverteilungen die Einnahmen, was eine Entnahme aus dem Fonds von 15 Millionen zur Folge hatte und als Hinweis auf eine gewünschte Lenkungswirkung gewertet werden kann. Bei der *Spielbankenabgabe* (Spielbankenverordnung vom 24.9.2004 VSBG; SR 935.521, Art. 94) zu Gunsten der AHV lagen die Einnahmen deutlich über dem budgetierten Wert. Der daraus resultierende Einnahmenüberschuss von 92 Millionen führte zu einer Einlage in den Fonds. Der *Fonds zur Förderung lokaler und regionaler Rundfunkveranstalter* (RTVG vom 24.3.2006; SR 784.40,

Art. 70 Abs. 4) verzeichnete einen Ausgabenüberschuss von rund 6 Millionen, was zu einer Entnahme aus dem Fonds führte. Die Spezialfinanzierung *Altlastenfonds* (Verordnung vom 5.4.2000 über die Abgabe zur Sanierung von Altlasten, VASA; SR 814.681) regelt die Erhebung einer Abgabe auf der Ablagerung von Abfällen und die zweckgebundene Verwendung des Ertrages für die Altlastenentsorgung. 2007 wurden die vorgesehenen Mittel nicht vollständig ausgeschöpft, was unter anderem auf Ressourcenengpässe bei den vorgesehenen Sanierungsprojekten zurückzuführen ist. Der daraus resultierende Einnahmenüberschuss von rund 5 Millionen führte zu einer entsprechenden Einlage in den Fonds.

**Zuwachs/Abgang von zweckgebundenen Fonds im Eigenkapital**

Mio. CHF	Stand 2006	Zweckge- bundene Einnahmen	Finanzierung von Ausgaben	Zuwachs (+) bzw. Abgang (-) 4=2-3 4	Stand 2007 5=1+4 5
<b>Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital</b>	<b>4 294</b>	<b>3 846</b>	<b>3 445</b>	<b>401</b>	<b>4 696</b>
Strassenverkehr	4 208	3 846	3 445	401	4 609
Investitionsrisikogarantie	32	–	–	–	32
Bundeskriegstransportversicherung	54	–	–	–	54

Bei der Spezialfinanzierung Strassenverkehr (MinöStG vom 21.6.1996; SR 641.61; MinöStV vom 20.11.199; SR 641.611; NSAV vom 26.10.1994; SR 741.72) haben sowohl die über den Erwartungen ausgefallenen Einnahmen bei der Mineralölsteuer und dem Mineralölsteuerzuschlag wie auch die unter dem Budget liegenden Ausgaben zu einem Einnahmenüberschuss von 402 Millionen geführt. Da die Einlage in den Fonds gegen das Eigenkapital verbucht wird, vermindert sich im gleichen Ausmass der Bilanzfehlbetrag des Bundes (vgl. Ziff. 24 Eigenkapitalnachweis). Nach der diesjährigen Einlage in den Fonds beträgt dieser per Ende Jahr neu 4 609 Millionen. 2008 wird der Fondsbestand mit der Ersteinlage in den Infrastrukturfonds um 2 600 Millionen abgebaut. Schätzungen für die Jahre 2009 bis 2011 deuten

bei gleich bleibenden Einnahmen und leicht steigenden Ausgaben auf eine Stabilisierung des Fondsbestandes bei rund 2 000 Millionen hin.

Bei den übrigen zweckgebundenen Fonds im Eigenkapital (*Investitionsrisikogarantie* und *Bundeskriegstransportversicherung*) waren im Berichtsjahr weder Einnahmen noch Ausgaben zu verbuchen. Das Fondskapital bleibt gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Weiterführende Informationen zu den einzelnen Beträgen sind unter den entsprechenden Kredit- resp. Ertragspositionen der zuständigen Verwaltungseinheiten zu finden (Band 2A und 2B).

**9 Personalaufwand**

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut	%
<b>Personalaufwand</b>	<b>4 325</b>	<b>4 539</b>	<b>4 492</b>	<b>167</b>	<b>3,9</b>
<b>Personalaufwand zu Lasten Personalkrediten</b>	<b>4 205</b>	<b>4 423</b>	<b>4 389</b>	<b>184</b>	<b>4,4</b>
Personalbezüge	3 500	3 629	3 577	77	2,2
davon nicht finanzierungswirksam	–	–	11	11	–
Arbeitgeberbeiträge	478	539	576	98	20,5
AHV/IV/EO/AL/MV	203	204	205	2	1,2
Berufliche Vorsorge (2. Säule)	249	297	341	92	36,9
Personalfürsorge EDA	6	6	10	4	56,3
Unfall-/Krankenversicherungsbeiträge (SUVA)	20	22	20	–	–
Arbeitgeberbeiträge zentral <sup>1</sup>	–	10	–	–	–
Arbeitgeberleistungen <sup>2</sup>	118	116	151	33	27,5
davon nicht finanzierungswirksam	–	–	39	39	–
Umstrukturierungen (Sozialplankosten)	65	66	31	-34	-51,9
Übriger Personalaufwand <sup>3</sup>	44	73	54	10	22,0
<b>Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten</b>	<b>120</b>	<b>116</b>	<b>103</b>	<b>-17</b>	<b>-14,2</b>
<b>Personalausgaben</b>	<b>4 325</b>	<b>4 539</b>	<b>4 462</b>	<b>137</b>	<b>3,2</b>

1 Diese Beträge werden vom EPA zentral eingestellt und mit der Verabschiedung des Voranschlags durch das Parlament an die Dienststellen dezentralisiert. Der Wert für den Voranschlag 2007 stellt somit die noch verbleibenden Mittel nach der Dezentralisierung dar.

2 Die Arbeitgeberleistungen umfassen: VLVA, AGZL VLVA, Garantiefrauen, Berufsunfall und Berufsinvalidität, Altlasten PKB (Prozessrisiken) sowie die Rentenleistungen an die Magistratspersonen und deren Hinterlassene.

3 Übriger Personalaufwand: u. a. zentrale Personalschulung, Aus- und Weiterbildung, Kinderbetreuung, Verwaltungskosten PUBLICA, Personalmarketing, Zinsvergünstigung.

Im Vergleich zur Rechnung 2006 stieg der Personalaufwand um insgesamt 167 Millionen (+3,9 %). Diese Zunahme stellt eine Nettogrösse dar und resultiert aus der Differenz zwischen Aufstockungen und Abbaumassnahmen. Der Mehrbedarf betrug insgesamt 218 Millionen und steht einem Minderbedarf von 51 Millionen gegenüber. Gut 160 Millionen des Mehrbedarfs sind allein auf die Lohnmassnahmen zurück zu führen.

Die Zunahme der *Personalbezüge* gründet massgeblich auf den Lohnmassnahmen 2007 (43 Mio.). Hinzu kommen stellenseitige Aufstockungen in der Grössenordnung von 23 Millionen. Die Hauptgründe dazu finden sich in der Übernahme der Aufgaben im Bereich Nationalstrassen beim Bundesamt für Strassen (Konsequenz aus der NFA), dem Aufbau des Bundesverwaltungsgerichtes und der Verstärkung des konsularischen Aussennetzes im EDA. Zudem sind im VBS die Umwandlung von 400 befristet angestellten Mitarbeitenden des militärischen Personals in unbefristete Anstellungen sowie die vorübergehende Sistierung des Abbaus in der Logistikkbasis der Armee zu erwähnen. Des Weiteren wurden mit NRM erstmals auch die Veränderungen (+11 Mio.) der nichtfinanzwirksamen Rückstellungen für Überzeit und Ferienguthaben in den Personalbezügen berücksichtigt.

Die in direktem Zusammenhang mit den Personalbezügen stehenden *Arbeitgeberbeiträge* sind im Vergleich zur Rechnung 2006 um 98 Millionen gestiegen. Die Zunahme begründet sich mit den erstmals seit 2004 wieder in der beruflichen Vorsorge ver-

sicherten Lohnmassnahmen und den sich daraus ergebenden einmaligen Verdiensterhöhungsbeiträgen. In den Jahren 2005 und 2006 wurden jeweils nur unversicherte Zulagen gewährt.

Für *Arbeitgeberleistungen* wurden im Vergleich zum Vorjahr insgesamt 33 Millionen mehr aufgewendet. Die Mehraufwendungen stehen im Zusammenhang mit – aufgrund eines Bundesgerichtsurteils – neu geschuldeten Beiträgen an die AHV bei Arbeitgeberleistungen an die Pensionskasse bei vorzeitiger Auflösung des Arbeitsverhältnisses. Zum heutigen Zeitpunkt muss davon ausgegangen werden, dass Nachzahlungen im Umfang von insgesamt rund 40 Millionen geleistet werden müssen. Dafür wurden im Rahmen des Jahresabschlusses 2007 Rückstellungen in dieser Höhe gebildet.

Die Mehrausgaben von 10 Millionen im *Übrigen Personalaufwand* gegenüber der Rechnung 2006 gehen zur Hauptsache auf die Aus- und Weiterbildung zurück. So lässt sich feststellen, dass nach Abschluss des Stellenabbaus in den zivilen Departementen wieder vermehrt in die Aus- und Weiterbildung investiert wird; allerdings fallen hier noch immer beträchtliche Kreditreste an.

Die eingangs erwähnten Minderaufwendungen von insgesamt 51 Millionen fielen im Bereich der Sozialplankosten nach Artikel 105 BPV (Konsequenz aus dem befristeten Abbaustopp in der Logistikkbasis der Armee) und beim über Sachkredit finanzierten Personal an.

## 10 Anteile Dritter an Bundeserträgen

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut %	
<b>Anteile Dritter an Bundeserträgen</b>	<b>8 098</b>	<b>8 342</b>	<b>8 624</b>	<b>527</b>	<b>6,5</b>
<b>Kantonsanteile</b>	<b>5 607</b>	<b>5 730</b>	<b>5 999</b>	<b>392</b>	<b>7,0</b>
Direkte Bundessteuer	4 315	4 599	4 657	342	7,9
Schwerverkehrsabgabe	426	390	436	10	2,5
Allgemeine Strassenbeiträge	423	425	434	11	2,5
Verrechnungssteuer	386	294	415	29	7,5
Internat. Alpenstrassen und Kantone ohne Nationalstrassen	27	–	28	1	2,5
Wehrpflichtersatzabgabe	28	20	28	-1	-2,3
Zusätzlicher Steuerrückbehalt USA	2	1	2	–	-2,8
<b>Anteile der Sozialversicherungen</b>	<b>2 363</b>	<b>2 465</b>	<b>2 478</b>	<b>115</b>	<b>4,9</b>
Mehrwertsteuerprozent für die AHV	2 072	2 108	2 121	49	2,4
Spielbankenabgabe für die AHV	291	357	357	66	22,7
<b>Rückverteilung Lenkungsabgaben</b>	<b>127</b>	<b>147</b>	<b>147</b>	<b>19</b>	<b>15,3</b>
Rückverteilung Lenkungsabgabe VOC	127	147	147	19	15,3
<b>Anteile Dritter an Bundeseinnahmen</b>	<b>8 098</b>	<b>8 342</b>	<b>8 624</b>	<b>527</b>	<b>6,5</b>

Diese Kontengruppe umfasst zweckgebundene Anteile an Einnahmen, welche an die Kantone, an Sozialversicherungen oder – im Fall der Lenkungsabgabe VOC – via Krankenkassenprämien an die Bevölkerung erstattet werden. Der Aufwand erhöhte sich im Rechnungsjahr insgesamt um 6,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Anteile Dritter machen mit 8,6 Milliarden knapp 16 Prozent der Ausgaben aus und tragen zum gesamten Wach-

tum der ordentlichen Ausgaben rund einen Drittel bei. Die Ausgaben ergeben sich direkt aus den Einnahmen und sind deshalb nicht steuerbar.

Die *Kantonsanteile* sind der grösste Wachstumstreiber dieser Kontengruppe. Derjenige an der direkten Bundessteuer verzeichnete einen Anstieg um fast acht Prozent, analog zum konjunkturbe-



dingt hohen Wachstum der Einnahmen aus dieser Steuer. Zwölf Prozent der zweckgebundenen Mineralsteuereinnahmen sowie der Erträge aus der Nationalstrassenabgabe werden als «Allgemeine Strassenbeiträge» an die Kantone weitergeleitet. Bei den Beiträgen an «Internationale Alpenstrassen und Kantone ohne Nationalstrassen» ist darauf hinzuweisen, dass die Budgetierung 2007 ursprünglich unter *Entschädigung an Gemeinwesen* erfolgte, weshalb die Spalte «Voranschlag 2007» in vorliegender Tabelle leer ist.

Die *Anteile der Sozialversicherungen* nahmen ebenfalls deutlich zu (+4,9 %). Dort spielt insbesondere der Anteil aus der Spielbankenabgabe die ausschlaggebende Rolle (+22,7 %), obwohl dieser im Vergleich zum Mehrwertsteuerprozent einen geringfügigeren Anteil darstellt. Der Anteil der Mehrwertsteuer stieg

gegenüber der Rechnung 2006 um 2,4 Prozent auf 2,1 Milliarden an. Dieser Betrag entspricht dem Mehrwertsteuerprozent nach Abzug der anteilmässigen Debitorenverluste. Der Anstieg entsprach somit dem effektiven Einnahmenwachstum bei der Mehrwertsteuer, d.h. bereinigt um die Umstellung auf die Bruttodarstellung im Jahr 2007.

Bei der *Rückverteilung der Lenkungsabgaben* war ein betragsmässig wenig bedeutsames aber starkes Wachstum von 15,3 Prozent zu verzeichnen. Die derzeit einzige Komponente ist dabei die Abgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOC). Ihre Rückverteilung an die Bevölkerung erfolgt mit zweijähriger Verzögerung. Daher ist das hohe Wachstum dieser Ausgaben auf die infolge von Sonderfaktoren hohen Einnahmen im Rechnungsjahr 2005 zurückzuführen.

## 11 Beiträge an eigene Institutionen

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut %	
<b>Aufwand für Beiträge an eigene Institutionen</b>	<b>2 075</b>	<b>2 707</b>	<b>2 527</b>	<b>452</b>	<b>21,8</b>
Finanzierungsbeitrag an ETH-Bereich	1 619	1 687	1 680	61	3,7
Beitrag an Unterbringung ETH-Bereich	–	443	270	270	–
LV SBB Betrieb Infrastruktur	356	446	446	90	25,2
Abgeltung GWL Zeitungstransporte	80	80	80	–	–
Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB)	–	27	27	27	–
Unterbringung EHB	–	5	5	5	–
Trassenpreisverbilligung Wagenladungsverkehr	20	20	20	–	-0,9
Übrige Beiträge an eigene Institutionen	–	–	–	–	–
<b>Ausgaben für Beiträge an eigene Institutionen</b>	<b>2 075</b>	<b>2 707</b>	<b>2 527</b>	<b>452</b>	<b>21,8</b>

Der Aufwand für die Beiträge an eigene Institutionen stieg im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr um 452 Millionen an.

Insgesamt liegen die Leistungen des Bundes an den ETH-Bereich um 331 Millionen über der Rechnung 2006. Dieser Anstieg ist auf die folgenden Faktoren zurückzuführen: Zum einen entrichtet der ETH-Bereich im Zusammenhang mit der Einführung von NRM dem Bund neu Mietbeiträge von 270 Millionen für seine Unterbringung in Bundesbauten. Da der Bund ihm die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung stellt, resultiert eine haushaltneutrale Aufblähung des Bundeshaushaltes in dieser Höhe. Zum andern stieg der Finanzierungsbeitrag des Bundes an den ETH-Bereich um 61 Millionen an.

Per 1.1.2007 wurde das ehemalige Schweizerische Institut für Berufspädagogik (SIBP) als *Eidgenössisches Hochschulinstitut für Bildung (EHB)* aus der Bundesverwaltung (BBT) in eine Anstalt mit eigener Rechnung ausgelagert. Die Beiträge des Bundes an das EHB laufen deshalb neu unter den Beiträgen an eigene Institutionen. Der Betrag von 32 Millionen setzt sich aus zwei Komponenten zusammen: Zum einen entrichtet das EHB im Zusammenhang mit der Einführung von NRM dem Bund neu

Mietbeiträge von 4,7 Millionen für seine Unterbringung an den drei Standorten Zollikofen, Lausanne und Lugano, die vom Bund abgegolten werden. Zum anderen zahlt der Bund einen Betriebsbeitrag von 27,6 Millionen an das EHB. Im Total (und unter Ausklammerung der NRM-bedingten Aufblähung durch die neuen Mietbeiträge) sind die Beiträge des Bundes an das EHB gegenüber dem Vorjahr stabil geblieben.

Der Betriebsbeitrag des Bundes an die Infrastruktur der SBB nahm im Vergleich zum Vorjahr um 90 Millionen zu. Dieser Zuwachs basiert auf der neuen Leistungsvereinbarung 2007-2010 mit der SBB und dem dazugehörigen Zahlungsrahmen im Umfang von total 5 880 Millionen. Angesichts des weiter wachsenden Bahninfrastrukturnetzes und der daraus folgenden zusätzlichen Unterhalts- und Betriebskosten verschieben sich die Ausgaben im Rahmen der Leistungsvereinbarung von Neuinvestitionen hin zu grösseren Betriebs- und Unterhaltsbeiträgen. Die Ausgaben im Rahmen der Leistungsvereinbarung 2007-2010 mit der SBB beliefen sich im Jahr 2007 auf total 1 425,6 Millionen. Nebst den Betriebsbeiträgen in Höhe von 445,5 Millionen handelt es sich dabei um Investitionsbeiträge in Höhe von 980,1 Millionen. Davon dienten 841,8 Millionen dem werterhaltenden Unterhalt des

bestehenden Netzes (Abgeltung der Abschreibungen der SBB) und 138,3 Millionen dem weiteren Netzausbau (unverzinsliche, bedingt rückzahlbare Darlehen für wertvermehrende Investitionen).

Die Abgeltung an die *Post* für gemeinwirtschaftliche Leistungen im Bereich Zeitungstransporte blieb im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

## 12 Beiträge an Dritte

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut %	
<b>Aufwand für Beiträge an Dritte</b>	<b>9 719</b>	<b>9 941</b>	<b>9 744</b>	<b>25</b>	<b>0,3</b>
Allgemeine Direktzahlungen Landwirtschaft	1 989	2 036	2 071	82	4,1
Ökologische Direktzahlungen Landwirtschaft	564	525	525	-39	-6,9
Regionaler Personenverkehr	955	959	956	2	0,2
Hochschulförderung, Grundbeiträge	504	492	491	-13	-2,6
Bestimmte Aktionen der Entwicklungszusammenarbeit	487	486	476	-10	-2,1
Stiftung Schweizerischer Nationalfonds	435	455	455	20	4,7
Pauschalbeiträge und Übergangsrecht (Berufsbildung)	400	423	423	23	5,9
Beihilfen und Zulagen Milchwirtschaft	437	361	361	-76	-17,3
Betriebsbeiträge Fachhochschulen	278	291	291	14	4,9
Forschungsrahmenprogramme der Europäischen Union	270	275	252	-18	-6,8
Allgemeine Beiträge an internationale Organisationen	205	222	222	17	8,4
Abgeltung kombinierter Verkehr	214	218	200	-14	-6,6
Anderer KTU Betrieb Infrastruktur	179	180	180	1	0,4
Wiederauffüllung IDA	159	166	166	7	4,4
Finanzielle Unterstützung humanitärer Aktionen	188	163	158	-30	-16,1
Europäische Weltraumorganisation ESA	141	138	139	-2	-1,5
Beiträge der Schweiz an die UNO	80	127	127	47	58,4
Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit	131	122	122	-8	-6,5
Beihilfen Pflanzenbau	112	116	109	-3	-2,6
Technologie- und Innovationsförderung KTI	99	106	106	7	6,8
Übrige Beiträge an Dritte	1 893	2 080	1 912	19	1,0
<b>Ausgaben für Beiträge an Dritte</b>	<b>9 719</b>	<b>9 941</b>	<b>9 697</b>	<b>-22</b>	<b>0,3</b>

Die Beiträge an Dritte erstrecken sich über verschiedene Aufgabenbereiche des Bundes. Gegenüber dem Vorjahr ist ein geringer Mehraufwand (+25 Mio.) zu verzeichnen.

Einerseits sind markante Rückgänge bei den *Beihilfen und Zulagen in der Milchwirtschaft* (-76 Mio.) und den *ökologischen Direktzahlungen* (-39 Mio.) sowie bei der *finanziellen Unterstützung humanitärer Aktionen* (-30 Mio.) zu verzeichnen. Die finanzielle Unterstützung humanitärer Aktionen war in den beiden Vorjahren aufgrund von Nachträgen wegen dem Tsunami in Südostasien bzw. der Libanon-Krise aussergewöhnlich hoch. Zusätzlich fiel der Rückgang für die *Forschungsprogramme der Europäischen Union* (-18 Mio.) aufgrund von Projektverzögerungen ins Gewicht.

Andererseits sind bei den *allgemeinen Direktzahlungen* bedeutende Mehraufwände gegenüber der Rechnung des Vorjahres (+82 Mio.) wie auch gegenüber dem Voranschlag 2007 zu verzeichnen. Diese resultierten aus der Mittelumlagerung von der Marktstützung zu den Direktzahlungen aufgrund der Neuausrichtung der Agrarpolitik und dem Umstand, dass im Rechnungsjahr 2007 ein Nachtragskredit von 35 Millionen notwendig wurde, um dem Mehrbedarf an Flächen- und Raufutterbeiträgen gerecht zu werden. Die *Beiträge der Schweiz an die UNO* stiegen im Vergleich zum Vorjahr aufgrund des höheren

Aufwandes der UNO für friedenserhaltende Operationen um 47 Millionen an. Mehrausgaben weisen zudem die *Pauschalbeiträge der Berufsbildung* (+23 Mio.), die Beiträge an die *Stiftung Schweizerischer Nationalfonds* (+20 Mio.) und die *übrigen Beiträge an Dritte* (+19 Mio.) auf.

Gegenüber dem Voranschlag wird ein Minderaufwand (-244 Mio.) ausgewiesen. Neben verschiedenen kleinen Kreditresten stehen zwei grössere Abweichungen im Vordergrund: Der Voranschlagskredit Verluste für Garantieverpflichtungen (-34 Mio.), welcher Bürgschaftsforderungen und Schuldverpflichtungen des Bundes gegenüber Banken nach Zwangsverwertungen von Liegenschaften abdeckt, wurde bedingt durch die Entspannung auf dem Wohnungsmarkt nicht ausgeschöpft. Weiter haben die Verzögerungen in den Verhandlungen mit den Empfängerstaaten der Kohäsionsbeiträge für die EU-Erweiterung (-30 Mio.) dazu geführt, dass die gestarteten Projekte erst ab 2008 zahlungswirksam werden.

Die Differenz zwischen Aufwand und Ausgaben ergibt sich hauptsächlich durch Abgrenzungen von Leistungen, die im Jahr 2007 bezogen wurden, jedoch erst im Folgejahr zur Auszahlung kommen.



## 13 Beiträge an Sozialversicherungen

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut	%
<b>Aufwand für Beiträge an Sozialversicherungen</b>	<b>12 783</b>	<b>13 744</b>	<b>13 417</b>	<b>634</b>	<b>5,0</b>
<b>Sozialversicherungen des Bundes</b>	<b>9 703</b>	<b>10 392</b>	<b>10 187</b>	<b>484</b>	<b>5,0</b>
Leistungen des Bundes an die AHV	5 095	5 460	5 440	345	6,8
Leistungen des Bundes an die IV	4 340	4 658	4 466	126	2,9
Leistungen des Bundes an die ALV	268	274	281	13	4,9
<b>Übrige Sozialversicherungen</b>	<b>3 080</b>	<b>3 352</b>	<b>3 230</b>	<b>150</b>	<b>4,9</b>
Individuelle Prämienverbilligung (IPV)	2 121	2 327	2 241	120	5,7
Ergänzungsleistungen zur AHV	384	401	403	19	5,0
Ergänzungsleistungen zur IV	292	322	306	14	4,9
Versicherungsleistungen Militärversicherung	207	228	205	-2	-0,9
Familienzulagen Landwirtschaft	76	74	74	-2	-2,5
<b>Ausgaben für Beiträge an Sozialversicherungen</b>	<b>12 783</b>	<b>13 738</b>	<b>13 411</b>	<b>628</b>	<b>4,9</b>

Die mit dem Voranschlag 2008 neu gebildete Kontengruppe fasst Beiträge an Sozialversicherungen zusammen. Damit werden die vorher auf die Kontengruppen «Beiträge an eigene Institutionen» und «Beiträge an Dritte» verteilten Kredite im Bereich der Sozialversicherungen gemeinsam aufgeführt und klar von den anderen Krediten im Transferaufwand getrennt. Diese Neuverteilung wurde rückwirkend für die Rechnung 2007 und frühere Jahre übernommen; die Werte für den Voranschlag 2007 wurden ebenfalls umgeschlüsselt.

Aufwand und Ausgaben nahmen gegenüber dem Vorjahr um rund 630 Millionen oder 5 Prozent zu. Dagegen wurde der Voranschlag 2007 um rund 330 Millionen oder 2,4 Prozent unterschritten. Die mit Abstand bedeutendsten Positionen betreffen die AHV und IV inklusive EL sowie die Prämienverbilligung. Der Bundesbeitrag an die AHV nahm gegenüber dem Vorjahr mit 6,8 Prozent deutlich zu. Die Hauptgründe liegen in der Rentenerhöhung um 2,8 Prozent und in der demografisch bedingten Zunahme der Rentner. Zusätzlich wirkt sich in 2007 der Wegfall der Beitragskürzung von je 85 Millionen aus, die mit dem Entla-

stungsprogramm 2003 in den Jahren 2005 und 2006 vorgenommen wurde. Diese Kürzung kompensierte den bereits bezahlten «Flexa-Beitrag» des Bundes im Jahr 2003. In der IV stagnierte die Rentnerzahl zum ersten Mal seit langem. Deshalb nahmen die Ausgaben und damit der Beitrag des Bundes lediglich im Rahmen der Rentenerhöhung zu. Gegenüber dem Voranschlag fielen die Ausgaben wegen der tiefer als erwartet ausgefallenen Zahl der Neurenten um gegen 200 Millionen oder 4,1 Prozent geringer aus. Der markante Anstieg der Ausgaben für die *Ergänzungsleistungen* zur AHV und IV ist auf die Erhöhung des Betrages für den allgemeinen Lebensbedarf und die Entwicklung der Heimkosten zurückzuführen. Der Aufwand für die *Individuelle Prämienverbilligung* ist gegenüber dem Vorjahr mit 5,7 Prozent stark gestiegen. Dieses Wachstum ist Folge der Aufstockung der Bundesmittel für die hälftige Verbilligung der Prämien von Kindern und jungen Erwachsenen um 100 Millionen gegenüber dem Vorjahr. Zudem haben die Kantone die Mittel stärker ausgeschöpft als im 2006. Gegenüber dem Voranschlag 2007 fielen die vom Bund geleisteten Beiträge dennoch um 86 Millionen geringer aus.

## 14 Investitionsbeiträge (Wertberichtigung)

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut	%
<b>Ausgaben für Investitionsbeiträge</b>	<b>5 292</b>	<b>5 007</b>	<b>4 966</b>	<b>-326</b>	<b>-6,2</b>
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	1 334	1 291	1 328	-6	-0,5
Nationalstrassen, Bau	1 184	1 286	1 263	80	6,7
LV SBB Infrastrukturinvestitionen	856	861	842	-14	-1,6
Nationalstrassen, Unterhalt	612	550	550	-62	-10,2
Hauptstrassen	188	189	189	1	0,5
Andere KTU Infrastrukturinvestitionen	170	171	155	-16	-9,1
Hochwasserschutz	91	88	111	19	21,1
Landwirtschaftliche Strukturverbesserungen	107	107	92	-15	-14,1
Natur und Landschaft	47	51	70	24	51,2
Investitionsbeiträge an kantonale Universitäten	67	61	61	-5	-8,1
Schutz Naturgefahren	66	52	52	-14	-21,2
Heimatschutz und Denkmalpflege	27	26	40	13	50,2
Anschlussgleise	22	21	31	9	40,9
Pauschalbeiträge und Übergangsrecht (Berufsbildung)	30	30	30	-	-0,7
Abwasser - und Abfallanlagen	46	50	27	-19	-40,4
Übrige Investitionsbeiträge	446	174	125	-321	-72,1
<b>Wertberichtigung Investitionsbeiträge</b>	<b>-</b>	<b>5 045</b>	<b>4 966</b>	<b>n.a.</b>	<b>n.a.</b>

n.a.: nicht ausgewiesen. Die Zahlen 2006 sind wegen des Strukturbruchs durch NRM nicht vergleichbar. Die Umschlüsselung in die neue Struktur wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände und Erträge vorgenommen. In den Zahlen 2006 sind insbesondere keine Abschreibungen, Wertberichtigungen, Rückstellungen und zeitlichen Abgrenzungen enthalten. Aus diesem Grund wird auf die Saldierung und den Vorjahresvergleich verzichtet.

Gegenüber dem Vorjahr gingen die Investitionsbeiträge um 6,2 Prozent zurück. 87 Prozent der Investitionsbeiträge flossen in den Verkehrsbereich (öffentlicher Verkehr 47 %, Strassenverkehr 40 %). Die Investitionsbeiträge werden in der Erfolgsrechnung zu 100 Prozent wertberichtigt. Wegen der NRM-Einführung sind bei den Aufwandpositionen für die Rechnung 2006 entsprechend keine Vergleichswerte verfügbar.

Im Einzelnen ist auf folgende Veränderungen gegenüber dem Vorjahr hinzuweisen:

- Die Ausgaben für den *Nationalstrassenbau* stiegen gegenüber dem Vorjahr um 80 Millionen an, da die geplanten Vorhaben, im Gegensatz zu 2006, weitestgehend programmgemäss abgewickelt werden konnten.
- Der *Nationalstrassenunterhalt* wurde im vorgesehenen Ausmass durchgeführt. Der Rückgang der Ausgaben um 62 Millionen gegenüber dem Vorjahr ist darauf zurückzuführen, dass 2006 ausserordentliche Sonderausgaben angefallen waren (insbesondere für den Felssturz Gurtellen und Beschleunigungsmassnahmen bei einzelnen Unterhaltsmassnahmen auf stark belasteten Streckenabschnitten). Diese hatten einen Nachtrag von 60 Millionen nötig gemacht.
- Bei den *Infrastrukturinvestitionen* der Bahnen ist gegenüber der Rechnung 2006 ein Rückgang von 30 Millionen zu verzeichnen. Die im Voranschlag beabsichtigten Investitionen der konzessionierten Transportunternehmungen (KTU) konnten aufgrund verschiedener Faktoren nicht in vollem Umfang durchgeführt werden. Bei der SBB fand aufgrund des stetig wachsenden Bahninfrastrukturnetzes eine leichte Umlagerung von den Investitions- zu den Betriebsbeiträ-

gen statt. Die gesamten Beiträge des Bundes an die SBB Infrastruktur sind gegenüber dem Vorjahr um 12 Millionen auf 1 426 Millionen gestiegen.

- Im *Hochwasserschutz* sind gegenüber der Rechnung des Vorjahres Mehrausgaben von 19 Millionen zu verzeichnen. Diese sind auf die erfolgte Kreditübertragung von 23 Millionen aus dem Jahr 2006 auf das Rechnungsjahr 2007 aufgrund von Projektverzögerungen im Zusammenhang mit dem Unwetter 2005 zurückzuführen.
- Die Ausgaben für die *landwirtschaftlichen Strukturverbesserungen* sind gegenüber dem Voranschlag 2007 wie auch gegenüber der Rechnung 2006 geringer ausgefallen, da Wiederherstellungsprojekte im Zusammenhang mit den Unwettern 2005 und 2007 sowie auch ordentliche Projekte aufgrund von Projektverzögerungen aus unterschiedlichen Gründen nicht im vorgesehenen Umfang bearbeitet werden konnten.
- Die Mehrausgaben für *Natur und Landschaft* sind auf einen Nachtragskredit im Rechnungsjahr 2007 in der Höhe von 20 Millionen zum Abbau altrechtlicher Verpflichtungen gegenüber den Kantonen zurückzuführen. Die verbleibende Differenz zur Rechnung 2006 ergibt sich aus der Tatsache, dass der Kredit im Vorjahr aufgrund einer fehlenden Rechtsgrundlage im Zusammenhang mit den Pärken nationaler Bedeutung in der Höhe von 2,4 Millionen gesperrt war.
- Die Minderausgaben beim *Schutz Naturgefahren* im Vergleich zur Rechnung 2006 rühren daher, dass die Ausgaben im Vorjahr aufgrund eines Nachtragskredites im Zusammenhang mit den Unwettern 2005 ausserordentlich hoch waren.

- Die Beiträge des Bundes zugunsten von *Heimatschutz und Denkmalpflege* haben im Vergleich zur Rechnung 2006 um 13 Millionen zugenommen. Die Zunahme begründet sich durch eine mittels Nachtrag gewährte Kreditaufstockung. Mit der Einführung der NFA auf 2008 ersetzen mehrjährige Programmvereinbarungen zwischen Bund und Kantonen die Subventionierung von Einzelvorhaben. Die Aufstockung des Kredites 2007 wurde gewährt, um einen teilweisen Abbau der bestehenden, noch nach altem Recht eingegangenen Verpflichtungen vor der Einführung der NFA zu realisieren. Der gewährte Nachtragskredit beträgt 20 Millionen, davon werden sieben Millionen – mangels zur Abrechnung bereiter Projekte – auf das Folgejahr übertragen.
- Bei den *Anschlussgleisen* konnten gegenüber dem Vorjahr aufgrund der erhaltenen Zahlungsgesuche um 9 Millionen höhere Investitionsbeiträge gesprochen werden. Die Erhöhung per Nachtrag II/2007 erfolgte zulasten der Investitionsbeiträge im kombinierten Verkehr, die aufgrund von Projektverzögerungen nur 0,2 Prozent der geplanten Höhe erreichten.
- Bei den *Abwasser- und Abfallanlagen* resultieren gegenüber dem Voranschlag 2007 wie auch gegenüber der Rechnung des Vorjahres Minderausgaben. Diese sind durch Verzögerungen bei der geplanten Zusicherung für die KVA Tessin sowie durch eine teilweise Kompensation des Nachtrags Natur und Landschaft begründet.

## 15 Beteiligungseinnahmen

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006	
				absolut	%
<b>Beteiligungseinnahmen</b>	<b>611</b>	<b>578</b>	<b>509</b>	<b>-102</b>	<b>-16,7</b>
<b>Ausschüttungen von namhaften Beteiligungen</b>	<b>611</b>	<b>577</b>	<b>508</b>	<b>-102</b>	<b>-16,8</b>
Dividenden Swisscom	607	570	501	-106	-17,5
Gewinnablieferung Post	–	–	–	–	–
Dividenden Ruag	3	7	7	4	112,7
Übrige	–	–	–	–	–
<b>Einnahmen aus übrigen Beteiligungen</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>–</b>
<b>Beteiligungsertrag (übrige Beteiligungen)</b>	<b>611</b>	<b>–</b>	<b>1</b>	<b>-610</b>	<b>-99,9</b>

Die *Beteiligungseinnahmen* lagen mit 509 Millionen um rund 102 Millionen unter der Vorjahresrechnung. Die Abweichung ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass der Bund in der Zeit zwischen den Dividendenausschüttungen 2006 und 2007 rund 8,5 Millionen Swisscom-Aktien verkaufte (Teilnahme am Aktienrückkauf 2006 der Swisscom und Verkauf von Aktien über die Börse). Entsprechend waren die Einnahmen trotz einer Erhöhung der Dividende von 16 auf 17 Franken pro Aktie geringer als im Vorjahr (-106 Mio.). Die RUAG schüttete eine Dividende von 7 Millionen aus, 4 Millionen mehr als im Vorjahr. Die weiteren namhaften Beteiligungen des Bundes (Post, SBB, skyguide und SAPOMP Wohnbau AG) nahmen keine Ausschüttungen vor. Aus verschiedenen nicht namhaften Beteiligungen, die insbesondere durch das BAV, das BBL und das BWO gehalten werden,

erzielte der Bund Einnahmen von 0,6 Millionen, was leicht über dem Budget liegt.

In der *Erfolgsrechnung* beträgt der *Beteiligungsertrag* 0,9 Millionen. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus den oben beschriebenen Beteiligungseinnahmen von *nicht namhaften (übrigen) Beteiligungen* von 0,6 Millionen und aus einem Buchgewinn von 0,3 Millionen auf einer nicht namhaften Beteiligung, die durch das BAV im Berichtsjahr verkauft wurde. Die Beteiligungseinnahmen von *namhaften Beteiligungen* werden in der Erfolgsrechnung umgehend neutralisiert, weil Ausschüttungen zu einer Reduktion des Equitywertes führen (für die Entwicklung der Equitywerte vgl. Ziffer 28).

## 16 Übriger Finanzertrag

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006	
				absolut	%
<b>Übriger Finanzertrag</b>	<b>478</b>	<b>705</b>	<b>1 108</b>	<b>n.a.</b>	<b>n.a.</b>
<b>Zinsertrag</b>	<b>478</b>	<b>694</b>	<b>690</b>		
Finanzanlagen: Wertschriften	35	57	63		
Finanzanlagen: Banken und übrige	187	139	271		
Darlehen aus Finanzvermögen	67	226	144		
Darlehen aus Verwaltungsvermögen	21	19	22		
Vorschuss FEG	147	249	181		
Guthaben und übriger Zinsertrag	21	4	9		
<b>Kursgewinne</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>96</b>		
<b>Verschiedener Finanzertrag</b>	<b>-</b>	<b>10</b>	<b>322</b>		
<b>Übrige Finanzeinnahmen</b>	<b>478</b>	<b>689</b>	<b>771</b>	<b>293</b>	<b>61,3</b>

n.a.: nicht ausgewiesen. Die Zahlen 2006 sind wegen des Strukturbruchs durch NRM nicht vergleichbar. Die Umschlüsselung in die neue Struktur wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände und Erträge vorgenommen. In den Zahlen 2006 sind insbesondere keine Abschreibungen, Wertberichtigungen, Rückstellungen und zeitlichen Abgrenzungen enthalten. Aus diesem Grund wird auf die Saldierung und den Vorjahresvergleich verzichtet.

Grundsätzlich kann kein Vergleich zwischen den Zahlen 2006 und 2007 gemacht werden, da im 2007 eine periodengerechte Verbuchung erfolgte. Bei den Finanzanlagen an *Banken und übrige* ist die Veränderung zwischen Voranschlag und Rechnung hauptsächlich auf einen Zinsanstieg sowie einen durchschnittlich höheren Anlagestand zurück zu führen. Bei den *Darlehen aus Finanzvermögen* ist die Veränderung zwischen Voranschlag und Rechnung mit der deutlich tieferen Beanspruchung von Arbeitslosenversicherungsdarlehen zu erklären. Die Erträge aus dem Fonds für Eisenbahngrossprojekte (FEG) waren im Vergleich zum Voranschlag 2007 geringer, weil die vom Bund im Jahr 2007 geleistete Bevorschussung tiefer als geplant war.

Kursgewinne oder Kursverluste auf Fremdwährungskonten (siehe auch Ziffer 18) entstehen durch Buchwertveränderungen innerhalb eines Monats. Diese entstehen durch Fremdwährungskäufe zum Beschaffungskurs, Zahlungsaus- und -einzüge zum Budgetkurs beziehungsweise bei Spezialgeschäften zum

vereinbarten Fixkurs sowie der Bewertung per Monatsende zum Marktpreis. Der jeweilige Erfolg wird brutto verbucht.

Der verschiedene Finanzertrag beinhaltet die monatlichen Bewertungskorrekturen der Zinssatzswaps, die als strategische Positionen gehalten und zu Marktpreisen bewertet werden. Die Zinssatzswaps werden nach dem Vorsichtsprinzip bewertet, das heisst bis maximal zum Anschaffungswert wird die monatliche Bewertungskorrektur in der Erfolgsrechnung nach dem Bruttoprinzip dargestellt (siehe auch Ziffer 18). Werte über dem Anschaffungswert fliessen in die Bilanz (siehe auch Kapitel 23 derivative Finanzinstrumente).

Die Differenz zwischen übrigem Finanzertrag und übrigen Finanzeinnahmen rührt hauptsächlich von Bewertungskorrekturen der Zinssatzswaps und zeitlichen Abgrenzungen der Zinseinnahmen her.

## 17 Zinsaufwand

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006	
				absolut	%
<b>Zinsaufwand</b>	<b>3 993</b>	<b>3 837</b>	<b>3 635</b>	<b>n.a.</b>	<b>n.a.</b>
Anleihen	3 339	3 152	3 096		
Festgelder	22	32	43		
Geldmarktbuchforderungen	196	382	228		
Geldmarktkredite	1	14	1		
Zinsswaps	158	85	62		
Sparkasse Bundespersonal	49	45	63		
Pensionskasse Bund	156	59	60		
Übriger Zinsaufwand	73	68	84		
<b>Zinsausgaben</b>	<b>3 993</b>	<b>3 974</b>	<b>3 849</b>	<b>-144</b>	<b>-3,6</b>

n.a.: nicht ausgewiesen. Die Zahlen 2006 sind wegen des Strukturbruchs durch NRM nicht vergleichbar. Die Umschlüsselung in die neue Struktur wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände und Erträge vorgenommen. In den Zahlen 2006 sind insbesondere keine Abschreibungen, Wertberichtigungen, Rückstellungen und zeitlichen Abgrenzungen enthalten. Aus diesem Grund wird auf die Saldierung und den Vorjahresvergleich verzichtet.

Grundsätzlich kann kein Vergleich zwischen den Zahlen 2006 und 2007 gemacht werden, da im 2007 eine periodengerechte Verbuchung erfolgte.

Bei den *Anleihen* wurde der Bestand 2007 praktisch nicht verändert. Der Zinsaufwand war geringer als budgetiert, weil im Jahr 2006 weniger Mittel als geplant aufgenommen wurden. Da auch im 2007 das geplante Emissionsvolumen unterschritten wurde, waren die vereinnahmten Agios (netto) geringer als budgetiert. Da die Mittelbeschaffung bei den *Geldmarktbuchforderungen* deutlich tiefer war als geplant, ist trotz gestiegener Zinssätze ein kleinerer Aufwand entstanden. Durch den Anstieg der Einlagen in die Sparkasse des Bundespersonals und die höhere Verzinsung lag der Aufwand über dem budgetierten Wert.

Die Reduktion der *Zinsausgaben* gegenüber der Rechnung 2006 ist hauptsächlich der Ausfinanzierung der Pensionskasse des Bundes zuzuschreiben.

Die Differenz zwischen Zinsaufwand und Zinsausgaben liegt vor allem in der Amortisation des Agio/Disagios der Anleihen begründet. Das in den jeweiligen Jahren erzielte Agio oder Disagio wird für die entsprechenden Anleihen aktiviert oder passiviert und anschliessend nach dem Jährlichkeitsprinzip über die Restlaufzeit amortisiert. Der gesamte zu amortisierende Anteil kann sich je nach dem im jeweiligen Jahr erzielten Agio oder Disagio entsprechend vergrössern oder verkleinern.

## 18 Übriger Finanzaufwand

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007	Differenz zu R 2006 absolut	%
<b>Übriger Finanzaufwand</b>	<b>112</b>	<b>159</b>	<b>378</b>	<b>n.a.</b>	<b>n.a.</b>
Kursverluste	–	–	54		
Kapitalbeschaffungsaufwand	112	159	143		
Verschiedener Finanzaufwand	–	–	181		
<b>Übrige Finanzausgaben</b>	<b>112</b>	<b>151</b>	<b>153</b>	<b>42</b>	<b>37,2</b>

n.a.: nicht ausgewiesen. Die Zahlen 2006 sind wegen des Strukturbruchs durch NRM nicht vergleichbar. Die Umschlüsselung in die neue Struktur wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände und Erträge vorgenommen. In den Zahlen 2006 sind insbesondere keine Abschreibungen, Wertberichtigungen, Rückstellungen und zeitlichen Abgrenzungen enthalten. Aus diesem Grund wird auf die Saldierung und den Vorjahresvergleich verzichtet.

Grundsätzlich kann kein Vergleich zwischen den Zahlen 2006 und 2007 gemacht werden, da im 2007 eine periodengerechte Verbuchung erfolgte.

*Kursverluste* oder Kursgewinne auf Fremdwährungskonten (siehe auch Ziffer 16) entstehen durch Buchwertveränderungen innerhalb eines Monats. Diese entstehen durch Fremdwährungskäufe zum Beschaffungskurs, Zahlungsaus- und -eingänge zum Budgetkurs beziehungsweise bei Spezialgeschäften zum vereinbarten Fixkurs sowie der Bewertung per Monatsende zum Marktpreis. Der jeweilige Erfolg wird brutto verbucht.

Der geringere *Kapitalbeschaffungsaufwand* ist durch eine tiefere Mittelaufnahme im Geld- und Kapitalmarkt entstanden.

Der *verschiedene Finanzaufwand* beinhaltet die monatlichen Bewertungskorrekturen der Zinssatzswaps, die als strategische Positionen gehalten und zu Marktpreisen bewertet werden. Die Zinssatzswaps werden nach dem Vorsichtsprinzip bewertet, das heisst bis maximal zum Anschaffungswert wird die monatlichen Bewertungskorrektur in der Erfolgsrechnung nach dem Bruttoprinzip dargestellt (siehe auch Ziffer 16). Werte über dem Anschaffungswert fliessen in die Bilanz (siehe auch Kapitel 23 derivative Finanzinstrumente).

Die Differenz zwischen übrigem Finanzaufwand und übrigen Finanzausgaben erklärt sich vorab mit der Bewertung von Zinssatzswaps und der zeitlichen Abgrenzung von Kommissionen von Anleihen.

**19 Ausserordentliche Einnahmen**

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007
<b>Ausserordentliche Einnahmen</b>	<b>3 203</b>	–	<b>754</b>
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>3 203</b>	–	<b>754</b>
Verkauf Swisscom-Aktien	3 203	–	754
<b>Ausserordentlicher Ertrag</b>	–	–	<b>630</b>

2007 hat der Bund 1 593 764 Swisscom-Aktien zu einem durchschnittlichen Kurs von 473,30 Franken am Markt verkauft und somit 754 Millionen ausserordentliche Einnahmen erzielt. Der Bundesbestand belief sich per Ende September 2007 auf 29 494 000 Swisscom-Aktien. Der Anteil des Bundes an der Swisscom sank damit von 54,8 Prozent per Ende 2006 auf 52,0 Prozent. Dieser Abbau des Aktienbestandes entspricht der Absicht des Bundes, seinen Anteil an der Swisscom mittelfristig unter Berücksichtigung der Marktverhältnisse auf dem Niveau von 50 Prozent plus 1 Aktie anzunähern. Da es sich bei dem Verkauf um marktsensitive Daten handelt, wurden die Zahlen im Voranschlag nicht eingestellt.

*Ausserordentliche Einnahmen* erhöhen den Ausgabenplafond gemäss Schuldenbremse nicht. Gemäss Artikel 13 Absatz 2 FHG (SR 611.0) werden sie zur Bestimmung der höchstzulässigen Ausgaben nicht beigezogen. Damit wird vermieden, dass einmalige Einnahmenspitzen zu einem erhöhten Ausgabenvolumen führen können. Stattdessen sind sie zur Schuldentilgung einzusetzen.

In der *Erfolgsrechnung* fällt gegenüber der Finanzierungsrechnung ein geringerer ausserordentlicher Ertrag von 630 Millionen an, weil nur der über den Bilanzwert von 125 Millionen hinausgehende Teil der Einnahmen einen Wertzuwachs (Buchgewinn) implizieren.

**20 Ausserordentliche Ausgaben**

Mio. CHF	Rechnung 2006	Voranschlag 2007	Rechnung 2007
<b>Ausserordentliche Ausgaben</b>	–	–	<b>7 038</b>
<b>Laufende Ausgaben</b>	–	–	<b>7 038</b>
Überweisung Golderlös an AHV	–	–	7 038
<b>Ausserordentlicher Aufwand</b>	–	–	–

Im Rahmen der ersten Serie von Nachtragskrediten haben die eidgenössischen Räte der Überweisung des Bundesanteils von rund sieben Milliarden Franken aus dem Verkaufserlös *überschüssiger Nationalbankgoldreserven* an den Ausgleichsfonds der AHV zugestimmt. Dieser Golderlös erschien in der Rechnung 2005 vorgängig als ausserordentliche Einnahme. Bereits in der Wintersession 2005 beschlossen National- und Ständerat, die sieben Milliarden dem Ausgleichsfonds der AHV gutzuschreiben, sofern die KOSA-Initiative zurückgezogen oder abgelehnt würde. Das Bundesgesetz über die Verwendung des Bundesanteils am Nationalbankgold (SR 951.19) stellte somit einen indirekten Gegenentwurf zur KOSA-Initiative dar. Für den Fall einer Überweisung wurde bereits in der Rechnung 2005 eine Rückstellung gebildet. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Voranschlages 2007 bestand aber über den definitiven Verwendungszweck immer noch eine grosse Unsicherheit – insbesondere war der Abstimmungsausgang der KOSA-Initiative offen. Aus diesem Grund wurde die Überweisung an den AHV-Ausgleichsfonds nicht in den Voranschlag aufgenommen. Mit der Ablehnung der Initia-

tive trat das Bundesgesetz am 1.3.2007 in Kraft. Die Überweisung erfolgte ab diesem Datum in zehn wöchentlichen Tranchen.

*Ausserordentliche Ausgaben* im Sinne der Schuldenbremse unterstehen einer Ausnahmeregelung. Diese wurde geschaffen, um die Stetigkeit der staatlichen Aufgabenerfüllung zu gewährleisten. In ausserordentlichen und vom Bund nicht steuerbaren Situationen wie in schweren Rezessionen, bei Naturkatastrophen oder anderen besonderen Ereignissen kann der Ausgabenplafond der Schuldenbremse erhöht werden. Auch Anpassungen im Rechnungsmodell sowie verbuchungsbedingte Zahlungsspitzen stellen gemäss Schuldenbremse einen Grund für ausserordentlichen Zahlungsbedarf dar. Damit wird vermieden, dass ausserordentliche Ausgaben unbestrittene ordentliche Ausgaben im Rahmen des zulässigen Aufgabenplafonds verdrängen und es in der Erfüllung der Aufgaben dadurch zu unerwünschten Schwankungen kommt. Der Gesamtbetrag der ausserordentlichen Ausgaben muss allerdings 0,5 Prozent der Ausgaben übersteigen und die Mehrheit der Mitglieder beider Räte muss

der Erhöhung der zulässigen Gesamtausgaben zustimmen. Die gesetzlichen Grundlagen für ausserordentliche Ausgaben sind in der Bundesverfassung und im Finanzhaushaltgesetz festgelegt (Art. 126 Abs. 3 BV; SR 101 und Art. 15 FHG; SR 611.0).

Die Überweisung des Golderlöses stellt eine einmalige, *verbuchungsbedingte Zahlungsspitze* dar und genügt damit den gesetzlichen Anforderungen für die Ausserordentlichkeit. Die entsprechende Einnahme im Jahr 2005 wurde zudem bereits als ausserordentliche Einnahme verbucht.

Da der Verkaufserlös beim Zahlungseingang 2005 lediglich das Finanzvermögen erhöhte und die Überweisung im Jahr 2007 dieses nun wieder reduziert, zieht diese ausserordentliche Ausgabe *keine Erhöhung der Bruttoschulden* nach sich.

Die Überweisung hat keinen Einfluss auf das Ergebnis der *Erfolgsrechnung*, weil die Zahlung durch die Auflösung der 2005 gebildeten Rückstellung wertmässig neutralisiert wird.

## Bilanzpositionen

### 21 Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen

Mio. CHF	Eröffnungsbilanz	Rechnung	Differenz	
	01.01.2007	2007 31.12.2007	absolut	%
<b>Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen</b>	<b>378</b>	<b>546</b>	<b>168</b>	<b>44,3</b>
Kasse	2	2	–	-13,1
Post	129	136	6	4,9
Bank	247	408	162	65,5

Die Position Bank setzt sich aus Schweizerfranken- und Fremdwährungskonten zusammen. Der leicht höhere Bestand gegenüber der Eröffnungsbilanz ist vor allem durch eine nicht genau

planbare Fristigkeit der Zahlungen über das Jahresende entstanden.

### 22 Forderungen

Mio. CHF	Eröffnungsbilanz	Rechnung	Differenz	
	01.01.2007	2007 31.12.2007	absolut	%
<b>Forderungen</b>	<b>5 959</b>	<b>6 292</b>	<b>333</b>	<b>5,6</b>
Steuer- und Zollforderungen	5 157	5 753	596	11,6
Kontokorrente	1 074	668	-406	-37,8
Übrige Forderungen	297	408	111	37,4
Wertberichtigungen	-569	-536	-32	-5,7

Die *Steuer- und Zollforderungen* (5 753 Mio.) bestehen zu einem grossen Teil aus offenen Mehrwertsteuerforderungen in Höhe von 2 776 Millionen, wovon 1 520 Millionen auf Mehrwertsteuereinnahmen aus Importen entfallen. Die Forderungen im Bereich der Stempelabgaben betragen 1 037 Millionen. Der Rest umfasst Forderungen im Bereich der LSVA, der Mineralöl- und Tabaksteuer. Die Veränderung der Steuer- und Zollforderungen (+596 Millionen) ist primär auf eine Umgruppierung der Forderungen der Mineralöl- und Tabaksteuer von der Kontengruppe Kontokorrente in die Steuer- und Zollforderungen zurückzuführen (+557 Mio.). Bedingt durch die gute Wirtschaftslage wuchs auch der Debitorenbestand beim Zentralisierten Abrechnungsverfahren der Zollverwaltung (ZAZ) und bei der LSVA.

Die Abnahme der *Kontokorrente* um 406 Millionen ist im Wesentlichen das Ergebnis zweier gegenläufiger Entwicklungen. Zum einen werden die Forderungen der Mineralöl- und Tabaksteuer ab 2007 nicht mehr in dieser Kontengruppe verbucht (siehe oben), zum anderen erhöhten sich die Kantonskontokorrente (+91 Mio.) sowie das Kontokorrent Fürstentum Liechtenstein (+92 Mio.).

Die Position *Übrige Forderungen* (408 Mio.) enthält namentlich Forderungen aus Wehrpflichtersatz gegenüber den Kantonen (110 Mio.), welche erst im Januar 2008 beglichen werden und den Hauptgrund für die Zunahme dieser Kontengruppe von insgesamt 111 Millionen ausmachen, sowie an die Zentrale Inkassostelle abgetretene Forderungen (74 Mio.).



Der Stand der Wertberichtigungen auf Forderungen (Delkredere) – vorwiegend Mehrwertsteuer (328 Mio.) und Forderungen

der Zentralen Inkassostelle (74 Mio.) – konnte um 32 Millionen gesenkt werden.

### 23 Finanzanlagen

Mio. CHF	01.01.2007		31.12.2007		2007 Ø-Verzinsung %
	Bilanzwert	Marktwert	Bilanzwert	Marktwert	
<b>Kurzfristige Finanzanlagen</b>	<b>12 374</b>	–	<b>10 337</b>	–	–
<b>Bis Endverfall gehalten</b>	<b>12 374</b>	–	<b>10 337</b>	–	–
Festgelder über drei Monate	10 511	10 531	7 800	7 832	2,40
SNB Festgelder	1 001	1 004	1 000	1 002	2,39
Darlehen	750	n.v.	1 455	n.v.	n.v.
Positive Wiederbeschaffungswerte	106	n.v.	76	n.v.	n.v.
Anlagen Spezialfonds	6	n.v.	6	n.v.	n.v.
<b>Zur Veräusserung verfügbar</b>	–	–	–	–	–
<b>Handelsbestand</b>	–	–	–	–	–
<b>Langfristige Finanzanlagen</b>	<b>13 740</b>	–	<b>13 193</b>	–	–
<b>Bis Endverfall gehalten</b>	<b>13 740</b>	–	<b>13 193</b>	–	–
Obligationen	1 709	1 778	1 015	1 058	4,41
Floating Rate Notes (FRN)	170	171	10	10	1,09
Darlehen	11 861	n.v.	12 167	n.v.	n.v.
<b>Zur Veräusserung verfügbar</b>	–	–	–	–	–

n.v.: nicht verfügbar.

Mit den neuen Rechnungslegungsvorschriften RRV-EBK können Finanzpositionen in den drei Kategorien Finanzanlagen bis Endverfall gehalten, zur Veräusserung verfügbar oder als Handelsbestand gehalten werden. Zurzeit hält der Bund ausschliesslich Finanzanlagen bis Endverfall. Der Bilanzwert dieser Finanzpositionen entspricht dem Nominalbetrag. Der Marktwert wird im Anhang ausgewiesen und stellt den effektiven Wert der Finanzanlagen per Stichtag dar. Die durchschnittliche Verzinsung stellt den realisierten Zinssatz sämtlicher Finanzpositionen des Berichtsjahres dar.

Durch die Auszahlung der Gelder des Bundesanteils aus den Goldverkäufen durch die Schweizerische Nationalbank an die AHV im Betrag von 7,04 Milliarden reduzierten sich die Tresoreriebestände zum Teil. Dennoch waren diese per Jahresende relativ hoch, da am 8.1.2008 eine eidgenössische Anleihe in der Höhe von 5,4 Milliarden zurückbezahlt wurde. Diese Mittel wurden im Berichtsjahr vorfinanziert.

### Derivative Finanzinstrumente

Mio. CHF	Nominalwert		Positiver Wiederbeschaffungswert		Negativer Wiederbeschaffungswert	
	01.01.2007	31.12.2007	01.01.2007	31.12.2007	01.01.2007	31.12.2007
<b>Derivative Finanzinstrumente</b>	<b>8 558</b>	<b>7 598</b>	<b>106</b>	<b>76</b>	<b>-305</b>	<b>-166</b>
<b>Zinsinstrumente</b>	<b>6 300</b>	<b>5 450</b>	<b>11</b>	<b>16</b>	<b>-299</b>	<b>-140</b>
Zinsswaps	6 300	5 450	11	16	-299	-140
Optionen	–	–	–	–	–	–
<b>Devisen</b>	<b>2 258</b>	<b>2 148</b>	<b>95</b>	<b>60</b>	<b>-7</b>	<b>-25</b>
Terminkontrakte	2 258	2 148	95	60	-7	-25
Optionen	–	–	–	–	–	–

In der Berichtsperiode wurden keine neuen Zinsswaps abgeschlossen. Dem Nominalwert der netto Payer-Zinsswap-Position liegt ein negativer Marktwert von -124 Millionen zugrunde. Dieser Marktwert setzt sich aus den Einzelpositionen zusammen, die per Stichtag einen positiven oder negativen Marktwert haben. Dieser Wert hat sich aufgrund steigender Zinsen gegenüber der Eröffnungsbilanz um 164 Millionen verbessert.

Den Terminkontrakten in EURO und USD liegt ein nicht bilanzierter Nominalbetrag in Schweizerfranken zugrunde. Der positive Marktwert von 35 Millionen ergibt sich aus der Bewertung der entsprechenden Positionen am Stichtag. Das entsprechende Resultat der Bewertung fliesst in die Bilanz.



**Absicherungsgeschäfte zukünftiger Transaktionen (Cash flow-Hedge)**

31.12.2007 EUR

Mio. CHF	Total 2007	Nominalwert		
		Fälligkeiten		
		< 1 Jahr	1 - 5 Jahre	> 5 Jahre
<b>Absicherungsgeschäfte Euro</b>	<b>703</b>	<b>703</b>	–	–
Spezialgeschäfte	3	3	–	–
Budget	700	700	–	–

31.12.2006 EUR

Mio. CHF	Total 2006	Nominalwert		
		Fälligkeiten		
		< 1 Jahr	1 - 5 Jahre	> 5 Jahre
<b>Absicherungsgeschäfte Euro</b>	<b>731</b>	<b>728</b>	<b>3</b>	–
Spezialgeschäfte	6	3	3	–
Budget	725	725	–	–

31.12.2007 USD

Mio. CHF	Total 2007	Nominalwert		
		Fälligkeiten		
		< 1 Jahr	1 - 5 Jahre	> 5 Jahre
<b>Absicherungsgeschäfte US-Dollar</b>	<b>925</b>	<b>506</b>	<b>357</b>	<b>62</b>
Spezialgeschäfte	510	91	357	62
Budget	415	415	–	–

31.12.2006 USD

Mio. CHF	Total 2006	Nominalwert		
		Fälligkeiten		
		< 1 Jahr	1 - 5 Jahre	> 5 Jahre
<b>Absicherungsgeschäfte US-Dollar</b>	<b>1 020</b>	<b>510</b>	<b>370</b>	<b>140</b>
Spezialgeschäfte	563	53	370	140
Budget	457	457	–	–

Die Absicherung für EUR und USD werden jeweils nur für das entsprechende Budgetjahr getätigt. Die Spezialgeschäfte hingegen werden für die ganze Laufzeit der jeweiligen Projekte abgesichert.

Die Arbeitslosenversicherung (ALV) beansprucht hauptsächlich Darlehen mit einer einjährigen Laufzeit. Die durchschnittliche

Verzinsung ist durch den Zinsanstieg höher. Der Vorschuss für den Fonds für Eisenbahngrossprojekte (FEG) wird jährlich erneuert, jeweils erhöht um die Finanzierungslücke des FEG im betreffenden Jahr. Die Veränderung bei den übrigen Darlehen ist durch eine höhere Overnight Anlage bei der PostFinance entstanden.

**Darlehen im Finanzvermögen**

Mio. CHF	Bilanzwert		Fälligkeiten per 31.12.2007			Ø-Verzinsung %	
	01.01.2007	31.12.2007	< 1 Jahr	1 - 5 Jahre	> 5 Jahre	2006	2007
<b>Darlehen im Finanzvermögen</b>	<b>12 611</b>	<b>13 622</b>	<b>5 575</b>	<b>7 717</b>	<b>330</b>	<b>2,49</b>	<b>2,89</b>
Arbeitslosenversicherung	4 800	4 800	4 200	600	–	1,88	2,31
Fonds für Eisenbahngrossprojekte, Vorschüsse	6 731	7 037	–	7 037	–	2,66	3,21
Übrige Darlehen	1 080	1 785	1 375	80	330	3,41	3,54

## 24 Vorräte

Mio. CHF	Eröffnungsbilanz 01.01.2007	Rechnung 2007 31.12.2007	Differenz	
			absolut	%
<b>Vorräte</b>	<b>216</b>	<b>214</b>	<b>-2</b>	<b>-1,1</b>
<b>Vorräte aus Kauf</b>	<b>192</b>	<b>198</b>	<b>5</b>	<b>2,8</b>
Handelswaren	176	186	10	5,8
Rohmaterial	24	26	2	9,8
Verbrauchs-, Hilfs- und Betriebsmaterial	1	1	–	10,9
Wertberichtigungen auf Vorräten aus Kauf	-8	-16	-7	-89,5
<b>Vorräte aus Eigenfertigung</b>	<b>24</b>	<b>16</b>	<b>-8</b>	<b>-32,2</b>
Halb- und Fertigfabrikate	23	23	1	2,5
Angefangene Arbeiten	1	1	–	4,1
Wertberichtigungen auf Vorräten aus Eigenfertigung	–	-8	-8	–

Die *Vorräte aus Kauf* (198 Mio.) beinhalten im Wesentlichen die Handelswaren Treibstoffe (106 Mio.), Sanitätsmaterial (26 Mio.), Brennstoffe (23 Mio.), Druckerzeugnisse und Publikationen (14 Mio.) sowie Rohmaterial für Umlaufmünzen (18 Mio.). Die Veränderung der Buchwerte von 5 Millionen ist vor allem auf Preisänderungen bei Metallen, Brenn- und Treibstoffen, auf Wertkorrekturen auf dem Rohmateriallager für Ausweisschriften aufgrund von definitiven Änderungen beim Biometriepass sowie auf höhere Prägemenen für Umlaufmünzen zurückzuführen.

Unter den *Vorräten aus Eigenfertigung* (16 Mio.) sind zum grossen Teil Halbfabrikate für Ausweisschriften (vorkonfektionierte

Pässe) und Halb- und Fertigfabrikate im Bereich der Landestopografie aktiviert. Die Abnahme des Buchwertes von 8 Millionen erklärt sich aus der Abwertung der provisorischen Ausweisschriften, welche in Folge der geplanten flächendeckenden Einführung des Biometriepasses nicht mehr dem neusten Stand entsprechen.

Die Investitionsausgaben für Vorräte betragen im Rechnungsjahr 144 Millionen. Diesen Zugängen stehen Abgänge infolge von Lagerbezügen sowie Wertberichtigungen gegenüber, so dass sich die Buchwerte der Vorräte nur unwesentlich verändert haben (-2 Mio.).

## 25 Sachanlagen

Mio. CHF	Eröffnungsbilanz 01.01.2007	Rechnung 2007 31.12.2007	Differenz	
			absolut	%
<b>Sachanlagen</b>	<b>14 613</b>	<b>14 472</b>	<b>-140</b>	<b>-1,0</b>
Mobilien	315	313	-2	-0,6
Anlagen im Bau	949	1 132	183	19,3
Gebäude	9 203	8 872	-331	-3,6
Grundstücke und im Grundbuch eingetragene Rechte	4 145	4 154	9	0,2
Anzahlungen auf Sachanlagen	–	–	–	–

Die Kontengruppe *Mobilien* (313 Mio.) beinhaltet folgende Aktiva: Mobiliar, Fahrzeuge, Installationen und Lagereinrichtungen, Maschinen, Apparate und Werkzeuge, Kommunikationssysteme, PCs, Netzwerkdrucker, Server und Netzwerke.

Folgende wichtige Bauprojekte sind per 31.12.2007 unter den *Anlagen im Bau* (1 132 Mio.) bilanziert:

Wichtige Einzelvorhaben:

- Meiringen, Ausbau Flugplatz (148 Mio.)
- Kriens, taktisch-technisches Zentrum, 1. und 2. Etappe (41 Mio.)
- FLORAKO, diverse Etappen (41 Mio.)

- Bern, Bundesplatz 3, Gesamtanierung (29 Mio.)
- Locarno-Magadino, Betriebsinfrastruktur (29 Mio.)
- Bern, Fellerstr. 15 A, Rechenzentrum Bundesverwaltung (28 Mio.)
- Affoltern, Sammlungszentrum SLM (26 Mio.)

Verschiedene Vorhaben (mit Einzelvorhaben jeweils unter 10 Mio.):

- Anlagen des Heeres für die Ausbildung (97 Mio.)
- Anlagen für die Kommunikation (53 Mio.)
- Unterirdische Anlagen (41 Mio.)
- Anlagen der Luftwaffe (25 Mio.)

Die Liegenschaften des Bundes (*Gebäude und Grundstücke und im Grundbuch eingetragene Rechte*) setzen sich aus dem zivilen (inklusive Liegenschaften des ETH-Bereichs) und militärischen Teil zusammen. Bei den Gebäuden waren im Jahr 2007 folgende wesentlichen Zugänge (aus den Anlagen im Bau) zu verzeichnen:

- Projekte Ittigen, Mühlestrasse 2 - 6 (81 Mio.)
- Bern, Bundesgasse, Medienhaus (39 Mio.)

Diesen Zugängen standen Abschreibungen von 446 Millionen sowie Wertberichtigungen von 9 Millionen gegenüber, was in der Summe zu einer Abnahme des Buchwerts der Gebäude von 331 Millionen führte.

Das Vorgehen zur Neubewertung der Bundesliegenschaften wird im Band 1, am Schluss der Ziffer 251/2 erläutert.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Veränderung der Sachanlagen im Detail:

### Veränderung der Sachanlagen

2007	Total 2007	Mobilien	Anlagen in Bau	Gebäude	Grundstücke und im Grundbuch eingetragene Rechte	Anzahlungen auf Sach- anlagen
Mio. CHF						
<b>Anschaffungskosten</b>						
<b>Stand per 1.1.2007</b>	<b>27 891</b>	<b>1 205</b>	<b>949</b>	<b>21 235</b>	<b>4 502</b>	–
Zugänge	598	111	477	8	1	–
Abgänge	-127	-2	-3	-88	-34	–
Umgliederungen	-40	5	-291	204	42	–
<b>Stand per 31.12.2007</b>	<b>28 322</b>	<b>1 319</b>	<b>1 132</b>	<b>21 360</b>	<b>4 511</b>	–
<b>Kumulierte Abschreibungen</b>						
<b>Stand per 1.1.2007</b>	<b>-13 278</b>	<b>-889</b>	–	<b>-12 032</b>	<b>-357</b>	–
Abschreibungen	-562	-116	–	-446	–	–
Abschreibungen auf Abgängen	–	–	–	–	–	–
Wertberichtigungen (impairments)	-9	–	–	-9	–	–
Wertaufholungen (reversed impairments)	–	–	–	–	–	–
Umgliederungen	–	–	–	–	–	–
<b>Stand per 31.12.2007</b>	<b>-13 850</b>	<b>-1 006</b>	–	<b>-12 487</b>	<b>-357</b>	–
<b>Bilanzwert per 31.12.2007</b>	<b>14 472</b>	<b>313</b>	<b>1 132</b>	<b>8 872</b>	<b>4 154</b>	–

Die *Zugänge* bei den Sachanlagen fallen mit 598 Millionen geringer aus als die entsprechenden Investitionsausgaben (730 Mio.). Dies ist darauf zurückzuführen, dass in den Investitionskrediten für Liegenschaften auch nicht aktivierbare Anteile enthalten sind, welche jeweils erst nach Vorliegen von Projektrechnungen genau ermittelt werden können.

Der Rückgang der Anschaffungswerte infolge *Umgliederungen* von 40 Millionen ist vor allem auf die Umbuchung der Softwareentwicklung ZEMIS (Weiterentwicklung des Zentralen Migrations-informationssystems) in Höhe von 37 Millionen von den *Sachanlagen* zu den *immaterielle Anlagen* zurückzuführen.

**26 Immaterielle Anlagen**

2007	Total 2007	Software	Anlagen in Bau
Mio. CHF			
<b>Anschaffungskosten</b>			
<b>Stand per 1.1.2007</b>	<b>24</b>	<b>24</b>	<b>–</b>
Zugänge	16	4	12
Abgänge	-3	-3	–
Umgliederungen	40	1	39
<b>Stand per 31.12.2007</b>	<b>77</b>	<b>26</b>	<b>51</b>
<b>Kumulierte Abschreibungen</b>			
<b>Stand per 1.1.2007</b>	<b>-16</b>	<b>-16</b>	<b>–</b>
Abschreibungen	-6	-6	–
Abschreibungen auf Abgängen	3	3	–
Wertberichtigungen (impairments)	–	–	–
Wertaufholungen (reversed impairments)	–	–	–
Umgliederungen	–	–	–
<b>Stand per 31.12.2007</b>	<b>-19</b>	<b>-19</b>	<b>–</b>
<b>Bilanzwert per 31.12.2007</b>	<b>58</b>	<b>7</b>	<b>51</b>

Immaterielle Anlagen sind identifizierbare, nicht monetäre Vermögenswerte ohne physische Substanz, welche für die Herstellung von Produkten, die Erbringung von Dienstleistungen, die Vermietung an Dritte oder die Erfüllung öffentlicher Aufgaben genutzt werden. Darunter fallen insbesondere Software, Lizenzen, Patente oder Rechte. Beim Bund ist derzeit nur Software aktiviert.

Die Zunahme der bilanzierten *Anschaffungskosten* von 24 Millionen auf 77 Millionen per 31.12.2007 ist im Wesentlichen auf folgende Gründe zurückzuführen:

- Umgliederung der Softwareentwicklung ZEMIS (Weiterentwicklung des Zentralen Migrations-informationssystems) in Höhe von 37 Millionen von den *Anlagen im Bau Sachanlagen* zu den *Anlagen im Bau immaterielle Anlagen*.

- Zugänge in Höhe von 16 Millionen (aktiviert unter *Anlagen im Bau immaterielle Anlagen* 12 Mio. bzw. unter *Software* 4 Mio.). Darunter fallen Weiterentwicklungen und Anpassungen diverser Software-Applikationen in den Bereichen Finanz- und Rechnungswesen, Revision, Kryptographie und Signaturprüfung sowie Investitionen des Bereichs Sicherheit (Schengen-Dublin, Hooligan-Datenbank und biometrischer Pass).

Die Zugänge beinhalten die Investitionsausgaben für immaterielle Anlagen von insgesamt 13 Millionen und aktivierte Eigenentwicklungen im Bereich Software von 3 Millionen.

Die Zunahme des Bestandes der *kumulierten Abschreibungen* vom 1.1. bis 31.12.2007 von lediglich 3 Millionen ist auf Minderabschreibungen in Höhe von 6 Millionen aufgrund der Verzögerung der Inbetriebnahme von ZEMIS zurückzuführen.

**27 Darlehen im Verwaltungsvermögen**

Mio. CHF	Rechnung 2007
<b>Stand per 1.1.</b>	<b>3 254</b>
Zugänge	376
Abgänge	-289
Erfolgswirksame Wertveränderung	-377
<b>Stand per 31.12.</b>	<b>2 963</b>

Die Buchwerte der Darlehen im Verwaltungsvermögen per 31.12.2007 in Höhe von 2 963 Millionen verteilen sich im Wesentlichen auf die Bereiche Soziale Wohlfahrt (1 787 Mio.), Verkehr (783 Mio.), Beziehungen zum Ausland (274 Mio.) und Üb-

rige Volkswirtschaft (82 Mio.). Alle Darlehen im Verwaltungsvermögen haben zum Zeitpunkt ihrer Gewährung langfristigen Charakter. Sie sind zum Anschaffungswert abzüglich notwendiger Wertberichtigungen bewertet.

Die Zugänge von Darlehen im Verwaltungsvermögen (+376 Mio.) sind auf neue, bedingt rückzahlbare Darlehen an konzessionierte Transportunternehmen (KTU) sowie Darlehen an diverse Kantone in Form von Investitionskrediten und Betriebshilfen im Bereich Landwirtschaft zurückzuführen.

Die Rückzahlung von Grundverbilligungsvorschüssen auf Mietobjekten und von Wohnbaugenossenschaftsdarlehen, Einnahmen aus Konsolidierungs- und Mischkreditabkommen, die Rückzahlung von Darlehen an KTU sowie die Umwandlung des

Darlehens an Skyguide in eine Beteiligung führten zu Abgängen von insgesamt 289 Millionen.

Durch die vollständige Wertberichtigung der meisten der neu gewährten Darlehen resultierte eine erfolgswirksame Wertveränderung von 377 Millionen. Wertberichtigungen auf Darlehen mit Subventionscharakter werden im Transferaufwand auf Darlehen, ohne Subventionscharakter im Finanzaufwand verbucht.

Die wichtigsten Darlehenspositionen sind:

### Darlehen im Verwaltungsvermögen

Mio. CHF	Bilanzwert per 01.01.2007			Bilanzwert per 31.12.2007		
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert
<b>Darlehen im Verwaltungsvermögen</b>	<b>12 256</b>	<b>-9 002</b>	<b>3 254</b>	<b>12 262</b>	<b>-9 299</b>	<b>2 963</b>
Darlehen an Kantone in Form von Investitionskrediten und Betriebshilfe	2 297	-2 297	–	2 356	-2 356	–
SBB AG	2 241	-2 241	–	2 368	-2 368	–
Darlehen des gemeinnützigen Wohnungsbaus	2 201	-283	1 918	1 962	-231	1 731
Diverse Konzessionierte Transportunternehmen	1 531	-961	570	1 593	-1 054	539
Darlehen Swissair	1 169	-1 169	–	1 169	-1 169	–
BLS AG	1 151	-1 051	100	1 168	-1 075	93
RhB	824	-667	157	869	-718	151
Darlehen an die FIPOI	370	-140	230	358	-134	224
Darlehen für Hotelerneuerung	126	-126	–	136	-136	–
Übrige Darlehen	347	-67	279	283	-58	225

## 28 Beteiligungen

Mio. CHF	Rechnung 2007
<b>Stand per 1.1.</b>	<b>14 038</b>
Zugänge	75
Abgänge	-124
Erhaltene Dividenden aus namhaften Beteiligungen	-508
Zunahme Equitywert	1 860
Abnahme Equitywert	–
Erfolgswirksame Wertveränderung	-35
<b>Stand per 31.12.</b>	<b>15 306</b>

Der bilanzierte Wert der Beteiligungen hat 2007 um 1 268 auf 15 306 Millionen zugenommen. Dies ist vor allem auf den guten Geschäftsgang derjenigen Unternehmen zurückzuführen, an denen der Bund eine namhafte Beteiligung hält. Damit verbunden ist eine *Zunahme des Equitywertes* (+1 860 Mio.). Mit der Umwandlung von Darlehen, welche der Skyguide in der Vergangenheit gewährt wurden, in eine Beteiligung (40 Mio.) sowie den Investitionsausgaben in nicht namhafte Beteiligungen (35 Mio.) betragen die *Zugänge* insgesamt 75 Millionen. Der Bilanzwert der Beteiligungen reduzierte sich durch die *erhaltenen Dividenden aus namhaften Beteiligungen* (Swisscom: 501 Mio., RUAG: 7 Mio.)

sowie durch einen *Abgang der Beteiligung Swisscom* in Folge des Aktienverkaufs 2007 (124 Mio.). Die vollständige Wertberichtigung des Zugangs an nicht namhaften Beteiligungen bewirkte eine *erfolgswirksame Wertveränderung* um -35 Millionen.

Die namhaften Beteiligungen werden zu Equitywerten bewertet. Bei der Equitymethode wird der Anteil des Bundes am Eigenkapital der Unternehmung als Wert in der Bilanz des Bundes eingesetzt. Die Bewertung basiert auf dem Eigenkapital aus den Abschlüssen per 30.09.2007. Im Rahmen des Restatements der Eröffnungsbilanz per 01.01.2007 wurde einmalig auf das Eigen-

kapital per 31.12.2006 abgestützt. Somit ist in der *Zunahme des Equitywertes* lediglich eine Zeitspanne von 9 Monaten berücksichtigt.

Der Bund hält sechs «namhafte Beteiligungen». Kriterien für die Einstufung einer Beteiligung als namhaft sind ein Equitywert von mindestens 100 Millionen und gleichzeitig ein Beteiligungsanteil von 20 Prozent oder mehr.

Der Teilabgang der Beteiligung Swisscom errechnet sich aus der Anzahl verkauften Aktien (1 593 764 Stück) zum Wert per 1.1.2007 pro Titel, was den Betrag von 124 Millionen ergibt. Vom Gesamterlös aus dem Aktienverkauf von 754 Millionen fallen somit 630 Millionen als realisierter Buchgewinn im Beteiligungsertrag an.

Die erhaltenen Dividenden werden bei den namhaften Beteiligungen in Abzug gebracht, weil durch die Dividendenzahlung das Eigenkapital der Unternehmung und damit der Equitywert abnimmt, und weil sie erfolgsmässig bereits im Vorjahr enthalten sind. Sie werden deshalb in der Erfolgsrechnung neutralisiert, d.h. die Reduktion der Bilanzposition Beteiligungen erfolgt

durch eine entsprechende Minderung des Beteiligungsertrags. In der Finanzierungs- und Mittelflussrechnung sind sie dagegen in den Beteiligungseinnahmen ausgewiesen.

Die *Zunahme des Equitywertes* errechnet sich aus dem Anteil des Bundes am Reingewinn der einzelnen Beteiligung sowie dem Anteil an sonstigen Eigenkapitalbewegungen, die nicht über die Erfolgsrechnung verbucht worden sind.

Der Bund muss gemäss Bundesgesetz vom 30.4.1997 über die Organisation der Telekommunikationsunternehmung des Bundes (Telekommunikationsunternehmensgesetz, TUG) die kapital- und stimmenmässige Mehrheit an Swisscom halten; für die Berechnung der Mindestbeteiligung sind alle im Handelsregister eingetragenen Aktien massgeblich, inklusive derjenige die im Eigenbestand der Swisscom sind. Die Zunahme des Equitywertes wurde demzufolge aufgrund einer Bundesbeteiligung von 52 Prozent gerechnet. Swisscom verfügt über eigene Aktien im Umfang von 8,67 Prozent des Kapitals. Der auf die eigenen Aktien entfallende Anteil an den Eigenkapitalveränderungen ist in der Rechnung des Bundes nicht berücksichtigt, so dass die Zunahme des Equitywertes etwas zu tief ausgewiesen ist.

#### Namhafte Beteiligungen

2007	Total 2007	Die Post	SBB	Swisscom	Ruag	Skyquide	SAPOMP Wohnbau AG
Mio. CHF							
<b>Stand per 1.1.2007</b>	<b>13 988</b>	<b>1 598</b>	<b>8 811</b>	<b>2 431</b>	<b>729</b>	<b>244</b>	<b>175</b>
Zugänge	40	–	–	–	–	40	–
Abgänge	-124	–	–	-124	–	–	–
Erhaltene Dividenden	-508	–	–	-501	-7	–	–
Erhaltene Gewinnablieferungen	–	–	–	–	–	–	–
Anteil am Eigenkapital		100%	100%	52%	100%	99,93%	100%
Zunahme Equitywert	1 860	682	237	887	52	1	1
Anteil am Reingewinn	1 812	682	237	846	45	1	1
Andere Eigenkapitalbewegungen	48	–	–	41	7	–	–
<b>Stand per 31.12.2007</b>	<b>15 256</b>	<b>2 280</b>	<b>9 048</b>	<b>2 693</b>	<b>774</b>	<b>285</b>	<b>176</b>

**Einzelheiten zu den namhaften Beteiligungen****Die Post**

Rechtsform	Öffentlich-rechtliche Anstalt		
Gesetzliche Grundlage / Zweck	Postorganisationsgesetz SR 783.1, Art.2 / Art. 3		
Instruierbare Bundesvertreter im VR	Keiner		
<b>Kennzahlen</b>		<b>2006</b>	<b>2007</b>
Anteil Bund am Kapital (in %)		100,0	100,0
Dotations- / Aktienkapital (Mio. CHF)		1 300	1 300

**SBB**

Rechtsform	Aktiengesellschaft		
Gesetzliche Grundlage / Zweck	Bundesgesetz über die Schweiz. Bundesbahnen SR 742.31, Art 7 / Art. 3		
Instruierbare Bundesvertreter im VR	Keiner		
<b>Kennzahlen</b>		<b>2006</b>	<b>2007</b>
Anteil Bund am Kapital (in %)		100,0	100,0
Dotations- / Aktienkapital (Mio. CHF)		9 000	9 000

**Swisscom**

Rechtsform	Aktiengesellschaft		
Gesetzliche Grundlage / Zweck	Telekommunikationsunternehmungsgesetz SR 784.11 Art. 6 / Art. 3		
Instruierbare Bundesvertreter im VR	Felix Rosenberg		
<b>Kennzahlen</b>		<b>2006</b>	<b>2007</b>
Anteil Bund am Kapital (in %)		54,8	52,0
Dotations- / Aktienkapital (Mio. CHF)		57	57

**Ruag**

Rechtsform	Aktiengesellschaft		
Gesetzliche Grundlage / Zweck	Bundesgesetz über die Rüstungsunternehmen des Bundes SR 934.21, Art. 3 / Art. 1		
Instruierbare Bundesvertreter im VR	Peter Saurer und Jakob Baumann		
<b>Kennzahlen</b>		<b>2006</b>	<b>2007</b>
Anteil Bund am Kapital (in %)		100,0	100,0
Dotations- / Aktienkapital (Mio. CHF)		340	340

**Skyguide**

Rechtsform	Aktiengesellschaft		
Gesetzliche Grundlage / Zweck	Bundesgesetz über die Luftfahrt SR 748.0, Art. 40 + 48 / Verordnung über den Flugsicherungsdienst 748.132.1		
Instruierbare Bundesvertreter im VR	Keiner		
<b>Kennzahlen</b>		<b>2006</b>	<b>2007</b>
Anteil Bund am Kapital (in %)		99,9	99,8
Dotations- / Aktienkapital (Mio. CHF)		100	140

**SAPOMP Wohnbau AG**

Rechtsform	Aktiengesellschaft		
Gesetzliche Grundlage / Zweck	Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz, Wohnraumförderungsgesetz		
Instruierbare Bundesvertreter im VR	Jacques Ribaux		
<b>Kennzahlen</b>		<b>2006</b>	<b>2007</b>
Anteil Bund am Kapital (in %)		100,0	100,0
Dotations- / Aktienkapital (Mio. CHF)		171	171

## Übrige Beteiligungen

Mio. CHF	Bilanzwert per 01.01.2007			Bilanzwert per 31.12.2007			Kapitalanteil (in %)
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	
<b>Übrige Beteiligungen</b>	<b>1 141</b>	<b>-1 090</b>	<b>49</b>	<b>1 177</b>	<b>-1 125</b>	<b>51</b>	
Diverse Fondseinlagen Entwicklungshilfe	257	-257	–	286	-286	–	n.v.
Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung IBRD	256	-256	–	256	-256	–	1,7
EBRD - Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung	188	-188	–	191	-191	–	2,8
Beteiligungen an Konzessionierte Transportunternehmen	150	-150	–	150	-150	–	n.v.
Übrige Beteiligungen im Bereich Entwicklung und Zusammenarbeit	89	-89	–	91	-91	–	1,5
Afrikanische Entwicklungsbank AfDB	63	-63	–	64	-64	–	1,3
Internationale Finanz Corporation IFC	54	-54	–	54	-54	–	1,8
Verschiedene Beteiligungen	84	-33	49	85	-33	51	n.v.

n.v.: nicht verfügbar

Bei den übrigen Beteiligungen sind die Veränderungen gering. Die wichtigsten betreffen neu erworbene Beteiligungen im Bereich der Entwicklungshilfe (29 Mio.) sowie die Beteiligungsaufstockung um 3 Millionen an der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung EBRD auf 191 Millionen. Beide Beträge sind über den Transferaufwand zu 100 Prozent wertberichtigt worden.

Die wichtigsten werthaltigen Beteiligungen entfallen namentlich auf: Logis suisse AG (24 Mio.), Swissmedic (10 Mio.), Logement Social Romand SA (5 Mio.) und Alloggi Ticino SA (5 Mio.)

## 29 Schulden

Mio. CHF	Eröffnungsbilanz 01.01.2007	Rechnung 2007 31.12.2007	Differenz	
			absolut	%
<b>Bruttoschuld</b>	<b>125 186</b>	<b>120 978</b>	<b>-4 208</b>	<b>-3,4</b>
Laufende Verbindlichkeiten	10 166	11 709	1 542	15,2
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	16 522	13 122	-3 400	-20,6
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	98 498	96 147	-2 351	-2,4

Der Rückgang der *Bruttoschulden* um 4,2 Milliarden resultiert sowohl aus einem Abbau der kurz- als auch der langfristigen Finanzverbindlichkeiten<sup>1</sup>. Im kurzfristigen Bereich hat sich insbesondere der Stand der Geldmarktbuchforderungen um 3,5 Milliarden reduziert. Abgenommen haben auch die kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten gegenüber der Post (-100 Mio.), währenddem sich die neu unter den Festgeldschulden ausgewiesenen Anlagen des ETH-Bereichs beim Bund um 185 Millionen und die Verpflichtungen gegenüber der Sparkasse Bund um 150 Millionen erhöhten. Zugenommen haben auch die laufenden Verbindlichkeiten, deren Bestand um 1,5 Milliarden höher war als zu Beginn des Jahres. Der Rückgang bei den langfristigen Finanzverbindlichkeiten erklärt sich zur Hauptsache mit einer

weiteren Ausfinanzierung von Schulden gegenüber der Pensionskasse Publica im Betrage von 2,4 Milliarden. Die mit Abstand bedeutendste Position der Schulden – der Anleihsstand – verharrte praktisch unverändert auf dem Stand des Vorjahres und lag am 31.12.2007 bei 96,2 Milliarden. Allerdings erfolgte bereits anfangs Januar 2008 die Rückzahlung einer Eidg. Anleihe im Betrag von 5,4 Milliarden.

Die *Nettoschulden* – Bruttoschulden abzüglich Flüssige Mittel, Forderungen sowie kurz- und langfristige Finanzanlagen – haben sich im Vergleich zur Entwicklung der Bruttoschulden weniger stark zurückgebildet, weil gleichzeitig der Tresoreriemittelbestand um 2,1 Milliarden abgenommen hat. Die Abnahme der Tresoreriemittel war erforderlich, um den Finanzierungsbedarf (v.a. Überweisung des Golderlöses an den AHV-Ausgleichsfonds) decken zu können. Der immer noch hohe Tresoreriemittelbestand ist damit zu erklären, dass im Hinblick auf die kurz nach dem Bilanzstichtag (8.1.2008) erfolgte Rückzahlung einer Eidg. Anleihe die dafür benötigten Tresoreriemittel bereitzustellen waren (vgl. Band 3, Ziffer 133, Bundestresorerie).

<sup>1</sup> Gegenüber dem per Ende 2006 ausgewiesenen Schuldenstand (123,6 Milliarden) resultiert allerdings lediglich eine Abnahme von 2,6 Milliarden auf 121,0 Milliarden. Dies ist zurückzuführen auf die Anpassung des Schuldenbegriffs an internationale Standards sowie an die im kantonalen Rechnungsmodell verwendete Definition. Die statistisch bedingte einmalige Erhöhung des Schuldenniveaus um 1,6 Milliarden Franken entsteht insbesondere dadurch, dass Verbindlichkeiten, die bisher als zeitliche Abgrenzungen verbucht wurden (nicht Teil der Schulden), neu unter den Kreditoren und damit unter den Schulden ausgewiesen werden.



**Schuldennachweis Nettoschuld**

Mio. CHF	Eröffnungsbilanz 01.01.2007	Rechnung 2007 31.12.2007	Differenz	
			absolut	%
<b>Nettoschuld</b>	<b>92 736</b>	<b>90 611</b>	<b>-2 125</b>	<b>-2,3</b>
Bruttoschuld	125 186	120 978	-4 208	-3,4
abzüglich:				
Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	378	546	168	44,3
Forderungen	5 959	6 292	333	5,6
Kurzfristige Finanzanlagen	12 374	10 337	-2 037	-16,5
Langfristige Finanzanlagen	13 740	13 193	-547	-4,0

**30 Laufende Verbindlichkeiten**

Mio. CHF	Eröffnungsbilanz 01.01.2007	Rechnung 2007 31.12.2007	Differenz	
			absolut	%
<b>Laufende Verbindlichkeiten</b>	<b>10 166</b>	<b>11 709</b>	<b>1 542</b>	<b>15,2</b>
Kontokorrente	8 387	7 769	-618	-7,4
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	828	2 823	1 995	240,9
Mehrwertsteuer	3	2	-	-11,1
Vorauszahlungen	9	11	2	22,2
Übrige Verbindlichkeiten	939	1 103	164	17,4

Der Bilanzwert der *Kontokorrente* von 7 769 Millionen per 31.12.2007 setzt sich aus folgenden wesentlichen Positionen zusammen: Guthaben von Steuerpflichtigen aus der Stempelabgabe und Verrechnungssteuer (2 421 Mio.) sowie aus der Mehrwertsteuer (1 682 Mio.), Anlagekonti internationaler Organisationen (1 755 Mio.), noch auszahlende Kantonsanteile und Anteile des Fürstentums Liechtenstein an Einnahmen des Bundes (717 Mio.), weitere Kantonskontokorrente (293 Mio.), Anlagekonto der Alkoholverwaltung (283 Mio.), Kontokorrent des Schweizerischen Nationalfonds (224 Mio.) und Kontokorrent der Pensionskasse PUBLICA (198 Mio.).

Die *Abnahme der Kontokorrente* (-618 Mio.) ist vor allem auf zwei gegenläufige Entwicklungen zurückzuführen: Zum einem wurden verschiedene, im Lauf des Jahres 2007 verbuchte Guthaben von Steuerpflichtigen gegenüber der Mehrwert- und Verrechnungssteuer erst im Januar 2008 beglichen, was eine Zunahme der Forderungen im Vergleich zur Eröffnungsbilanz per 1.1.2007 bedeutete (+1 460 Mio.). Zum anderen bewirkten folgende Geschäftsvorfälle eine Abnahme der Kontokorrente:

- Rückerstattung von Guthaben des ETH-Bereichs (-826 Mio.), welcher mit Einführung von NRM die Buchführung dieser Guthaben (Spezialfonds, Stiftungen, Kontokorrente, Abrechnungskonti, Reserven) selber übernimmt und im Rahmen der neuen Tresorerie-Vereinbarung einen Teil davon (672 Mio.) in Form von Festgeldern wieder beim Bund angelegt hat (verbucht unter der Kontengruppe «Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten»).

- Diverse Verpflichtungen gegenüber Dritten, welche von den Verwaltungseinheiten zur Zahlung an die Eidg. Finanzverwaltung übertragen wurden, werden in der Eröffnungsbilanz per 1.1.2007 unter den *Kontokorrenten* ausgewiesen. Per 31.12.2007 erfolgte eine Umbuchung in die *Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung*, was bei den Kontokorrenten zu einer Abnahme von 1 351 Millionen im Vergleich zur Eröffnungsbilanz führte.

Die markante Zunahme der Kontengruppe *Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung* von 1 995 Millionen ist zum Hauptteil auf oben erwähnte Umgruppierung der zur Zahlung an die EFV übertragenen Verpflichtungen gegenüber Dritten (1 351 Mio.) zurückzuführen. Im Hinblick auf den Systemwechsel zu NRM wurde zudem der Bestand an offenen Rechnungen per 31.12.2006 in vielen Verwaltungseinheiten bewusst tiefer gehalten, um den Migrationsaufwand zu reduzieren. Dies erklärt ebenfalls einen Teil der Erhöhung der Verbindlichkeiten. 540 Millionen der Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung entfallen auf eine Forderung der Ausgleichskasse AHV für das Mehrwertsteuerprozent zugunsten der AHV/IV des Jahres 2007, welche im Januar 2008 beglichen wurde.

Die Position *Übrige Verbindlichkeiten* (1 103 Mio.) beinhaltet im Wesentlichen Depotkonten (854 Mio.) und verwaltete Stiftungen (94 Mio.). Unter die Depotkonten fallen namentlich: Nuklearschadensfonds (386 Mio.), Swiss Investment Fund for Emerging Markets (SIFEM, 101 Mio.) sowie Anlagekonto des Schweizerischen Instituts für geistiges Eigentum (IGE, 86 Mio.).

**Laufende Verbindlichkeiten nach Schuldnergruppen**

Mio. CHF	Eröffnungsbilanz 01.01.2007	Rechnung 2007 31.12.2007	Differenz absolut	%
<b>Laufende Verbindlichkeiten</b>	<b>10 166</b>	<b>11 709</b>	<b>1 542</b>	<b>15,2</b>
Verbindlichkeiten ggü. nahe stehenden Einheiten	1 677	568	-1 109	-66,0
Verbindlichkeiten gegenüber Dritten	8 480	11 129	2 649	31,0
Vorauszahlungen	9	11	2	22,0

Zu den *nahestehenden Einheiten* gehören namentlich die Eidg. Alkoholverwaltung sowie der ETH-Bereich. Zu den *Dritten* wer-

den unter anderem die Pensionskasse PUBLICA und der Schweizerische Nationalfonds gezählt.

**31 Finanzverbindlichkeiten**

Mio. CHF	2006		2007	
	Bilanzwert	Marktwert	Bilanzwert	Marktwert
<b>Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten *</b>	<b>16 522</b>	<b>-</b>	<b>13 122</b>	<b>-</b>
Geldmarktbuchforderungen	12 587	12 538	9 056	9 018
Geldmarktkredite	-	-	-	-
Fixe Festgelder	1 220	1 220	1 335	1 348
Variable Festgelder	-	-	-	-
Sparkasse Bundespersonal	2 225	n.v.	2 376	n.v.
Negative Wiederbeschaffungswerte	305	n.v.	166	n.v.
Private Arbeitsbeschaffungsreserven	185	n.v.	190	n.v.
<b>Langfristige Finanzverbindlichkeiten</b>	<b>98 498</b>	<b>-</b>	<b>96 147</b>	<b>-</b>
Anleihen	95 669	104 484	95 684	100 385
Fixe Festgelder	50	50	50	-48
Verbindlichkeit gegenüber ETH-Bereich	-	n.v.	34	n.v.
Verbindlichkeit gegenüber Publica	2 779	n.v.	379	n.v.

n.v.: nicht verfügbar.

\* Durchschnittliche Verzinsung:

- Geldmarktbuchforderungen, -kredite und Festgelder 2007: 2,13% (2006: 1,28%)

- Sparkasse Bundespersonal 2007: 2,77% (2006: 2,27%)

Der Bilanzwert dieser Finanzpositionen entspricht dem Nominalbetrag. Der Marktwert wird im Anhang ausgewiesen und stellt den effektiven Wert der Finanzverbindlichkeiten per Stichtag dar. Die durchschnittliche Verzinsung (Zinssatz) bezieht sich auf sämtliche Finanzpositionen des Berichtjahres.

Da die Geldzuflüsse deutlich höher als erwartet ausfielen, konnte im kurzfristigen Bereich bei den Geldmarktbuchforderungen die Mittelbeschaffung stark reduziert werden.

Durch den allgemeinen Zinsanstieg reduzierte sich der Marktwert bei den eidgenössischen Anleihen markant bei praktisch unverändertem Nominalwert.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber dem ETH-Bereich handelt es sich um Mittel, die von Dritten der ETH zugewendet wurden und die – zusammen mit Mitteln des Bundes – für die Finanzierung von ETH-Liegenschaften verwendet worden sind. Da diese Liegenschaften vollständig im Besitz des Bundes sind, wird gegenüber dem ETH-Bereich eine entsprechende Verbindlichkeit ausgewiesen.

Bei der Emission von Bundesanleihen kann sich der Bund so genannte freie Eigenquoten reservieren. Je nach Marktlage können diese später am Markt platziert werden. Ab diesem Zeitpunkt erhöht sich die Verschuldung des Bundes.

**Offenlegung der ausstehenden Geldmarktschulden**

Fälligkeit Mio. CHF	Valoren-Nr.	Aufnahme	Emissions- preis/Zins	Bilanzwert 31.12.2007	Marktwert 31.12.2007
<b>Total</b>				<b>10 441</b>	<b>10 413,7</b>
<b>Geldmarktbuchforderungen</b>				<b>9 056,4</b>	<b>9 017,6</b>
03.01.2008	862928	04.10.2007	99,5010	652,5	652,3
10.01.2008	862929	11.10.2007	99,6500	529,6	529,3
17.01.2008	862891	18.01.2007	97,7840	621,5	620,8
24.01.2008	862931	25.10.2007	99,4860	425,7	425,0
31.01.2008	862932	01.11.2007	99,5230	659,4	658,0
07.02.2008	862933	08.11.2007	99,4540	694,1	692,4
14.02.2008	862934	15.11.2007	99,4840	591,9	590,0
21.02.2008	862935	22.11.2007	99,4840	557,5	555,4
28.02.2008	862923	30.08.2007	98,7770	937,5	933,5
06.03.2008	862937	06.12.2007	99,4840	492,9	490,6
13.03.2008	862938	13.12.2007	99,4920	443,2	440,8
20.03.2008	862939	20.12.2007	99,4880	795,4	790,6
27.03.2008	862940	27.12.2007	99,4880	490,2	487,0
17.04.2008	862930	18.10.2007	98,7170	476,4	472,4
29.05.2008	862936	29.11.2007	98,8850	356,3	352,2
17.07.2008	862917	19.07.2007	97,1390	332,6	327,4
<b>Festgelder</b>				<b>1 385,0</b>	<b>1 396,2</b>
<b>ETH</b>					
11.01.2008	–	30.11.2007	2,00%	45,0	45,1
31.01.2008	–	31.10.2007	2,30%	70,0	70,3
30.06.2008	–	25.06.2007	2,70%	70,0	70,9
<b>SERV</b>					
11.01.2008	–	05.07.2007	2,60%	100,0	101,3
17.03.2008	–	04.10.2007	2,30%	250,0	251,2
03.10.2008	–	04.04.2007	2,46%	100,0	101,5
14.01.2009	–	05.01.2007	2,46%	100,0	101,9
15.07.2009	–	05.01.2007	2,42%	100,0	101,6
13.01.2010	–	05.01.2007	2,37%	100,0	101,2
14.07.2010	–	05.01.2007	2,41%	100,0	101,1
12.01.2011	–	05.01.2007	2,44%	100,0	100,9
13.07.2011	–	05.01.2007	2,43%	100,0	100,6
18.01.2012	–	05.01.2007	2,42%	100,0	100,2
<b>Skycare</b>					
19.12.2015	–	19.12.2003	2,75%	50,0	48,4

**Offenlegung der ausstehenden Anleihen**

Fälligkeit Mio. CHF	Valoren-Nr.	Coupon	Laufzeit	Kündbarkeit	Freie Eigen- quoten	Bilanzwert 31.12.2007	Marktwert 31.12.2007
<b>Eidgenössische CHF Anleihen</b>					<b>3 735</b>	<b>95 684,2</b>	<b>100 384,8</b>
08.01.2008	108546	4,25%	1996-2008	–	–	5 366,3	5 589,8
11.02.2009	843555	3,25%	1998-2009	–	–	8 522,8	8 832,1
05.11.2009	1980345	1,75%	2004-2009	–	100	1 655,7	1 649,3
07.08.2010	680990	3,50%	1997-2010	–	200	8 702,4	9 018,3
10.06.2011	1084089	4,00%	2000-2011	–	50	7 632,4	8 129,4
10.06.2012	805564	2,75%	1999-2012	–	160	8 600,1	8 741,8
11.02.2013	1037930	4,00%	2000-2013	–	280	6 900,2	7 538,0
06.01.2014	148008	4,25%	1994-2014	–	–	4 608,4	5 152,2
09.11.2014	2313981	2,00%	2005-2014	–	215	1 691,3	1 603,9
10.06.2015	1238558	3,75%	2001-2015	–	70	3 583,3	3 854,6
12.03.2016	1563345	2,50%	2003-2016	–	240	6 217,9	6 125,7
12.10.2016	2285961	2,00%	2005-2016	–	300	2 272,5	2 138,0
05.06.2017	644842	4,25%	1997-2017	–	260	5 500,1	6 155,7
08.01.2018	1522166	3,00%	2003-2018	–	365	4 575,4	4 688,6
12.05.2019	1845425	3,00%	2004-2019	–	320	4 337,8	4 368,2
06.07.2020	2190890	2,25%	2005-2020	–	120	2 098,1	1 922,6
11.02.2023	843556	4,00%	1998-2023	–	–	3 961,0	4 457,9
27.06.2027	3183556	3,25%	2007-2027	–	300	100,7	102,8
08.04.2028	868037	4,00%	1998-2028	–	300	5 312,5	6 004,5
08.04.2033	1580323	3,50%	2003-2033	–	300	2 454,7	2 604,4
08.03.2036	2452496	2,50%	2006-2036	–	155	629,5	566,0
06.01.2049	975519	4,00%	1999-2049	–	–	961,4	1 141,0

**Fälligkeitsstruktur von Festgeldern, Geldmarktbuchforderungen und -krediten sowie Anleihen**

31. Dezember 2007

Mio. CHF	Nominalwert					Total 2007	Bilanzwert Total 2007
	< 1 Monat	1–3 Monate	Fälligkeiten 3 Monate – 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre		
<b>Kurzfristig</b>	<b>3 174</b>	<b>5 253</b>	<b>1 265</b>	<b>700</b>	<b>–</b>	<b>10 391</b>	<b>10 391</b>
Fixe Festgelder	285	250	100	700	–	1 335	1 335
Variable Festgelder	–	–	–	–	–	–	–
GMBF	2 889	5 003	1 165	–	–	9 056	9 056
Geldmarktkredite	–	–	–	–	–	–	–
<b>Langfristig</b>	<b>5 366</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>35 113</b>	<b>55 255</b>	<b>95 734</b>	<b>95 734</b>
Anleihen	5 366	–	–	35 113	55 205	95 684	95 684
Fixe Festgelder	–	–	–	–	50	50	50

31. Dezember 2006

Mio. CHF	Nominalwert					Total 2006	Bilanzwert Total 2006
	< 1 Monat	1–3 Monate	Fälligkeiten 3 Monate – 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre		
<b>Kurzfristig</b>	<b>4 471</b>	<b>6 974</b>	<b>2 362</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>13 807</b>	<b>13 807</b>
Fixe Festgelder	1 120	–	100	–	–	1 220	1 220
Variable Festgelder	–	–	–	–	–	–	–
GMBF	3 351	6 974	2 262	–	–	12 587	12 587
Geldmarktkredite	–	–	–	–	–	–	–
<b>Langfristig</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>4 758</b>	<b>31 879</b>	<b>59 082</b>	<b>95 719</b>	<b>95 719</b>
Anleihen	–	–	4 758	31 879	59 032	95 669	95 669
Fixe Festgelder	–	–	–	–	50	50	50

**32 Rückstellungen**

Mio. CHF	Total 2007	Verrechnungs- steuer	Militärver- sicherung	Münzumlauf	Ferien und Überzeit	Übrige
<b>Stand per 01.01.2007</b>	<b>21 027</b>	<b>7 600</b>	<b>1 760</b>	<b>1 810</b>	<b>280</b>	<b>9 577</b>
Bildung (inkl. Erhöhung)	1 625	1 500	–	53	24	48
Auflösung	-54	–	–	-8	-12	-34
Verwendung	-7 038	–	–	–	–	-7 038
<b>Stand per 31.12.2007</b>	<b>15 560</b>	<b>9 100</b>	<b>1 760</b>	<b>1 855</b>	<b>292</b>	<b>2 553</b>
davon kurzfristig	641	–	–	–	292	349

Der Rückstellungsbestand hat sich im Berichtszeitraum deutlich um 5 467 Millionen verringert. Hauptursache ist die Auflösung der Rückstellung für den Golderlös infolge Überweisung des Betrages im Umfang von 7 038 Millionen an den AHV-Fonds.

Bei den anderen Rückstellungen ergibt sich folgendes Bild:

**Verrechnungssteuer**

Für die erst in einem späteren Zeitpunkt erfolgenden Rückerstattungen von Verrechnungssteuereinnahmen wird die Rückstellung der Verrechnungssteuer jährlich neu berechnet. Die Berechnung erfolgt auf dem durchschnittlichen Erfahrungswert der letzten drei Jahre. Aufgrund des deutlich höheren Rohertrages im Rechnungsjahr 2007 gegenüber 2004 steigt der Rückstellungsbedarf von 7 600 auf 9 100 Millionen.

**Militärversicherung**

Seit dem 1.7.2005 führt die Suva im Auftrag des Bundes die Militärversicherung (MV) als eigene Sozialversicherung.

Bei Eintritt eines Schadenfalles, welcher den Versicherungsnehmer zu einer Rente der Militärversicherung berechtigt, sind die voraussichtlichen Rentenverpflichtungen zurückzustellen. Für die Berechnung des Rückstellungsbedarfs werden versicherungsmathematische Verfahren herangezogen. Dabei wird jede laufende Rente unter Berücksichtigung der massgebenden Parameter kapitalisiert (z. B. Mortalität, Rentenbetrag, Teuerungsannahmen etc.). Die Höhe der Rückstellung wird periodisch neu berechnet. Per Ende 2007 bestand kein Anpassungsbedarf.

### Münzumsatz

Bedingt durch die hohen Prägemenen für Umlaufmünzen haben die Ablieferungen zugenommen. Im Gegenzug ist der Rückfluss von aus dem Verkehr gezogenen Münzen geringer ausgefallen als budgetiert. Die Höhe der Aufstockung der Rückstellung ergibt sich aus der Differenz zwischen dem höheren Nominalwert der neu geprägten (und an die SNB abgelieferten) Münzen abzüglich des Nominalwerts des Münzurückflusses. Im abgelaufenen Jahr 2007 hat der Münzumsatz um 45 Millionen zugenommen, weshalb die Rückstellung Münzumsatz entsprechend aufgestockt wurde. Rückstellungen werden aufgelöst, wenn die Ablieferungen kleiner sind als der Rückfluss. Dieser Fall wird in den nächsten Jahren nicht erwartet.

### Ferien und Überzeit

Um die entsprechende Rückstellung bemessen zu können, haben die Verwaltungseinheiten die am Anfang des Jahres bestehenden Ferien- und Überzeitguthaben des Bundespersonals und die am Ende des Jahres aufgelaufenen Guthaben ermittelt und miteinander verglichen. Die Ferien- und Überzeitguthaben des Bundespersonals haben gegenüber dem Anfangsbestand um rund 173 000 Stunden zugenommen. Die Zunahme verteilt sich über sämtliche Departemente. Eine Ausnahme bildet das UVEK, in welchem aufgrund einer Bereinigung flächendeckend Überzeitguthaben abgebaut wurden. Der Abbau erfolgte weitgehend durch Barauszahlung. Insgesamt belaufen sich die Ferien- und Überzeitguthaben per Ende 2007 auf gut 4 716 000 Stunden oder rund 292 Millionen Franken.

Die bundesweite Zunahme von rund 173 000 Stunden entspricht in Stellen ausgedrückt 82 Vollzeitstellen. Demgegenüber steht 2007 ein effektiver Stellenabbau von 272 Vollzeitstellen. Die Aufwendungen für die 173 000 Stunden belaufen sich auf ca. 11,5 Millionen. Ende 2007 verfügt jede/jeder Mitarbeitende der Bundesverwaltung durchschnittlich noch über 3 1/2 Wochen oder 9 100 Franken Ferien- und Überzeitguthaben. Grundsätzlich besteht für das Bundespersonal jedoch kein Anspruch auf Barvergütung von Ferien- und Überzeitguthaben.

Wegen fehlender Vergleichsgrößen - inklusive bundesexterner Vergleichsgrößen - und in Anbetracht der noch jungen Zahlenreihe ist eine weitergehende Wertung der Veränderung nicht möglich. Die Entwicklung der Ferien- und Überzeitguthaben wird jedoch im Auge behalten.

### Übrige Rückstellungen

Die wichtigsten Positionen bei den übrigen Rückstellungen sind:

- *Rückstellung im Subventionsbereich nach Art. 73 IVG; 981 Millionen:*  
Für Bau- und Betriebsbeiträge an Sonderschulen, Werkstätten, Wohnheimen und Tagesstätten bestehen Verpflichtungen aus den Jahren 2006 und 2007, die im Jahr 2008 und folgende zur Auszahlung gelangen. Der Rückstellungsbetrag blieb im 2007 unverändert.

tungen aus den Jahren 2006 und 2007, die im Jahr 2008 und folgende zur Auszahlung gelangen. Der Rückstellungsbetrag blieb im 2007 unverändert.

- *Individuelle Prämienverbilligung; 584 Millionen:*  
Ab dem 1.1.2008 findet bei der «Individuellen Prämienverbilligung» im Zusammenhang mit dem NFA der Übergang vom nachschüssigen Beitragssystem zu jährlichen periodengerechten Zahlungen statt. Für die letzte nachschüssige Zahlung des Jahres 2007 ist ein Betrag von CHF 584 Millionen vorgesehen. Dieser wurde in der Eröffnungsbilanz zurückgestellt. Mit der Auszahlung im Verlaufe des ersten Halbjahres 2008 wird die Rückstellung wieder aufgelöst.
- *Ruhegehälter für Magistratspersonen; 250 Millionen:*  
Die Magistratspersonen (Mitglieder des Bundesrates, ordentliche Richterinnen und Richter des Bundesgerichts sowie Bundeskanzler bzw. Bundeskanzlerin) sind nicht bei PUBLICA versichert. Ihre berufliche Vorsorge besteht aus einem Ruhegehalt nach dem Ausscheiden aus dem Amt sowie Hinterlassenenrenten. Die entsprechenden Rechtsgrundlagen finden sich im Bundesgesetz über Besoldung und berufliche Vorsorge der Magistratspersonen vom 6. Oktober 1989 (SR 172.121) und in der Verordnung der Bundesversammlung über Besoldung und berufliche Vorsorge der Magistratspersonen vom 6.10.1989 (SR 172.121.1). Die Finanzierung der Ruhegehälter erfolgt durch den Bund. Das nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnete, theoretische Deckungskapital beläuft sich auf rund 250 Millionen. Der Rückstellungsbetrag blieb im 2007 unverändert.
- *Militärische Bundesliegenschaften; 156 Millionen:*  
Rückstellungen für bauliche Anpassungen auf Grund gesetzlicher Auflagen für Altlastensanierungen, Entwässerungen und Erdbebensicherheit. Möglicher Eintretenszeitpunkt: 2010-2012. Der Rückstellungsbetrag blieb im 2007 unverändert.
- *Sozialplankosten im Bereich Verteidigung; 140 Millionen:*  
Die für Jahre 2009 und 2010 vorgesehenen Rückstellungen für vorzeitige Pensionierungen konnten um 20 Millionen reduziert werden.
- *Ausserordentliche Beiträge Asylwesene (Sozialhilfe für Asylsuchende, Flüchtlinge); 119 Millionen:*  
Rückstellung für nachschüssige Zahlungen an die Kantone für das 4. Quartal 2007. Ab 1.1.2008 wird mit der Einführung der Globalpauschale für die Sozialhilfe an Asylsuchende und Flüchtlinge das Finanzierungssystem der Bundesabgeltungen vom nachschüssigen auf das gleichzeitige (periodengerechte) Beitragssystem umgestellt. Im Jahr 2008 werden infolgedessen neben den Zahlungen für die vier Quartale 2008 auch die Abrechnungen der Kantone zum 4. Quartal 2007 zur Bezahlung anfallen. Der Rückstellungsbetrag blieb im 2007 unverändert.

- **Zivile Bundesliegenschaften; 108 Millionen:**  
Die Rückstellungen umfassen zur Hauptsache den Rückbau und die Entsorgung der im Zeitpunkt der Ausserbetriebnahme anfallenden Kosten von Kernanlagen (73 Mio.), die durch das Paul Scherrer Institut (PSI) betrieben werden. Die Kernanlagen sind Eigentum des Bundes. Weitere wesentliche Rückstellungen bestehen auf Grund von gesetzlichen Auflagen für bauliche Anpassungen an Erfordernisse des Brandschutzes, der Erdbebensicherheit und der Beseitigung von Asbest (32 Mio.). Im 2007 wurden neu 3 Millionen Rückstellungen gebildet und 14 Millionen aufgelöst.
- **Radioaktive Abfälle; 56 Millionen:**  
Die Entsorgung der radioaktiven Abfälle aus den Bereichen Medizin, Industrie und Forschung (MIF-Abfälle) fällt in den Verantwortungsbereich des Bundes (Art. 33 Abs. 1 Kernenergiegesetz KEG vom 21.3.2003). Die radioaktiven Abfälle werden unter Federführung des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) in der Regel jährlich eingesammelt. Sammelstelle des Bundes ist das Paul Scherrer Institut (PSI), welches für die Konditionierung und Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle zuständig ist. Die Rückstellung dient den voraussichtlichen Kosten für die Zwischenlagerung und der späteren Endlagerung. Der Rückstellungsbetrag blieb im 2007 unverändert.
- **Beitrag an Ausbildungsbeihilfen; 51 Millionen:**  
Die Rückstellung ist für den ausserordentlichen Beitrag an Ausbildungsbeihilfen bestimmt, da die Subventionierung im Jahr 2008 letztmals nach dem System vor NFA erfolgt. Der Rückstellungsbetrag blieb im 2007 unverändert. Die Auflösung erfolgt im Jahr 2008.
- **Kern- und Dispositionsbestand armasuisse; 44 Millionen:**  
Die Rückstellungen beinhalten Kosten aus der Verschiebung der von der Armee nicht mehr benötigten Objekte vom

Kern- in den Dispositionsbestand. Der Kernbestand umfasst Bauten, die für die Aufgabenerfüllung der Armee notwendig sind, der Dispositionsbestand dagegen solche, die für den Verkauf, den Rückbau oder das Halten ausgeschieden werden. Die Rückstellung beinhaltet Kosten für ausserplanmässige Abschreibungen von Restbuchwerten, für die Stilllegung (z.B. das Entfernen von Materialien, die bei Nichtgebrauch die Umwelt belasten könnten) sowie für den Rückbau von Objekten, der aus Gründen der Eigentümerhaftung zwingend notwendig ist (z.B. Sprengobjekte). Möglicher Eintrittszeitpunkt: 2009/10. Der Rückstellungsbetrag blieb im 2007 unverändert.

- **AHV-Pflicht auf Deckungskapitalleistungen (Art.33; 34 und 105 BPV); 40 Millionen:**  
Neu gebildete Rückstellung per 31.12.2007. Auf den 1.1.2001 trat eine Ergänzung der AHV-Verordnung in Kraft, die festhält, dass Leistungen des Arbeitgebers bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses ebenfalls zum massgebenden Lohn zählen (Art. 7 Bst. q AHVV). Die Eidg. Ausgleichskasse (EAK) stellte Ende 2002 fest, dass sowohl der Bund wie auch bundesnahe Unternehmen keine Beiträge auf Arbeitgeberleistungen an die Pensionskasse bei vorzeitiger Auflösung des Arbeitsverhältnisses eingezahlt haben. Die EAK hat deshalb rückwirkend bis 2001 die aus ihrer Sicht geschuldeten Beitragszahlungen mit Verfügungen an die Verwaltungseinheiten eingefordert. Die Verwaltungseinheiten erhoben dagegen Einsprache und haben den Rechtsweg beschritten. In einem Musterprozess wurde die Beschwerde der Verwaltungseinheiten vom Versicherungsgericht des Kantons Bern gutgeheissen. Inzwischen liegt das Urteil des Bundesgerichts vor, indem der erstinstanzliche Entscheid teilweise aufgehoben und die Zahlungspflicht bestätigt wurde. Zum heutigen Zeitpunkt muss davon ausgegangen werden, dass Nachzahlungen im Umfang von insgesamt 40 Millionen geleistet werden müssen.

### 33 Spezialfonds

Mio. CHF	Eröffnungsbilanz	Rechnung 2007		Differenz	
		01.01.2007	31.12.2007	absolut	%
<b>Spezialfonds</b>	<b>462</b>	<b>467</b>	<b>5</b>	<b>1,1</b>	
Flüssige Mittel der Fonds	456	461	5	1,1	
Anlagen der Fonds	6	6	–	–	
Fonds für Regionalentwicklung - IHG	262	260	-2		
Sozialfonds für Verteidigung und Bevölkerungsschutz	88	88	–		
Fonds Landschaft Schweiz	44	41	-3		
Unterstützungsfonds für das Bundespersonal	20	25	5		
Tabakpräventionsfonds (BAG)	16	20	4		
Berset Müller Stiftung	6	6	–		
Rätzer-Invalidenfonds	5	5	–		
Gottfried Keller-Stiftung	5	5	–		
Übrige	16	17	1		



Spezialfonds sind Vermögen, die der Eidgenossenschaft von Dritten mit bestimmten Auflagen zugewendet wurden (z.B. Gottfried Keller-Stiftung), oder die auf Grund gesetzlicher Bestimmungen aus Voranschlagskrediten stammen (z.B. Fonds für Regionalentwicklung-HIG). Der Bundesrat ordnet ihre Verwaltung im Rahmen dieser Auflagen bzw. gesetzliche Bestimmungen.

Die Finanzierung von Aktivitäten aus Spezialfondsmitteln bildet – im Gegensatz zu den Spezialfinanzierungen – nicht Gegenstand der Kreditsprechung. Ausgaben und Einnahmen werden nicht über die Erfolgsrechnung sondern direkt über Bilanzkonten abgewickelt. Die Erfolgsrechnung wird lediglich mit dem Zinsaufwand belastet, der aus der Verzinsung der Spezialfonds anfällt sowie im Falle einer zusätzlichen Alimentierung mit Budgetmitteln. Spezialfonds werden dem Eigenkapital zugeordnet, mit der Begründung, dass zwar eine Zweckbindung für die Verwendung der Mittel besteht, die Fonds jedoch im Eigentum des Bundes sind.

Der grösste Teil der Spezialfonds (461 Mio.) steht per 31.12.2007 als flüssige Mittel auf Sicht für Zahlungen zur Verfügung, 6 Millionen sind bei der Bundestresorerie auf eine bestimmte Zeit angelegt.

Netto sind den Fonds im Jahr 2007 12 Millionen an Zinsgutschriften zugeflossen und 6 Millionen für zweckgebundene Vorhaben verwendet worden. Dies bewirkt per Saldo einen Zuwachs der Spezialfonds von 6 Millionen.

Der Fonds für Regionalentwicklung zur Finanzierung der Investitionshilfedarlehen gemäss Bundesgesetz über Investitionshilfe für Berggebiete (SR 901.0) verfügt über Mittel in Höhe von 260 Millionen. Die Abnahme von 2 Millionen erklärt sich aus der Differenz zwischen Auszahlungen von Darlehen bzw. Beiträgen für Projekte (96 Mio.) und dem Fonds gutgeschriebene Rückzahlungen bzw. Haftungsleistungen der Kantone (94 Mio.). Der Sozialfonds für Verteidigung und Bevölkerungsschutz (88 Mio.) dient der Unterstützung von Angehörigen der Armee und des Zivilschutzes. Der Fonds Landschaft Schweiz (41 Mio.) zur Erhaltung und Pflege von naturnahen Landschaften nahm infolge Auszahlungen von Finanzhilfen im laufenden Jahr um 3 Millionen ab. Der Unterstützungsfonds für das Bundespersonal (SR 172.222.023) erhöhte sich gegenüber der Eröffnungsbilanz aufgrund der Rückzahlung von früher gewährten Hoteldarlehen um 5 Millionen. Die Zunahme der Mittel Tabakpräventionsfonds von 4 Millionen ist darauf zurückzuführen, dass wenig qualitativ hochwertige Projekte eingereicht und somit weniger Mittel als geplant gesprochen wurden.

## 253 Weitere Erläuterungen

### 1 Eventualverbindlichkeiten

Eine Eventualverbindlichkeit ist

- eine mögliche Verpflichtung aus einem vergangenen Ereignis, deren Existenz erst durch ein zukünftiges Ereignis bestätigt werden muss. Der Eintritt dieses Ereignisses kann nicht beeinflusst werden (z.B. Bürgschaften), oder
- eine gegenwärtige Verbindlichkeit aus einem vergangenen Ereignis, die aufgrund der geringen Wahrscheinlichkeit oder mangels zuverlässiger Messbarkeit nicht bilanziert werden konnte (Kriterien für die Verbuchung einer Rückstellung sind nicht erfüllt, z.B. offener Rechtsstreit mit geringer Verlustwahrscheinlichkeit).

Eventualverbindlichkeiten stammen aus artgleichen Geschäftsvorfällen wie Rückstellungen (fehlende Gegenleistung durch den Dritten), wobei jedoch noch keine gegenwärtige Verpflichtung besteht und die Eintretenswahrscheinlichkeit eines Mittelabflusses unter 50 Prozent liegt.

#### Vorsorgeverpflichtungen und übrige Leistungen an Arbeitnehmer

Unter Vorsorgeverpflichtungen werden alle Verpflichtungen der zentralen Bundesverwaltung aus Vorsorgeplänen verstanden, welche Leistungen für Ruhestand, Todesfall oder Invali-

dität vorsehen. Mit Einführung des NRM per 1.1.2007 sind die Vorsorgeverpflichtungen nach IPSAS zu bewerten. Die IPSAS verweisen für die Bewertung der Vorsorgeverpflichtungen auf IFRS (IAS 19). In Abweichung von IPSAS werden sie jedoch nicht als Rückstellungen sondern als Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen.

Sämtliche Mitarbeitende der zentralen Bundesverwaltung sind entweder im Kernplan oder im Ergänzungsplan der Pensionskasse des Bundes PUBLICA versichert. Diese beiden Vorsorgepläne werden gemäss IAS 19 auf Grund der reglementarischen Leistungsversprechen als leistungsorientierte Vorsorgepläne qualifiziert. Zusätzlich zum Kern- und Ergänzungsplan wurden die Vorsorgeverpflichtungen bzw. die übrigen Leistungen aufgrund der folgenden Regelungen bewertet:

- Bundespersonalverordnung (BPV) für die vorzeitige Pensionierung (Art. 33 und 34)
- Verordnung über Leistungen bei vorzeitigem Altersrücktritt von Bediensteten in besonderen Dienstverhältnissen (VLVA)
- BPV Artikel 105 für die vorzeitige Pensionierung im Rahmen von Umstrukturierungen
- Artikel 73 BPV sowie Artikel 32 Bundespersonalgesetz (BPG) für die Treueprämien.



**Vorsorgeverpflichtungen und übrige Leistungen an Arbeitnehmer**

Mio. CHF	01.01.2007	31.12.2007	Differenz	
			absolut	%
Barwert der Vorsorgeverpflichtungen	-24 740	-25 062	-322	1,3
Vorsorgevermögen zu Marktwerten	21 142	21 027	-115	-0,5
<b>Unterdeckung</b>	<b>-3 598</b>	<b>-4 035</b>	<b>-437</b>	<b>12,1</b>
Noch nicht amortisierte versicherungsmathematischer (Gewinn)/Verlust	-	575	575	-
<b>Total Verpflichtungen</b>	<b>-3 598</b>	<b>-3 460</b>	<b>138</b>	<b>-3,8</b>

Der Barwert der Vorsorgeverpflichtungen per 1.1.2007 wurde aufgrund des damaligen Versichertenbestandes bewertet und auf den 31.12.2007 fortgeschrieben. Die Bewertung der Vorsorgeverpflichtungen mit der «Projected Unit Credit Method» (PUC) erfolgte durch externe versicherungsmathematische Experten. Danach ist der Wert der Vorsorgeverpflichtung am Bewertungsstichtag gleich dem Barwert des bis zum Stichtag erworbenen Anspruchs unter Berücksichtigung der Versicherungsdauer, des voraussichtlichen Lohns bei Eintritt des Versicherungsfalles bzw. bei Altersrücktritt und der periodischen Anpassung der laufenden Renten. Bei der PUC Methode erfolgt die Äuffnung des voraussichtlichen Deckungskapitals auf den Zeitpunkt der Beendigung des Arbeitsverhältnisses proportional über die Anzahl der zu leistenden Dienstjahre. In den Berechnungen nicht berücksichtigt ist der Primatwechsel im Jahr 2008. Dieser wird in der Rechnung 2009 ausgewiesen werden.

Das Vorsorgevermögen ist zu Marktwerten bewertet. Das Gesamtvermögen der PUBLICA per Ende 2007 liegt zwar vor, jedoch nicht der Anteil der zentralen Bundesverwaltung. Gestützt auf das Vermögen der zentralen Bundesverwaltung aus der Eröffnungsbilanz per 1.1.2007 sowie die Vermögensperformance der PUBLICA und der Geldzuflüsse und -abflüsse im Jahr 2007 wurde der Vermögensanteil der zentralen Bundesverwaltung per 31.12.2007 geschätzt.

Aus der Gegenüberstellung der Vorsorgeverpflichtungen und des Vorsorgevermögens zu Marktwerten resultierte per 31.12.2007 eine Unterdeckung von 4 034 Millionen. Den Berechnungen liegen die folgenden Bewertungsannahmen zu Grunde:

**Wichtigste versicherungstechnische Annahmen**

	01.01.2007	31.12.2007
Diskontierungssatz	3,0 %	3,0 %
Erwartete langfristige Rendite des Vorsorgevermögens	4,0 %	4,0 %
Erwartete Lohnentwicklung	1,5 %	1,5 %
Rentenanpassungen	0,25 %	0,25 %

Die effektive Rendite des Vorsorgevermögens beträgt im Jahr 2007 1,28 Prozent und weicht damit von der langfristig erwarteten Rendite von 4 Prozent gemäss Bewertungsannahmen ab. Es resultiert ein versicherungsmathematischer Verlust von 575 Millionen. Mit der Anwendung der Korridorregelung gemäss IAS 19 muss ein Verlust in dieser Höhe im Ausweis der Vorsorgeverpflichtung nicht berücksichtigt werden. Die auf der Basis der

langfristigen Bewertungsannahmen ausgewiesene Vorsorgeverpflichtung beträgt somit 3 460 Millionen.

Per saldo resultierte 2007 eine Reduktion des Totals der Vorsorgeverpflichtungen um 138 Millionen. Diese Veränderung ist auf die folgenden Elemente zurückzuführen.

**Entwicklung der Verpflichtungen**

Mio. CHF	2007
<b>Stand 1.1.</b>	<b>-3 598</b>
Vorsorgeaufwand	-363
Bezahlte Arbeitgeberbeiträge	501
<b>Stand 31.12.</b>	<b>-3 460</b>

Die im Jahr 2007 effektiv bezahlten Arbeitgeberbeiträge betragen 501 Millionen und beinhalten die ordentlichen Arbeitgeberbeiträge, Lohnnachzahlungen, Kosten für vorzeitige Pensionierungen, ausbezahlte Treueprämien und Beiträge für Frauen der Eintrittsgeneration («Garantiefrauen»). Aus der Bewertung der Vorsorgeverpflichtungen mit der PUC Methode resultiert ein Vorsorgeaufwand von 363 Millionen. Die Differenz von 138 Millionen impliziert im Rechnungsjahr 2007 einen Minderaufwand gemäss IAS 19 gegenüber den effektiv im Rechnungsjahr 2007 verbuchten Arbeitgeberbeiträgen.

#### Weitere Eventualverbindlichkeiten

Bei den Bürgschaften entfällt der grösste Teil auf den Bereich des sozialen Wohnungsbaus. Der Bund hat öffentlich-rechtlichen Körperschaften sowie Trägern und Organisationen des Wohnungsbaues Darlehen zur Erschliessung von Land für den Wohnungsbau nach Artikel 12 des Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetzes (WEG, SR 843) im Umfang von 3 001 Millionen verbürgt. Die Zunahme der Bürgschaften begründet sich im Wesentlichen mit einer zusätzlichen Beanspruchung des Bürgschaftskredites Hochseeschiffahrt im Bereich der wirtschaftlichen Landesversorgung, welcher eine Gesamthöhe von 972 Millionen aufweist.

Der Bund hat per Bilanzstichtag bei folgenden Entwicklungsbanken und Organisationen Garantieverpflichtungen in Form von Garantiekapital in der Höhe von 5 125 Millionen: Asiatische, Interamerikanische und Afrikanische Entwicklungsbank, Multilaterale Investitions-Garantieagentur, Internationale Bank für Wiederaufbau- und Entwicklung, Kreditgarantie Media Development Loan Fund. Die Zunahme bei den Garantieverpflichtungen von 108 Millionen ist zum einen auf eine Erhöhung der ESAF-Garantien gegenüber der SNB und zum anderen auf Wechselkurskorrekturen zurückzuführen.

Die übrigen Eventualverbindlichkeiten beinhalten mögliche Kosten für Altlastensanierungen, Erdbebensicherheit, Sanierung von Elementarbauten, Entwässerungsinfrastruktur sowie die Garantieerklärung betreffend Leistungsaushilfe im Bereich Krankenversicherung.

## 2 Eventualforderungen

Eine Eventualforderung ist eine mögliche Vermögensposition aus einem vergangenen Ereignis, deren Existenz erst durch ein zukünftiges Ereignis bestätigt werden muss. Der Eintritt dieses Ereignisses kann nicht beeinflusst werden. Neben den Eventualforderungen werden auch nicht bilanzierte Guthaben des Bundes unter dieser Position ausgewiesen.

Es existieren folgende Eventualforderungen und nicht bilanzierte Guthaben:

- *Nicht bilanzierte Forderungen aus der direkten Bundessteuer (netto ohne Kantonsanteile):* Die direkte Bundessteuer wird ex post erhoben und erst im auf das Steuerjahr folgende Jahr

fällig. Die Verbuchung der Einnahmen erfolgt beim Bund zum Zeitpunkt der Ablieferung der Bundesanteile durch die Kantone (Kassaprinzip). Würde die direkte Bundessteuer auf Ende 2007 aufgehoben, wären in den Folgejahren noch mit schätzungsweise 17,3 Milliarden Einnahmen zu rechnen. Diese Guthaben sind dem Bund per Gesetz geschuldet. Eine Bilanzierung sämtlicher Forderungen bis und mit Steuerjahr 2007 ist allerdings nicht möglich, weil zum Stichtag noch nicht alle Kantone die direkte Bundessteuer abgerechnet haben. Aus diesem Grund werden die ausstehenden Guthaben als Eventualforderung ausserhalb der Bilanz ausgewiesen. Ihre Höhe entspricht den noch zu erwartenden Eingängen und muss geschätzt bzw. periodisch angepasst werden. Die Schätzung berücksichtigt, dass die Eingänge aus der direkten Bundessteuer für ein bestimmtes Steuerjahr über mehrere Jahre hinweg stattfinden. Der Hauptteil (rund 75 %) wird im auf das Steuerjahr folgenden «sogenannten» Hauptfälligkeitjahr vereinnahmt. In den darauf folgenden Jahren werden immer geringere Beträge für das betreffende Steuerjahr eingenommen. Per 31.12.2007 verfügt der Bund somit über Forderungen, welche aus mehreren Steuerjahren (2007, 2006, 2005 etc.) stammen. Diese Guthaben entsprechen zu einem grossen Teil den für das Kalenderjahr 2008 veranschlagten Einnahmen von 16 359 Millionen. In den folgenden Jahren sind für die betreffenden Steuerjahre noch weitere 4 500 Millionen zu erwarten. Von diesen Beträgen ist der Kantonsanteil von 17 Prozent in Abzug zu bringen.

- Gewährte Darlehen an Gemeinden, öffentlich- und privatrechtliche Körperschaften sowie Private in Höhe von 982 Millionen im Rahmen der Investitionshilfe gemäss Bundesgesetz über Investitionshilfe für Berggebiete (SR 901.0). Mit den Darlehen sollen infrastrukturelle Einzelvorhaben oder Infrastrukturprogramme unterstützt werden, welche die Region als Wirtschaftsstandort fördern bzw. als Wohnort und Lebensraum qualitativ aufwerten oder die Ausschöpfung regionsspezifischer Potenziale und komparativer Vorteile der Region ermöglichen. Sie wurden unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten des Darlehensnehmers und der entwicklungspolitischen Bedeutung zu tieferen als den marktüblichen Zinsen oder zinslos gewährt. Die Darlehen sind gemäss Art. 8 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Investitionshilfe rückzahlbar und stellen im Grunde genommen zu bilanzierende Guthaben des Bundes dar. Zusammen mit den beim Bund für die Gewährung weiterer Darlehen im Eigenkapital unter den Spezialfonds bilanzierten Mittel in Höhe von 260 Millionen (siehe Band 1, Ziffer 252) beläuft sich das Gesamtvermögen des Fonds für Regionalentwicklung auf 1 242 Millionen.
- Umwandlung des gewährten Darlehens von 63 Millionen an die Immobilienstiftung für internationale Organisationen (FIPOI) zum Bau des Internationalen Konferenzzentrums von Genf (CICG) in eine Subvention gemäss Beschluss des Parlaments vom 28.5.1980. Im Falle einer Liquidation der FIPOI würde dieser Betrag wieder dem Bund zufallen.

- Einbezahltes Kapital von 12 Millionen an die Zürich International Life für das Deckungskapital der Alters-, Hinterbliebenen- und Invalidenversicherung (AHI) des EDA für das Lokalpersonal in Ländern, deren nationale Sozialversicherungs-

systeme keinen oder nur einen ungenügenden Versicherungsschutz gewährleisten. Im Falle einer Vertragsauflösung würde der einbezahlte Betrag zurückerstattet.

### 3 Umrechnungskurse

Einheit	Stichtagskurse per	
	01.01.2007	31.12.2007
1 Euro (EUR)	1,6107	1,6572
1 US-Dollar (USD)	1,2136	1,1326
1 Britisches Pfund (GBP)	2,3891	2,2168

**Kennzahlen des Bundes**

in %	Rechnung 1990	Rechnung 1995	Rechnung 2000	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007
<b>Ausgabenquote</b>	9,6	10,8	11,2	11,1	10,8	10,6
Ordentliche Ausgaben (in % nom. BIP)						
<b>Steuerquote</b>	8,7	8,6	11,0	10,2	10,5	10,5
Ordentliche Steuereinnahmen (in % nom. BIP)						
<b>Einnahmenquote</b>	9,9	10,0	12,1	11,1	11,3	11,4
Ordentliche Einnahmen (in % nom. BIP)						
<b>Defizitquote</b>	+0,3	-0,9	+0,9	0,0	+0,5	+0,8
Ordentliches Finanzierungsergebnis (in % nom. BIP)						
<b>Verschuldungsquote brutto</b>	11,6	22,0	25,6	28,1	25,4	23,8
Schulden brutto (in % nom. BIP)						
<b>Verschuldungsquote netto</b>	7,6	13,2	20,3	20,8	18,7	17,8
Schulden abzüglich Finanzvermögen (in % nom. BIP)						
<b>Netto-Zinslast</b>	3,7	4,0	5,9	6,3	6,4	5,5
Netto-Zinsausgaben (in % ordentl. Einnahmen)						
<b>Investitionsanteil</b>	11,1	10,4	12,3	12,8	12,3	11,6
Investitionsausgaben (in % ordentl. Ausgaben)						
<b>Transferanteil</b>	62,7	65,1	73,2	75,5	75,4	75,2
Transferausgaben (in % ordentl. Ausgaben)						
<b>Anteil zweckgebundene Steuern</b>	14,5	17,4	19,0	22,2	21,5	21,1
Zweckgebundene Steuern (in % ordentl. Steuereinnahmen)						
<b>Durchschnittlicher Stellenbestand (FTE)</b>	38 161	39 359	31 269	33 290	32 376	32 104
Anzahl Vollzeitstellen (Full Time Equivalent)						

Für die Beurteilung der Entwicklung des Bundeshaushalts gibt es eine Reihe von finanzpolitischen Kennziffern, die in den letzten Jahren in der finanz- und wirtschaftspolitischen Diskussion eine stärkere Beachtung gefunden haben. Die wichtigsten Kennzahlen sind die Ausgabenquote, die Steuerquote, die Defizitquote und die Verschuldungsquote. Entscheidend für die Beurteilung der Finanzlage des Bundes und deren volkswirtschaftliche Bedeutung ist dabei nicht nur der aktuelle Wert, sondern auch die Entwicklung dieser Kennziffern über eine längerfristige Periode. Allerdings sind gegenüber der Aussagekraft solcher Masszahlen Vorbehalte angebracht, so namentlich hinsichtlich einer differenzierten Beurteilung der staatlichen Tätigkeit, der Regulierungsdichte sowie der Abgrenzung zwischen Staat und Markt. Diese Einschränkungen müssen vor allem bei internationalen Vergleichen berücksichtigt werden.

Grundlage für die Berechnung der nachfolgenden Kennziffern ist – in Anlehnung an die Statistiken der OECD – das Zahlenwerk der Finanzierungsrechnung, wobei ausserordentliche Transaktionen nicht berücksichtigt werden. Die Kennzahlen des Bundes umfassen das Stammhaus Bund, das heisst die eigentliche Kernverwaltung ohne die Sonderrechnungen (ETH Bereich, Alkoholverwaltung, FinöV-Fonds) und ohne die obligatorischen Sozialversicherungen.<sup>1</sup> Die meisten Kennziffern werden im Verhältnis zum nominellen BIP berechnet. Das BIP ist ein Mass für die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Es misst den Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen zu aktuellen Preisen, soweit diese nicht als Vorleistungen für die Produktion

anderer Waren und Dienstleistungen verwendet werden – also die so genannte Wertschöpfung. Die *Veränderung* der jeweiligen Quoten ist somit immer auch zu einem Teil auf die Veränderung des nominellen BIP zurückzuführen. Andere Kennziffern werden als anteilige Werte ausgewiesen und beinhalten somit eine Aussage über die Struktur einer Position.

**Ausgabenquote**

Die Ausgabenquote ist ein grober Indikator für das Ausmass der Tätigkeiten des Bundes im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft. Die Ausgabenquote sinkt im Vergleich zum Vorjahr leicht von 10,8 auf 10,6 Prozent. Die ordentlichen Ausgaben sind mit +3,0 Prozent weniger stark gewachsen als das nominelle BIP. Zudem gilt es zu beachten, dass die Einführung des Neuen Rechnungsmodells im Jahr 2007 im Vergleich zum Jahr 2006 zu einer Aufblähung der Ausgaben um rund 500 Millionen Franken geführt hat (Bruttodarstellung von Einnahmen und entsprechenden Ausgaben). Unter Ausklammerung dieses Effektes wäre die Ausgabenquote stärker zurückgegangen.

**Steuerquote**

In den ordentlichen Fiskaleinnahmen nicht berücksichtigt, ist der Bundesanteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung. Dieser entsteht zwar aus der Besteuerung von Alkohol, fliesst dem Stammhaus Bund jedoch als Einnahmen aus Regalien zu. Die Steuerquote steigt aus zwei Gründen leicht an. Erstens sind die Steuereinnahmen stärker gewachsen als das nominelle BIP (was in Zeiten guter Konjunktur häufig der Fall ist), zweitens führte

<sup>1</sup> Auf der Webseite der Eidg. Finanzverwaltung ([www.efv.admin.ch](http://www.efv.admin.ch)) werden Zahlenreihen sowohl für den Bund als auch für die öffentlichen Haushalte insgesamt (Bund, Kantone, Gemeinden und Sozialversicherungen) veröffentlicht und periodisch aktualisiert. Am selben Ort liegen auch Zahlen für den internationalen Vergleich vor.

das NRM zu einer bereits genannten Aufblähung durch die Bruttodarstellung.

#### Einnahmenquote

Die ordentlichen Einnahmen sind im 2007 mit +5,8 Prozent etwas stärker gewachsen als die ordentlichen Fiskaleinnahmen, welche Teil der ordentlichen Einnahmen sind. Daher steigt die Einnahmenquote um 0,1 Prozentpunkte an.

#### Defizitquote

Sie stellt das ordentliche Finanzierungsergebnis ins Verhältnis zum nominellen BIP. Bei einem Einnahmenüberschuss (Ausgabenüberschuss) hat sie ein positives (negatives) Vorzeichen. Im Rechnungsjahr 2007 konnte wie im Vorjahr ein positives Ergebnis, sprich ein Einnahmenüberschuss, erzielt werden. Dank der Ausgabendisziplin sowie der guten Konjunkturlage konnte das Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr sogar noch verbessert werden.

#### Verschuldungsquote brutto

Die Verschuldungsquote umfasst im Zähler als Bruttogrösse die laufenden Verpflichtungen, die kurz- und langfristigen Schulden sowie die Verpflichtungen für Sonderrechnungen. Die Verschuldung folgt der EU-Definition gemäss Maastricht. Der Überschuss in der Finanzierungsrechnung ermöglicht einen Abbau der Schulden. Gegenüber der per Ende 2006 ausgewiesenen Verschuldungsquote (25,4 %) resultiert eine Abnahme um 1,6 Prozentpunkte. Mit der Anpassung des Schuldenbegriffs an internationale Standards sowie an die im kantonalen Rechnungsmodell verwendete Definition wurde eine statistisch bedingte einmalige Erhöhung des Schuldenniveaus um 1,6 Milliarden Franken mit der Eröffnungsbilanz per 1.1.2007 vorgenommen. Diese Erhöhung entsteht insbesondere dadurch, dass Verbindlichkeiten, die bisher als zeitliche Abgrenzungen verbucht wurden (nicht Teil der Schulden), neu unter den Kreditoren und damit unter den Schulden ausgewiesen werden. Damit betrug die Verschuldungsquote nach Eröffnungsbilanz am 1.1.2007 25,7 Prozent; der Rückgang der Quote im Jahre 2007 beträgt somit 1,9 Prozentpunkte.

Die ausserordentliche Ausgabe aus der Überweisung des Golderlöses an die AHV hat keine Auswirkung auf den Bruttoschuldenstand, weil sie durch einen Abbau des Tresoriermittelstandes finanziert wurde, der beim Erhalt des Geldes 2005 angelegt wurde.

#### Verschuldungsquote netto

Der Rückgang der Verschuldungsquote netto fällt geringer aus als bei der Brutto-Quote, da dem Überschuss der Finanzierungsrechnung eine Abnahme des Finanzvermögens gegenübersteht. Durch die Anpassung des Schuldenbegriffs per 1.1.2007 beträgt die Verschuldungsquote netto für die Eröffnungsbilanz 19,1 Prozent im Vergleich zur per Ende 2006 ausgewiesenen Quote von

18,7 Prozent. Der eigentliche Rückgang im 2007 beträgt somit 1,3 Prozentpunkte.

Gemäss Artikel 3 des Finanzhaushaltgesetzes umfasst das Finanzvermögen alle Vermögenswerte, die nicht unmittelbar zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen. Damit könnten diese Vermögenswerte zur Schuldentilgung verwendet werden.

#### Netto-Zinslast

Während die Zinsausgaben auf dem Niveau des Vorjahres blieben, konnten die Zinseinnahmen aufgrund der hohen Tresorierbestände markant zulegen. Dies und die positive Einnahmenentwicklung dank der guten Konjunktur führten zu einem Rückgang der Nettozinslast im 2007 auf 5,5 Prozent.

#### Investitionsanteil

Im Bundeshaushalt spielen die Investitionen in Sachanlagen eine eher untergeordnete Rolle; massgeblich ins Gewicht fallen dagegen die Investitionsbeiträge. Im Rechnungsjahr sinkt der Investitionsanteil um 0,7 Prozentpunkte durch den Rückgang bei den Investitionsbeiträgen und den gleichzeitig moderaten Anstieg der ordentlichen Ausgaben.

#### Transferanteil

Der Transferanteil beinhaltet namentlich die Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen, die Entschädigungen an Gemeinwesen, eigene Institutionen und Dritte. Insgesamt gehen über 75 Prozent Ausgaben an die Sozialversicherungen, die Kantone, die ETH sowie die Subventionsempfänger. Der Bundeshaushalt ist somit ein klassischer Transferhaushalt. Der Transferanteil sinkt leicht im Vergleich zum Vorjahr aufgrund geringerer Investitionsbeiträge und Darlehen.

#### Anteil zweckgebundene Steuern

Zweckgebundene Steuern dienen zur unmittelbaren Finanzierung konkreter Bundesaufgaben wie beispielsweise die Schwerkverkehrsabgabe, der Anteil der AHV an der Mehrwertsteuer oder die Spielbankenabgabe.

#### Durchschnittlicher Stellenbestand (FTE)

Seit 2004 findet in der Bundesverwaltung ein Personalabbau statt. Im letzten Jahr beschäftigte der Bund insgesamt gut 0,8 Prozent weniger Personal als im Vorjahr. Auf Vollzeit umgerechnet entspricht dies einem Abbau von 272 Stellen. Dieser Abbau konnte im Wesentlichen über die natürliche Fluktuation aufgefangen werden. Per Ende 2007 beschäftigte der Bund auf Vollzeitbasis damit noch 32 104 Personen. Seit dem Höchststand von 2003 (34 619) verzeichnete die Bundesverwaltung bis Ende 2007 einen Nettoabbau von gut 2 500 Stellen. Bis Ende 2010 dürfte der Stellenbestand nochmals um rund 1000 Einheiten zurückgehen und sich etwa auf dem Stand des Jahres 2000 (31 270) einpendeln. Der Bundesrat will diesen Abbau weiterhin möglichst sozialverträglich durchführen.

### Erläuterungen zum Bundesbeschluss I

Mit dem Bundesbeschluss genehmigt die Bundesversammlung die jährliche Bundesrechnung (Art. 4 und Art. 5 Bst. a FHG; SR 611.0). Die angefallenen Aufwände und Investitionsausgaben sowie die erzielten Erträge und Investitionseinnahmen werden als einzelne Rechnungspositionen abgenommen. Sie unterliegen den Grundsätzen der Bruttodarstellung (keine gegenseitige Verrechnung), der Vollständigkeit, der Jährlichkeit (Befristung auf ein Jahr) und der Spezifikation (Verwendung gemäss festgelegtem Zweck).

### Erläuterungen zu den Artikeln

#### Art. 1 Genehmigung

Die *Eröffnungsbilanz per 1.1.2007* basiert auf einer Neubewertung sämtlicher Bilanzpositionen gemäss den Bestimmungen des Neuen Rechnungsmodells Bund (NRM).

Einzelheiten zum Vorgehen und zu den bilanzmässigen Auswirkungen der Umstellung der Rechnungslegung werden in einem separaten «Bericht über die Anpassung der Bundesbilanz per 1.1.2007 an die Grundsätze des Neuen Rechnungsmodells Bund (NRM)» dargelegt.

Die *Erfolgsrechnung* beinhaltet die Gegenüberstellung der ordentlichen und ausserordentlichen Aufwände und Erträge nach Elimination der Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten des Bundes. Die *Finanzierungsrechnung* stellt den Ausgaben die Einnahmen gegenüber. Die Gesamtausgaben umfassen das Total der ordentlichen und ausserordentlichen finanzierungswirksamen Aufwände und Investitionsausgaben. Die Gesamteinnahmen setzen sich aus den ordentlichen und ausserordentlichen finanzierungswirksamen Erträgen und Investitionseinnahmen zusammen. Der *Bilanzfehlbetrag* zeigt die kumulierten Jahresergebnisse der Erfolgsrechnung (aus den Vorjahren und dem Berichtsjahr) einschliesslich der direkt zulasten des Bilanzfehlbetrags erfolgten Umbuchungen.

Erläuterungen zu Erfolgsrechnung, Finanzierungsrechnung, Bilanz und Eigenkapitalnachweis finden sich in Band 1, Ziffer 2.

#### Art. 2 Schuldenbremse

Der *Höchstbetrag für die Gesamtausgaben* entspricht dem Ergebnis aus den ordentlichen Einnahmen multipliziert mit dem k-Faktor, zuzüglich der ausserordentlichen Ausgaben (Art. 13 und Art. 15 FHG). Ausserordentliche Ausgaben werden vom Parlament mit qualifiziertem Mehr beschlossen (Art. 159 Abs. 3 Bst. c BV; SR 101). Sind die Gesamtausgaben am Ende des Jahres tiefer (höher) als der aktualisierte Höchstbetrag, so wird die Abweichung dem ausserhalb der Staatsrechnung geführten *Ausgleichskonto* gutgeschrieben (belastet) (Art. 16 FHG).

Zur Schuldenbremse siehe Band 1, Ziffer 251/4.

Zu den ausserordentlichen Ausgaben siehe Band 1, Ziffer 252/20.

#### Art. 3 Kreditüberschreitungen

Kreditüberschreitungen müssen nachträglich mit der Staatsrechnung zur Genehmigung unterbreitet werden (Art. 35 FHG). Detailangaben finden sich im Anhang 1 zum Bundesbeschluss.

Zu den Kreditüberschreitungen siehe Band 2B, Ziffer 13.

#### Art. 4 Reserven von FLAG-Verwaltungseinheiten

FLAG-Verwaltungseinheiten können *zweckgebundene Reserven* bilden, wenn sie Kredite wegen projektbedingter Verzögerung nicht oder nicht vollständig beanspruchen. Die Bildung von *allgemeinen Reserven* ist möglich, wenn durch die Erbringung zusätzlicher, nicht budgetierter Leistungen ein Nettomehrertrag erzielt wird oder wenn der budgetierte Aufwand unterschritten wird. Die Reservenbildung ist der Bundesversammlung zu unterbreiten (Art. 46 FHG). Detailangaben zur beantragten Bildung von zweckgebundenen und allgemeinen Reserven finden sich im Anhang 2 zum Bundesbeschluss.

Zu FLAG (Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget) sowie zur Reservenbildung und -auflösung siehe Band 3, Ziffer 14.

#### Art. 5 Schlussbestimmung

Der Bundesbeschluss zur Staatsrechnung hat nach Artikel 25 Absatz 2 ParlG (SR 171.10) die rechtliche Form eines einfachen Bundesbeschlusses.

Entwurf

## Bundesbeschluss I über die Eidgenössische Staats- rechnung für das Jahr 2007

vom xx. Juni 2008

---

Die *Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft*, gestützt auf Artikel 126 und 167 der Bundesverfassung<sup>1</sup>, nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 2. April 2008<sup>2</sup>

*beschliesst:*

### Art. 1 Genehmigung

<sup>1</sup> Die Eröffnungsbilanz per 1. Januar 2007 mit einer Bilanzsumme von 66 155 461 159 Franken und einem Bilanzfehlbetrag von 91 010 233 804 Franken wird genehmigt.

<sup>2</sup> Die Staatsrechnung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (Bundesrechnung) für das Jahr 2007 wird genehmigt.

<sup>3</sup> Sie schliesst ab mit:

- a. einem Ertragsüberschuss in der Erfolgsrechnung von 4 340 322 700 Franken;
- b. einem Ausgabenüberschuss in der Finanzierungsrechnung von 2 156 585 705 Franken;
- c. einem Bilanzfehlbetrag von 87 106 592 520 Franken.

### Art. 2 Schuldenbremse

Die Gesamtausgaben gemäss Finanzierungsrechnung unterschreiten den berechtigten Höchstbetrag für die Gesamtausgaben um 2 616 441 971 Franken. Dieser Betrag wird dem Ausgleichskonto gutgeschrieben.

### Art. 3 Kreditüberschreitungen

Die Kreditüberschreitungen werden gemäss Anhang 1 genehmigt.

### Art. 4 Reserven von FLAG-Verwaltungseinheiten

Die Bildung neuer Reserven für FLAG-Verwaltungseinheiten wird gemäss Anhang 2 beschlossen.

### Art. 5 Schlussbestimmung

Dieser Beschluss untersteht nicht dem Referendum.

---

1 SR 101

2 Im BBl nicht veröffentlicht



Anhang I  
(Art. 3)**Kreditüberschreitungen 2007**

CHF		Voranschlag und Mutationen 2007	Rechnung 2007	Kreditüber- schreitung	BRB
<b>Total</b>		<b>5 979 429 212</b>	<b>7 683 894 955</b>	<b>1 730 341 724</b>	
<b>101</b>	<b>Bundesversammlung</b>				
A2190.0010	Einlage Rückstellungen aufgelaufene Zeitguthaben	–	106 880	106 880	
<b>104</b>	<b>Bundeskanzlei</b>				
A2190.0010	Einlage Rückstellungen aufgelaufene Zeitguthaben	–	205 674	205 674	
<b>201</b>	<b>Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten</b>				
A2190.0010	Einlage Rückstellungen aufgelaufene Zeitguthaben	–	837 000	837 000	
<b>202</b>	<b>Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit</b>				
A2190.0010	Einlage Rückstellungen aufgelaufene Zeitguthaben	–	1 617 218	1 617 218	
<b>301</b>	<b>Generalsekretariat EDI</b>				
A2190.0010	Einlage Rückstellungen aufgelaufene Zeitguthaben	–	150 707	150 707	
<b>305</b>	<b>Schweizerisches Bundesarchiv</b>				
A2190.0010	Einlage Rückstellungen aufgelaufene Zeitguthaben	–	14 484	14 484	
<b>306</b>	<b>Bundesamt für Kultur</b>				
A2320.0001	Wertberichtigungen im Transferbereich	26 063 000	39 802 370	20 000 000	
<b>316</b>	<b>Bundesamt für Gesundheit</b>				
A2190.0010	Einlage Rückstellungen aufgelaufene Zeitguthaben	–	2 203 600	2 203 600	
<b>317</b>	<b>Bundesamt für Statistik</b>				
A2190.0010	Einlage Rückstellungen aufgelaufene Zeitguthaben	–	497 050	497 050	
<b>318</b>	<b>Bundesamt für Sozialversicherungen</b>				
A2310.0329	Ergänzungsleistungen zur AHV	401 000 000	403 145 460	2 150 000	16.01.2008
<b>325</b>	<b>Staatssekretariat für Bildung und Forschung</b>				
A2190.0010	Einlage Rückstellungen aufgelaufene Zeitguthaben	–	68 397	68 397	
<b>405</b>	<b>Bundesanwaltschaft</b>				
A2190.0010	Einlage Rückstellungen aufgelaufene Zeitguthaben	–	74 009	74 100	
<b>420</b>	<b>Bundesamt für Migration</b>				
A2111.0129	Empfangszentren: Betriebsausgaben	24 816 400	25 709 490	900 000	16.01.2008
<b>500</b>	<b>Generalsekretariat VBS</b>				
A2190.0010	Einlage Rückstellungen aufgelaufene Zeitguthaben	–	333 000	333 000	
<b>525</b>	<b>Verteidigung</b>				
A2100.0001	Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge	1 188 938 766	1 197 053 036	8 114 270	30.01.2008
A2111.0157	Truppe	198 000 000	210 480 328	12 500 000	16.01.2008
A2190.0001	Einlage in Rückstellungen	–	500 000	500 000	
A2190.0010	Einlage Rückstellungen aufgelaufene Zeitguthaben	–	8 021 000	8 021 000	
<b>601</b>	<b>Eidgenössische Finanzverwaltung</b>				
A2119.0002	Übriger Betriebsaufwand	78 408	152 121	80 000	16.01.2008
A2400.0102	Passivzinsen	3 837 146 816	3 870 724 219	33 577 500	
<b>603</b>	<b>Eidgenössische Münzstätte Swissmint</b>				
A6300.0109	Einlage Rückstellung Münzumsatz	22 250 000	45 189 373	22 939 373	
<b>605</b>	<b>Eidgenössische Steuerverwaltung</b>				
A2190.0010	Einlage Rückstellungen aufgelaufene Zeitguthaben	–	1 750 871	1 750 871	
A2190.0101	Einlage Rückstellungen Rückerstattungen Verrechnungssteuer	–	1 500 000 000	1 500 000 000	
<b>614</b>	<b>Eidgenössisches Personalamt</b>				
A2190.0001	Einlage in Rückstellungen	–	40 000 000	40 000 000	
<b>620</b>	<b>Bundesamt für Bauten und Logistik</b>				
A2190.0020	Einlage Rückstellungen Prozessrisiken und Übriges	–	–	568 000	
A2190.0030	Einlage Rückstellungen Liegenschaften	–	900 000	900 000	
A2190.0031	Einlage Rückstellungen Liegenschaften ETH	–	1 830 000	1 830 000	
<b>704</b>	<b>Staatssekretariat für Wirtschaft</b>				
A2190.0010	Einlage Rückstellungen aufgelaufene Zeitguthaben	–	1 228 210	1 228 210	
A2320.0001	Wertberichtigungen im Transferbereich	–	35 130 173	38 125 600	
<b>706</b>	<b>Bundesamt für Berufsbildung und Technologie</b>				
A2190.0010	Einlage Rückstellungen aufgelaufene Zeitguthaben	–	230 493	230 493	

CHF		Vorschlag und Mutationen 2007	Rechnung 2007	Kreditüber- schreitung	BRB
<b>708</b>	<b>Bundesamt für Landwirtschaft</b>				
A2190.0010	Einlage Rückstellungen aufgelaufene Zeitguthaben	–	94 752	94 752	
<b>719</b>	<b>Nationalgestüt Avenches</b>				
A6100.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	8 374 522	8 757 014	358 400	
<b>720</b>	<b>Bundesamt für Veterinärwesen</b>				
A2190.0010	Einlage Rückstellungen aufgelaufene Zeitguthaben	–	174 698	174 698	
<b>725</b>	<b>Bundesamt für Wohnungswesen</b>				
A2190.0010	Einlage Rückstellungen aufgelaufene Zeitguthaben	–	50 079	50 079	
<b>727</b>	<b>Wettbewerbskommission</b>				
A2190.0010	Einlage Rückstellungen aufgelaufene Zeitguthaben	–	140 368	140 368	
<b>810</b>	<b>Bundesamt für Umwelt</b>				
A2320.0001	Wertberichtigungen im Transferbereich	272 761 300	286 722 882	30 000 000	

Anhang 2  
(Art. 4)**Bildung von allgemeinen Reserven**

Nr.	Verwaltungseinheit	Betrag in Franken
485	Informatik Service Center EJPD	500 000
504	Bundesamt für Sport	80 466
506	Bundesamt für Bevölkerungsschutz	962 000
542	armasuisse W+T	953 000
570	Bundesamt für Landestopografie	88 470
609	Bundesamt für Informatik und Telekommunikation	10 000 000
740	Schweizerische Akkreditierungsstelle	357 372
815	Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen	450 000

**Bildung von zweckgebundenen Reserven**

Nr.	Verwaltungseinheit	Betrag in Franken
307	Schweizerische Nationalbibliothek	300 000
311	Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie	2 800 000
414	Bundesamt für Metrologie	343 338
485	Informatik Service Center EJPD	1 085 000
542	armasuisse W+T	1 285 400
543	armasuisse Immobilien	13 740 134
570	Bundesamt für Landestopografie	1 882 200
602	Zentrale Ausgleichsstelle	650 000
603	Eidgenössische Münzstätte Swissmint	40 000
609	Bundesamt für Informatik und Telekommunikation	6 090 000
710	Agroscope	1 251 400
740	Schweizerische Akkreditierungsstelle	85 297
785	Information Service Center EVD	549 350
808	Bundesamt für Kommunikation	1 102 063